

Stellv. Vorsitzender Dr. S a a f e n: Wird das Wort gewünscht? — Das ist nicht der Fall. Da sich kein Widerspruch erhebt, stelle ich die unveränderte Annahme des Antrages fest.

Gemäß Beschluß des Ältestenausschusses soll jetzt

die Sitzung geschlossen werden. Die nächste Sitzung ist um 8½ Uhr morgen vormittag.

Die Mitglieder des I. Fachausschusses werden gebeten, sich zur Sitzung einzufinden.

(Schluß 5 Uhr 35 Minuten.)

## Fünfte Sitzung

im Ständehause zu Düsseldorf, Freitag, den 27. Juni 1924.

(Beginn 9 Uhr 20 Minuten.)

### Tagesordnung:

1. Eingänge.
2. Antrag des I. Fachausschusses zu dem Antrage der Sozialdemokratischen Fraktion, betreffend Bereitstellung von Mitteln für den gemeinnützigen Kleinwohnungsbau.
3. Antrag des I. Fachausschusses, betreffend die Erwerbslosen-Fürsorge.
4. Antrag des III. Fachausschusses zu dem Haushaltsplan der Provinzial-Arbeitsanstalt Brauweiler für das Rechnungsjahr 1924.
5. Antrag des III. Fachausschusses zu dem Haushaltsplan der Krüppelfürsorge für das Rechnungsjahr 1924.
6. Antrag des III. Fachausschusses zu dem Haushaltsplan der Hauptfürsorgestelle der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen für das Rechnungsjahr 1924.
7. Antrag des II. Fachausschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betreffend die Petition des Bürgermeisters a. D. Kraheß und Genossen vom 10. Januar 1923 um Aenderung der Satzungen der Ruhegehaltsklassen zwecks nachträglicher Anrechnung ehemaliger Privattätigkeit bei Behörden auf ihre pensionsfähige Dienstzeit.
8. Antrag des IV. Fachausschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betreffend die Aenderung des § 3 der Bestimmungen vom 2. Juni 1894 über die Unterstützung des Gemeinde- und Kreiswegebaues.
9. Antrag des IV. Fachausschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betreffend Herstellung von Pflaster in Ortschaften.
10. Antrag des IV. Fachausschusses auf Prüfung, ob das bestehende Provinzial-Strassennetz im volkswirtschaftlichen Interesse durch Uebernahme von weiteren Straßen ergänzt werden muß.
11. Antrag des IV. Fachausschusses auf schleunige Abänderung der Verordnung über die Erhebung von Vorausleistungen für die Wegeunterhaltung vom 23. 11. 1923 nach der Richtung hin, daß allgemein die wegeunterhaltungspflichtigen Verbände mit der Erhebung der Vorausleistung beauftragt werden.
12. Antrag des IV. Fachausschusses:
  - a) zu dem Haushaltsplan der Provinzialstraßenverwaltung für das Rechnungsjahr 1924;
  - b) zu dem Haushaltsplan über die Unterstützung zum Bau und Betrieb der Kleinbahnen für das Rechnungsjahr 1924;
  - c) zu dem Haushaltsplan über die Unterstützung des Gemeinde- und Kreiswegebaues für das Rechnungsjahr 1924.
13. Antrag des IV. Fachausschusses zu dem Bericht des Provinzialausschusses über die Beteiligung des Rheinischen Provinzialverbandes an der errichteten Aktiengesellschaft „Westerwaldbrücke“ in Bonn.
14. Antrag des IV. und V. Fachausschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betreffend die Erzielung eines größeren Obsterlöses aus den Straßenbäumen.
15. Antrag des V. und I. Fachausschusses
  1. zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betreffend Beteiligung des Provinzialverbandes an einer Hilfsaktion für die durch die Unwetterkatastrophe vom 8. Juni 1924 Geschädigten und in Verbindung hiermit
  2. zu dem Antrag des Abgeordneten Graf Adolmann u. a. betreffend Ausdehnung der Hilfsaktion auch auf die im Stadt- und Landkreis Bonn durch das Unwetter vom 19. Mai d. J. Geschädigten.
16. Antrag des V. Fachausschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betreffend nachträgliche Genehmigung einer am 7. Mai

- 1924 von dem Provinzialausschusse zwecks Entschädigung der sogenannten Dürener Kinderkrankheit beschlossenen Aenderung der Viehseuchen-Entschädigungsatzung für die Rheinprovinz.
17. Antrag des V. Sachausschusses zu dem Haushaltsplan, betreffend Viehseuchenentschädigungen für das Rechnungsjahr 1924.
  18. Antrag des V. und I. Sachausschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betreffend Bewilligung einer Beihilfe zur Durchführung der Deichverlegung bei Bimmen, Kreis Kleve.
  19. Antrag des V. Sachausschusses zu dem Antrag des Abgeordneten Dr. Heß u. a. sowie des Abgeordneten v. Stebman u. a., betreffend Notlage der rheinischen Winzerschaft sowie zu dem Antrag des Abgeordneten Freiherrn v. Loë u. a., betreffend Notlage der rheinischen Landwirtschaft.
  20. Antrag des V. Sachausschusses zu dem Haushaltsplan der Landwirtschaftlichen Angelegenheiten für das Rechnungsjahr 1924.
  21. Antrag des V. Sachausschusses zu dem Haushaltsplan des Rittergutes Desdorf für das Rechnungsjahr 1924.
  22. Antrag des V. Sachausschusses zu dem Haushaltsplan der Provinziallehranstalten für Weinbau, Obstbau und Landwirtschaft in Trier, Kreuznach und Altrweiler sowie der landwirtschaftlichen Schule in Kreuznach für das Rechnungsjahr 1924.
  23. Antrag des I. Sachausschusses zu dem Haushaltsplan „Verschiedenes“ für das Rechnungsjahr 1924.
  24. Antrag des I. Sachausschusses zu dem Haushaltsplan „Außerordentlicher Haushalt“ für das Rechnungsjahr 1924.
  25. Antrag des I. Sachausschusses zu dem Haushaltsplan über Steuern und Ueberweisungen aus Reichs- und Staatsmitteln für das Rechnungsjahr 1924.
  26. Antrag des I. Sachausschusses zu einer Entschliebung des Abgeordneten Dr. Hagen u. a. betreffend
    1. die Ueberweisungen aus der Kraftfahrzeugsteuer,
    2. die erneute Herabsetzung des Anteils an den Reichsteuerüberweisungen sowie die Kürzung der Provinzialdotationen.
  27. Antrag des I. Sachausschusses zu dem Haupt-Haushaltsplan der Provinzialverwaltung für das Rechnungsjahr 1924 und Vorbericht hierzu, sowie zu dem Bericht und Antrag des Provinzialaus-

schusses, betreffend einen Nachtrag zum Haushaltsplan der Provinzialverwaltung für das Rechnungsjahr 1924.

28. Antrag der Fraktion der Kommunistischen Partei:

„Der Provinziallandtag wolle beschließen die Reichsregierung zu ersuchen, unverzüglich gesetzgeberische Schritte zum Erlaß einer Amnestie für alle politischen Gefangenen zu unternehmen.

Weiterhin richtet der Rheinische Provinziallandtag die Forderung an die interalliierte Rheinlandkommission, bei ihren Regierungen für Freilassung bezw. Rückkehr aller während der Besetzung verurteilten bezw. ausgewiesenen Personen zu wirken.“

29. Entschliebung des Rheinischen Provinziallandtages zur Notlage der Rheinprovinz.

Vorsitzender Dr. Jarres: Die Sitzung ist eröffnet. Ich bitte, am Tisch hier Platz zu nehmen die Herren Dr. Fischer und Haack.

Besondere Anträge sind nicht eingegangen.

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Der Berichterstatter zu Punkt 2, Herr Hoff, ist noch nicht da. Wenn kein anderer Herr das Referat übernimmt, müssen wir die Sache zurückstellen.

Zu Punkt 3 ist Berichterstatter Herr Abgeordneter Schaefer.

Abgeordneter Schaefer: Meine Damen und Herren! Mit dieser Materie haben sich zwei Anträge befaßt, ein Antrag der Sozialdemokratischen Fraktion und ein Antrag der Zentrumsfraktion. Die beiden Anträge sind dem Provinzialauschuß überwiesen worden. Das Ergebnis der Beratung finden Sie in Druckache Nummer 40. Die beiden Antragsteller und auch der I. Sachauschuß sind übereinstimmend der Meinung gewesen, daß es die allerhöchste Zeit ist, zunächst Gefahrengemeinschaften zu bilden und sie auf einen nicht zu kleinen Kreis zu beschränken, und daß es unter allen Umständen notwendig ist, das jetzige Durcheinander, bei dem nicht nur der Wohlfahrtsminister, sondern auch der Arbeits- und der Handelsminister beteiligt sind, schleunigst zu beseitigen. Der Auschuß hält es für ein unerläßliches Bedürfnis, schleunigst Ordnung in die Dinge zu bringen, was auch von den Interessenten dringend beantragt wird. Er beantragt die unveränderte Annahme der Vorlage.

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Freiherr von Loë.

Abgeordneter Freiherr von Loë: Meine Herren! Die Dinge liegen in der Erwerbslosenfürsorge auf dem Lande anders. Die Landwirtschaft steht auf dem Standpunkt, daß sie keine Erwerbslosen hat und daher auch zur Tragung der Erwerbslosen-

kosten nicht heranzuziehen ist. Die Dinge liegen bei der Industrie so: Wenn auf einer Fabrik 1000 Arbeitsstellen sind und die Konjunktur flaut ab, so wird ein gewisser Prozentsatz der Stelleninhaber, sagen mir einmal 50 Prozent, abgebaut und es erscheinen dieselben auf dem Arbeitsmarkt. Bei der Landwirtschaft sind aber die Arbeitsstellen genau der Produktion angepaßt. Die Produktion kann nicht saisonweise stillgelegt werden, die Acker müssen egal bestellt werden, also ein Freiwerden von Stellen findet nicht statt. Die Landwirte sind daher der Ansicht, daß sie zur Erwerbslosenfürsorge nicht herangezogen werden dürfen.

Meine politischen Freunde, einschließlich der Arbeitsgemeinschaft, haben mich ermächtigt folgende Erklärung hier abzugeben:

„Die beiden Fraktionen erkennen an, daß bezügl. der Arbeitslosenfürsorge bei der Landwirtschaft eine besondere Lage vorliegt und daß zur Erzielung einer gerechten Regelung der Materie nur die tatsächliche Gefahrenlage in Rechnung gestellt werden darf, und halten es für erforderlich, daß unter diesen Umständen eine vorherige Anhörung der Vertreter des landwirtschaftlichen Berufsstandes zu erfolgen hat.“

Vorsitzender Dr. J a r r e s: Das Wort hat Herr Abgeordneter Haut.

Abgeordneter H a u t: Meine Damen und Herren! Was hier von dem Herrn Abgeordneten Loë vorgebracht worden ist, braucht, glaube ich, den gegenwärtigen Antrag gar nicht zu tangieren; es ist zur Zeit bei der Beratung dieser Frage gar nicht akut. Das ist eine Sache, die bei der Reichsarbeitsverwaltung und eventuell im preussischen Staate vorgebracht werden mag. Jedenfalls hat hierüber die Reichsregierung zunächst zu entscheiden.

Was uns aber hier interessieren muß, das ist die Frage der Gefahrgemeinschaft hier beim Landesarbeitsamt. Das ist nun auch in dem vereinigten Antrag niedergelegt worden. Wenn ich hierzu noch Stellung nehme, so veranlaßt mich dazu eine Bemerkung des Herrn Berichterstatters; ich weiß nicht, ob ich ihn recht verstanden habe. Er erklärte, daß unter dem Schlusssatz wohl zu verstehen sei, daß hierin auch die Reichsarbeitsverwaltung hineinzureden habe und daß das als ein Uebel empfunden werde. Ich glaube nicht, daß das die Tendenz der Antragsteller, welche hierzu Stellung genommen haben, gewesen ist. Insbesondere möchte ich aber hervorheben, daß das unsere Tendenz auf keinen Fall sein konnte, daß nicht das Reichsarbeitsministerium, die Reichsarbeitsverwaltung auch in diese Materie hineinzureden habe. Sie ist die oberste Behörde, die allein bezügl. der Beitragserhebung und der auch

im Gesetz vorgesehenen Gefahrgemeinschaften Bestimmungen zu treffen hat.

Es handelt sich nun lediglich darum, daß man beabsichtigt, für den Verkehr der Landesarbeitsämter zur Reichsarbeitsverwaltung Zwischeninstanzen zu schaffen und daß insbesondere vom preussischen Ministerium nunmehr die Regierungspräsidenten beauftragt sind, derartige Gefahrgemeinschaften zu gründen, obwohl sie nach § 39 der Verordnung über Erwerbslosenfürsorge regelmäßig bei den Landesarbeitsämtern zu bilden sind, wo sie der Selbstverwaltung unterliegen, während nach den Anordnungen des preussischen Wohlfahrtsministers lediglich die Regierungspräsidenten darüber befinden, wobei eine Selbstverwaltung der die Beiträge aufbringenden Arbeitnehmer und Arbeitgeber vollständig ausgeschaltet ist. Was hierbei besonders zu verzeichnen ist, ist der Umstand, daß es rein in die Willkür des Regierungspräsidenten gestellt wird, welche Instanz dann für den Bezirk die Beiträge festzusetzen hat. Zum Beispiel ist jetzt, nachdem diese Anordnung herausgegangen ist, für den Regierungsbezirk Minden nicht etwa der für die Erwerbslosenfürsorge wohl bedeutendste Ort Bielefeld bezügl. der Festsetzung der Beiträge berücksichtigt worden, sondern der Verwaltungsausschuß des Arbeitsnachweises Hörter, also eines ganz kleinen Ortes, soll für den ganzen Regierungsbezirk bestimmen. Ähnlich geht es auch in anderen Regierungsbezirken. Das ist natürlich ein Zustand, den sich die beitragsaufbringenden Arbeitgeber und Arbeitnehmer unter keinen Umständen gefallen lassen können. Dieses Nebeneinanderregieren muß unter allen Umständen ausgeschaltet werden. Hier muß eine Einheitlichkeit geschaffen und eine entsprechende Regelung getroffen werden. Soll auf der Grundlage Preußens etwas Einheitliches über die preussische Regierung geschehen, dann würde dagegen gar nichts einzuwenden sein, wenn die Mitbestimmung der Versicherten gewahrt ist; es müßte dann entsprechend im Gesetz verankert werden. Aber einen Verkehr über die Regierungspräsidenten unter Umgehung der Landesarbeitsämter können wir als Vertreter der Versicherten, der Betreuten, unter keinen Umständen gutheißen.

Vorsitzender Dr. J a r r e s: Das Wort hat Herr Abgeordneter Jansen.

Abgeordneter J a n s e n - Lammersdorf: Meine Damen und Herren! Herr Baron von Loë hat als Vertreter der Landwirtschaft nichts gesagt, was irgendwie in Widerspruch stände zu den Wünschen des Herrn Vorredners. Die Landwirtschaft legt besonderen Wert darauf, zu erklären, daß sie dem vorliegenden Antrage insgesamt zustimmt. Was Herr Baron von Loë nur hat erklären wollen, das ist die

beredtigte Forderung, daß bei der Aufbringung der Mittel für die Erwerbslosenfürsorge die Landwirtschaft besonders berücksichtigt werde, weil die Gefahr der Erwerbslosenfürsorge bei ihr eine ganz andere ist als in anderen Berufsgruppen, die nach der Auffassung der Landwirtschaft bei ihr fast gleich 0,0 ist. In dem Sinne sind wir vollkommen einig. Ich glaube, daß auch die anderen Fraktionen diesen berechtigten Wunsch der Landwirtschaft verstehen können. Im übrigen ist meine Fraktion mit Ihnen der Auffassung, daß die ganze Sache Organ der Selbstverwaltung werden muß, daß also auch das Landesarbeits- und Berufsamt nicht ausgegliedert werden darf.

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat der Herr Berichterstatter.

Abgeordneter Schaefer: Meine Damen und Herren! Ich möchte gegenüber einer Bemerkung des Herrn Abgeordneten Hauck nur feststellen, daß ich keinerlei Ausführungen gemacht habe, aus denen auf irgendeine Stellungnahme des I. Sachausschusses gegen die Landesarbeitsverwaltung oder den Reichsarbeitsminister geschlossen werden könnte. Ich habe lediglich unter den Behörden, die mit der Bearbeitung der Materie befaßt sind, auch das Reichsarbeitsministerium aufgeführt. Ich stelle ausdrücklich fest, daß der I. Sachausschuß eine Stellung für oder gegen eine der beteiligten Stellen nicht genommen hat.

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort wird nicht weiter gewünscht. Dann stelle ich die Annahme des Antrages des I. Sachausschusses fest.

Ich komme zu Punkt 2 zurück und bitte Herrn Abgeordneten Hoff, das Referat zu übernehmen.

Abgeordneter Hoff: Meine Damen und Herren! Zur Behebung der immer noch furchtbaren Wohnungsnot in der Provinz hat die Sozialdemokratische Fraktion den Antrag gestellt, 2 Millionen Mark seitens der Provinz für das Baujahr 1924 zur Verfügung zu stellen. Dieser Antrag hat den Provinzialausschuß passiert und ist im Provinzialausschuß so abgeändert worden, wie er Ihnen in der Drucksache Nr. 39 vorliegt. Er lautet nunmehr:

„Der Provinzialausschuß soll dafür eintreten, daß die Landesbank für das Baujahr 1924 einen Betrag von 2 Millionen Goldmark zur Förderung des gemeinnützigen Kleinwohnungsbaues bereitstellt. Aus diesem Betrage sind an die gemeinnützigen Baugenossenschaften Darlehen, die zunächst als Zwischenkredite Verwendung finden sollen, auszusütten. Nach Vollendung der Bauten werden diese Zwischenkredite als Hypotheken eingetragene. In jedem Falle jedoch müssen die Städte oder Gemeinden der Antragsteller die Bürgschaften für diese Hypotheken übernehmen.

Falls Anträge zur Errichtung von Eigenheimen aus diesen Mitteln gestellt werden, ist zur Bedingung zu machen, daß ein Rück- und Wiederkaufsrecht zugunsten der die Erstellung der Eigenheime ausführenden gemeinnützigen Baugenossenschaften und der bürgschaftleistenden Kommunalverbände eingetragen wird.“

Der Sachausschuß I empfiehlt Annahme dieses Antrages.

Bemerken möchte ich dabei noch, daß sowohl im Provinzialausschuß wie auch im Sachausschuß I die einstimmige Meinung vorherrschte, daß dieser Antrag nicht nur auf dem Papier stehen soll, sondern daß sowohl der Herr Landeshauptmann wie auch die Direktion der Landesbank zugesagt haben, dem Antrage in loyalster Weise zu entsprechen.

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Bid.

Abgeordneter Bid: Die Sozialdemokratische Fraktion hat sich bei der Stellung dieses Antrages in der Hauptsache davon leiten lassen, den ureigensten Zweck einer richtigen Wohlfahrtspflege zu erfüllen. Der Zweck ist doch, in irgendeiner Form auch seitens der Provinz nach Möglichkeit zur Behebung der Wohnungsnot beizutragen. Der Antrag hat allerdings durch den I. Sachausschuß ein anderes Gesicht bekommen. Wir sind aber doch beruhigt durch die Ausführungen des Herrn Berichterstatters, die dahin gehen, daß dieser Antrag nicht nur auf dem Papier stehen, sondern daß er auch in etwa praktische Anwendung im Laufe des Baujahres 1924 finden soll.

Meine Damen und Herren! Wenn wir uns über den Zweck unseres Antrages, insbesondere auch von unserem grundsätzlichen Standpunkt aus einmal unterhalten, so müssen wir unumwunden zugeben, daß durch den Wohnungsbau — da erzähle ich Ihnen keine Neuigkeiten, sondern effektive Tatsachen — Aufgaben zu lösen sind, die ursächlich mit den hauptsächlich von der Provinz zu erfüllenden Aufgaben verbunden sind. Ich denke da besonders an die Fürsorgeerziehung, die Säuglings- und Krüppelfürsorge. Es ist ein unbedingtes Erfordernis, zunächst einmal mit Rücksicht auf die allgemeine Wirtschaftslage und den allgemeinen Wohnungsmarkt, sodann aber auch mit Rücksicht auf den großen Wohnungsmangel im allgemeinen, daß wir dieser Frage mehr, als es bisher im Provinziallandtag der Fall gewesen ist, unsere Aufmerksamkeit zuwenden und daß nicht allein über die Frage der Behebung der Wohnungsnot geredet wird, sondern daß auch praktische Taten seitens des Provinziallandtages einsetzen.

Meine Parteifreunde sind mit mir der Meinung, daß wir durch die Erstellung von Wohnungen auch manche Debatten, die uns beschäftigt haben, abkürzen können, die augenblicklich bei der Fürsorgeerziehung,

Säuglings- und Krüppelfürsorge in diesem Hause ein größeres Maß von Zeit beanspruchen, als es eigentlich in unserem Interesse ist. Ich will sagen: Durch die Erstellung von Wohnungen können wir unter allen Umständen die beste vorbeugende Wohlfahrtspflege betreiben. Aus diesen Gründen legen wir als Sozialdemokraten besonderen Wert auf folgende Feststellung: „Wenn praktische Arbeit auf diesem Gebiete geleistet werden soll, müssen die öffentlichen Körperschaften in erster Linie etwas zur Hebung des Wohnungsbaues tun. Dieses zum Ausdruck zu bringen, ist meine besondere Aufgabe!“

Meine Damen und Herren! Es ist mit Rücksicht auf die wirtschaftlichen Verhältnisse auf dem Wohnungsmarkt heute ein Ding der Unmöglichkeit, überhaupt den Kleinwohnungsbau in irgendeiner Form zu fördern, wenn nicht öffentliche Mittel dafür bereitgestellt werden. Ich möchte Ihnen das an Hand eines einfachen Rechenexempels erläutern. Es werden heute auf dem Kapitalmarkt 1,2—6 Prozent Monatszinsen verlangt. Angenommen, es bestände die Möglichkeit, auf dem Wohnungsmarkt zu dem geringsten Zinssatz von 1,2 Prozent irgendwelche Kapitalien aufzubringen, so bedeutete das immerhin bei 10 000 Mark Erstehungskosten für eine Wohnung die Aufbringung einer Zinsenlast von 1800 Mark jährlich. Hierzu kämen natürlich die für die Wohnung erforderlichen Verwaltungskosten, sowie die öffentlich-rechtlichen Abgaben, die auf den Wohnungen lasten. Meine Damen und Herren! Wir brauchen uns gar nicht weiter darüber zu unterhalten, daß von den Kreisen, die diese Kleinwohnungen beziehen sollen, insbesondere von den Arbeitern und der Beamtenchaft, derartige Lasten bei den heutigen sozialen Verhältnissen, bei den heutigen Löhnen und Gehältern, effektiv nicht aufgebracht werden können. Aus diesem Grunde möchten wir insbesondere dem Herrn Landeshauptmann ans Herz legen, daß auch diese Argumente bei der Behandlung des Antrages im Provinzialauschuß berücksichtigt werden. Der Antrag darf nicht auf dem Papier stehen bleiben!

Wir sind aber darüber hinaus der Meinung, daß wir im kommenden Jahr unter allen Umständen den Versuch machen müssen, hier im Rheinischen Provinziallandtag aus Mitteln der Provinz für den Kleinwohnungsbau irgendwelche Summen bereitzustellen, und zwar nicht allein um zu bauen, sondern auch um den eigentlichen Aufgaben der Provinz Rechnung zu tragen und durch eine vorbeugende Wohlfahrtspflege durch den Kleinwohnungsbau indirekt helfen und indirekt vorbeugen, zur Entlastung der Aufgaben, über die wir uns in der Hauptsache immer wieder unterhalten müssen (Säuglings-, Krüppelfürsorge usw.).

Meine Damen und Herren! Wir sind der Meinung, daß die Bereitstellung von Mitteln durch die Provinz zu diesem Zwecke eine berechnete Forderung ist. Ich kann nicht umhin, an dieser Stelle noch einmal darauf hinzuweisen, daß bei grundsätzlich gleicher Auffassung über die Dinge, über die wir uns gestern unterhalten haben, bezüglich der Denkmalspflege usw., doch im gegebenen Augenblick die Frage aufzuwerfen ist: „Was liegt dem rheinischen Volk jetzt näher: das Hemd oder der Rock? Da, meine Damen und Herren, bin ich der Auffassung, daß wir die Beseitigung der Wohnungsnot als eine unserer vornehmsten Kulturaufgaben betrachten müssen und uns bei der miserablen finanziellen Lage der Kommunalverbände im allgemeinen bei all diesen Aufgaben zunächst einmal die Frage vorlegen müssen: Was ist nötiger: die Denkmalspflege oder der Wohnungsbau? Und da bin ich ehrlich genug zu behaupten, daß ich es persönlich im Augenblick für viel wichtiger halte, Wohnungen, insbesondere Kleinwohnungen, zu bauen, als derartige Summen für solche Zwecke aufzuwenden, wie es gestern der Fall gewesen ist.“

Ich möchte mich also noch einmal mit der Forderung an den Herrn Landeshauptmann wenden, in dieser Form unserer Auffassung bei der Durchführung des Antrages Rechnung zu tragen.

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort wird weiter nicht gewünscht. Ich stelle die Annahme fest.

Zu Punkt 4 ist Berichterstatterin die Abgeordnete Fräulein Gosewinkel.

Abgeordnete Fräulein Gosewinkel: Der III. Fachausschuß bittet, dem Haushaltsplan für die Arbeitsanstalt Brauweiler, wie er Ihnen vorliegt, zuzustimmen, möchte aber dazu folgendes bemerken:

1. Aus Anlaß eines Spezialfalles legt der III. Fachausschuß der Provinzialverwaltung besonders dringend ans Herz, dafür zu sorgen, daß die zur Entlassung kommenden weiblichen Korrigenden und Zöglinge anderer Anstalten bei ihrer Entlassung mit einer Kleidung versehen werden möchten, die sie gegen die Unbilden der Witterung schützt, damit nicht diese Mädchen, die zur Entlassung kommen, gleich wieder auf schlechte Wege gestoßen werden.

2. Wegen der vielen Neuanlagen in und bei der Anstalt Brauweiler hält der III. Fachausschuß es für sehr angebracht, wenn recht bald die sog. Besuchs-kommission zu einer Besichtigung der Anstalt und der Anlagen eingeladen würde.

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort wird nicht gewünscht. Ich stelle die Annahme fest.

Zu Punkt 5 ist Berichterstatter Herr Abgeordneter Bierwirth.

Abgeordneter Bierwirth: Meine Damen und Herren! Der Sachauschuß III legt den größten Wert darauf, bei dieser Gelegenheit ganz besonders hervorzuheben, daß die Krüppelfürsorge, die doch zu den jüngsten Verwaltungszweigen der Provinz gehört und unter den allerschwersten finanziellen Verhältnissen der Provinz übertragen worden ist, sich so kraftvoll und segensbringend für unsere Provinz entwickelt hat, daß wir nicht anstehen, der Verwaltung unsere vollste Anerkennung auszusprechen.

Im Jahre 1920 wurde die Krüppelfürsorge von der Provinz übernommen. Im August 1921 konnte die Anstalt in Süchteln bereits eröffnet werden. 1921 wurden die Mittel zur Unterhaltung von 180 Krüppeln in den Etat eingestellt, 1922: 600, 1923: 1340, und in diesem Jahre haben wir mit 2000 Krüppeln zu rechnen. So unerfreulich diese Zahlen an sich sind, so geht doch daraus hervor, daß die Verwaltung alles mögliche getan hat, um die Krüppel ausreichend zu erfassen.

Gleichzeitig aber hegen wir auch den dringenden Wunsch, daß sich die Verwaltung angesichts des katastrophalen Niedergangs unserer Volksgesundheit auch in Zukunft mit der gleichen Wärme diesem Verwaltungszweige widmet und für seinen weiteren Ausbau Sorge trägt.

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort wird nicht gewünscht. Die Vorlage ist angenommen.

Zu Punkt 6 ist Berichterstatter Herr Abgeordneter Milau.

Abgeordneter Milau: Meine Damen und Herren! Die Kriegsbeschädigtenfürsorge unterliegt, wie auch in dem Vorbericht, der uns vorliegt, mitgeteilt worden ist, durch die neue Reichsverordnung über Fürsorgepflicht vom 13. Februar 1924 einer grundlegenden Aenderung. In den Haushaltsplänen hat diese Aenderung noch nicht berücksichtigt werden können. Der III. Sachauschuß nimmt hiervon Kenntnis und empfiehlt unveränderte Annahme.

Vorsitzender Dr. Jarres: Hier liegt ein Antrag der Kommunistischen Fraktion vor, den ich wohl richtig als hierzu gehörig auffasse:

„Der Rheinische Provinziallandtag fordert die Reichsregierung auf, die von der Kommunistischen Fraktion des Reichstags eingereichte Novelle zum Reichsversorgungsgesetz als Gesetzentwurf dem Reichstage vorzulegen.“

Soll das hiermit verbunden werden? (Zustimmung bei den Kommunisten.) Wird dazu das Wort gewünscht? (Abgeordnete Frau Appel: Ja!)

Das Wort hat die Abgeordnete Frau Appel.

Abgeordnete Frau Appel: Meine Damen und Herren! Wie der Herr Berichterstatter Ihnen eben sagte, liegt ein neues Gesetz über Fürsorgepflichten vom 13. Februar d. J. vor. Auch die Fürsorge für

Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene wird eine grundlegende Aenderung erfahren, wenn auch vorläufig durch Verfügung des Ministers die Sache für die Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen bis zum 1. November unverändert bleibt.

Wir haben aber die Beratung des Haushaltsplans in dieser Angelegenheit vorgenommen, und ich möchte Ihnen dazu folgendes sagen.

Bei meisten von Ihnen werden nicht genau darüber unterrichtet sein, wie die Versorgung der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen in Wirklichkeit aussieht. Es wird z. B. manchem von Ihnen nicht bekannt sein, daß wir im Reichsversorgungsgesetz Renten und sog. Zusatzrenten haben, daß auf die Renten ein Rechtsanspruch von Seiten der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen besteht, während auf die Zusatzrenten ein Rechtsanspruch nicht besteht, wenn keine Bedürftigkeit vorliegt. Also, es ist hier eine Bedürftigkeitsrente, die in das Gesetz aufgenommen worden ist. Die Kriegsbeschädigten- und Hinterbliebenen-Organisationen jeglicher Färbung — ich betone das —, sowohl die im Internationalen Bund der Kriegsoffer Organisierten wie auch diejenigen, die im Reichsbund, im Zentralverband — der rechtsstehenden Organisation — organisiert sind, haben alle immer wieder beim Reichsarbeitsminister betont, daß sie wünschen, daß diese Zusatzrenten aus dem Gesetz herausgelassen werden, weil es nicht angängig ist, daß man den Kriegsoffern, gleich welcher Art, das ihnen zustehende Recht auf die Rente, das sie sich wirklich erkauft haben, nimmt. Trotzdem herrscht in der Öffentlichkeit über diese Sache eine sehr große Unkenntnis, und zwar liegt die Schuld daran — ich möchte das auch hier betonen — beim Reichsarbeitsministerium, bei dem Reichsarbeitsminister Dr. Brauns selbst. Auch von dieser Stelle aus zeihe ich ihn, wie ich das schon in hundert Versammlungen getan habe, der bewußten Fälschung und Irreführung der öffentlichen Meinung. (Oho-Rufe im Zentrum.) Ich werde Ihnen das auch beweisen; dann rufen Sie Oho, wenn Sie es noch können. Ich habe Ihnen bereits gesagt, daß die Rentenversorgung auf Renten und Zusatzrenten aufgebaut ist. Der Reichsarbeitsminister hat vor vier bis sechs Wochen in den Zeitungen erklärt, daß, trotzdem die Sozialpolitik abgebaut werden müsse, trotzdem das Reich an allen Ecken und Enden sparen müsse, doch Gott sei Dank die Versorgung der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen noch gesichert sei, und hat dabei Zahlen angeführt, die, wenn er nicht dumm ist, eben nur eine bewußte Fälschung sein können.

Vorsitzender Dr. Jarres: Frau Abgeordnete, ich muß Sie unterbrechen. Ich bitte Sie, diese unparlamentarischen Ausdrücke zu vermeiden.

Abgeordnete Frau Appel (fortfahrend): Er führt z. B. an, daß ein 50prozentiger Kriegsbeschä-

digter etwa 31,50 Mark an Rente bezieht. Diese 50prozentigen Kriegsbeschädigten kamen zu uns und erklärten: Das ist doch nicht wahr, die bekommen wir doch nicht. Ja, was hatte, der Reichsarbeitsminister getan? Er hat in diese Zahl die Zusatzrente eingerechnet, während die wirkliche Rente nur etwa 6 Mark betrug. Er schreibt aber nicht dazu, daß nur etwa 2 Prozent der gesamten 50prozentigen Kriegsbeschädigten Bezahler der Zusatzrenten sind. (Hört, hört! bei den Kommunisten.) Können Sie auch jetzt noch sagen, daß das keine Fälschung ist? Genau so geht es mit den 60-, 70- und 80prozentigen, nur daß natürlich bei den 90- bis 100prozentigen die Zusatzrente ohne weiteres gezahlt wird, weil sie arbeitsunfähig sind. Aber auch dort wird versucht, und zwar durch die Paragraphen 63 und 64, die Renten zu kürzen, wenn ein gewisses Minimum an Einkommen da ist.

Daselbe, was man bei den Kriegsbeschädigten tut, tut man auch bei den Kriegshinterbliebenen, vor allem auch bei der Kriegerwitwe, die ein Recht auf die Rente hat, von der nicht verlangt werden kann, daß sie arbeiten geht, weil sie Kinder zu versorgen hat. Arbeit verlangt man nur von der finderlosen, gesunden Kriegerwitwe, der man nur 30 Prozent der Vollrente gibt. Die Witwe, die Kinder hat, ist an sich ans Haus gebunden, wenn sie anständig für ihre Kinder sorgen will — ich führte das gestern schon in einem anderen Zusammenhange aus —. Sie ist aber, weil die Rente derart niedrig ist, daß kein Mensch davon leben kann, gezwungen, arbeiten zu gehen. Was geschieht in demselben Augenblick? Trotzdem sie ein Recht auf die Zusatzrente hat, ruht für sie in dem Moment die ganze Zusatzrente, weil die Bedürftigkeitsfrage verneint wird. Sie sehen, hier sind Härten des Gesetzes, die sämtliche Kriegsoffer-Organisationen von rechts bis links immer wieder bekämpft haben, die aber trotzdem nicht aufgehoben worden sind, weil im Reichstage die Unterstützung der maßgebenden Parteien nicht dagewesen ist, weil hier immer und immer wieder nur die Linke und hauptsächlich die kommunistische Fraktion sich für die Forderungen der Kriegsoffer eingesetzt hat.

Dann noch eins. Nachdem man im Mai 1920 das Reichsversorgungsgesetz geschaffen hatte, hat im vorigen Jahre infolge der Inflation die Rentenversorgung einen derartigen Tiefstand erreicht, daß ich mich nicht mehr an die Post stellen konnte, um meine Rente in Empfang zu nehmen, weil mir durch die halbe Stunde, die ich dort warten mußte, mehr verloren ging, als die Bettelpennige wert waren, die ich am Postschalter erhielt. Damals hat eine ganze Reihe von Kriegsoffern die Renten monatelang anstehen lassen, weil es sich nicht lohnte, sie abzuholen. In derselben Zeit wurde die Novelle zum Reichsver-

sorgungsgesetz geschaffen, von der der Reichsarbeitsminister ebenfalls sagte, sie solle dazu dienen, das, was man den Kriegsoffern schulde, wieder gut zu machen; sie solle ungefähr die Renten geben, die 1920 gegeben worden sind. Fast durchweg sind aber die Renten um die Hälfte niedriger, als sie im Jahre 1920 waren, bis auf den 100prozentigen Kriegsbeschädigten, der 97 Prozent seiner Rente bekommen hat. Und heute, nachdem wir Goldmarkrenten haben, ist es genau das gleiche; die Rente reicht nicht aus, um auch nur den allernotdürftigsten Lebensunterhalt zu bestreiten. Vom Reich war vorgesehen, daß da, wo sich Härten ergaben, die Fürsorge eingriff. Darüber, wie die Fürsorge in Wirklichkeit arbeiten konnte, kann Ihnen vielleicht Herr Landesrat Gerlach besser Auskunft geben als ich; er weiß, wie wenig Mittel ihm zur Verfügung gestellt waren, um wirklich Fürsorge zu treiben. Es war eben nicht möglich, mit den vom Reich bewilligten Mitteln Fürsorge zu treiben. Es sollte eine individuelle Fürsorge in besonderen Fällen sein. Aber man hat statt dessen den amtlichen Fürsorgestellen der einzelnen Städte allgemein die Zahlung der Zusatzrenten in die Hand gegeben, weil sie besser die Bedürftigkeit feststellen konnten, als es vom Reich geschehen konnte. Da können Sie, wenn Sie irgendwelche Verbindung mit den Kriegsoffer-Organisationen haben, Dinge hören, über die Sie staunen werden. Die ganze Arbeit der Fürsorge hat sich hauptsächlich darauf gerichtet, in die allerintimsten Verhältnisse der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen einzudringen und nachzuforschen, ob ihnen nicht doch noch von irgendeiner Seite her Mittel zufließen, die das Zahlen der Zusatzrente überflüssig machten. Das ist eine Erniedrigung der amtlichen Stellen gewesen, wie wir sie uns schlimmer nicht denken können. Das war in Wirklichkeit die ganze Fürsorge, die getrieben worden ist.

Ich kann Ihnen hier ein typisches Wort des Herrn Reichsarbeitsministers anführen. Er sagte in einer Reichsausschusssitzung, als man ihn darüber zur Rede stellte, daß die Renten der Kriegsoffer auf diesen niedrigen Stand ankommen konnten: Gewiß, wir haben, als das Reichsversorgungsgesetz geschaffen wurde, vorgehabt, die Renten in etwa der Wirtschaftslage anzupassen; aber wir haben nicht gewußt, daß das Reich vor diese ungeheuren Ausgaben gestellt würde. Er meinte damit die Reparationsverpflichtungen. Als ihm darauf aus den Kreisen der Kriegsbeschädigten aller Organisationen zugerufen wurde: Wollen Sie damit sagen, daß ausgerechnet die Kriegsoffer die Reparationsleistungen bezahlen sollen?, da konnte er nur mit einem Achselzucken antworten. Also, die Tatsache besteht und ist vom Minister selbst zugestanden, daß ausgerechnet die Kriegsoffer zum größten Teil die Lasten der Repara-

rationen mitbezahlen müssen. (Rufe: Hört, hört! bei den Kommunisten.)

Ich möchte in diesem Zusammenhang an ein Wort des Abgeordneten Schaefer aus Essen erinnern, der einmal sagte, Krupp sei das größte Opfer des Krieges gewesen. Ich habe von diesem Ausspruch sehr oft in Kriegsofferversammlungen Gebrauch gemacht, und ich kann Ihnen sagen, daß man da in einen Entrüstungsschrei ausgebrochen ist, als man hörte, daß ein Abgeordneter, der wahrhaftig eine andere Meinung davon haben könnte, gesagt hat, daß ausgerechnet die Firma Krupp, die während des Krieges Riesengewinne gemacht hat, das größte Kriegsoffer gewesen sei, während man arme Krüppel, die sich kaum mehr vorwärtsbewegen können, mit Hungerrenten abpeißt.

Ich habe Ihnen das Gesetz kurz gekennzeichnet. Im Rahmen dieser Tagung ist es natürlich nicht möglich, daß ich Ihnen ausführlich darüber spreche. Aber Sie sehen, wie dieses Gesetz aufgebaut ist.

Noch einen wichtigen Paragraphen möchte ich erwähnen, es ist der § 62, der Hochverratsparagraph. In der alten Fassung dieses Paragraphen hieß es, daß die Rente erlischt, wenn der Kriegsbeschädigte wegen Hochverrats zu Zuchthaus verurteilt wird. Dasselbe galt natürlich auch für die Kriegshinterbliebenen. Dagegen hat sich vor allem unsere Organisation, die des Internationalen Bundes der Kriegsoffer, gewehrt und gesagt, daß ein solcher Paragraph einfach nicht rechtmäßig sein könne. Die Rente wird ja nicht für etwas gegeben, was ich nach der Kriegsbeschädigung oder nach dem Verlust meines Gatten tue, sondern für etwas, was ich schon geleistet habe, und es ist ganz gleichgültig, was nachher geschieht. Auf jeden Fall hatte man diesen Paragraphen hineingebracht. Auch ein Zeichen für die Einstellung des Reichsarbeitsministers ist folgendes: Wir erreichten, daß bei der Novelle, die am 30. Juni 1923 verabschiedet wurde, das Wort „erlischt“ gestrichen und in „ruht“ umgeändert wurde. Das sollte heißen: Die Rente ruht, solange der Kriegsbeschädigte oder der Hinterbliebene wegen Hochverrats verurteilt ist und im Zuchthaus sitzt; die Rente lebt aber wieder auf, wenn er aus dem Zuchthaus heraus ist, denn man spricht ihm ja auch nicht die bürgerlichen Ehrenrechte für sein Leben ab; das ist doch nicht mehr als selbstverständlich. Was gibt aber der Reichsarbeitsminister in der Vollzugsanweisung (Reichsverordnungsblatt Nr. 544 des Jahrgangs 1923) zur Kenntnis? Er sagt: Bei Hochverrat usw. ruht die Versorgung dauernd, also auch nach Verbüßung der Strafe, wenn wegen der im Gesetz verzeichneten Verbrechen auf Zuchthaus erkannt ist. Nun frage ich Sie, meine Damen und Herren: Kann einer von Ihnen mir den Unterschied zwischen „erlischt“ und „ruht dauernd“ sagen? Ich

glaube, das wird Ihnen genau so unmöglich sein, wie es auch mir unmöglich gewesen ist. Also auch hier, obwohl das Gesetz so angenommen ist, kommt eine Vollzugsanweisung, die es vollständig wieder unwirkt und anstatt „erlischt“ „ruht dauernd“ sagt. Das spricht Bände für die geistige Einstellung des Reichsarbeitsministers.

Nun hören Sie auch hin und wieder von Rentenerhöhungen. Es ist Ihnen vielleicht bekannt, daß es in Deutschland im Reichsversorgungsgesetz einen Paragraphen 87 gibt, wonach die Renten stets mit den Beamtengehältern erhöht werden sollen. Ganz recht, wir haben vom 1. Juni ab eine Erhöhung der Beamtengehälter, und zwar ist diese Erhöhung so, daß für die untersten Gruppen 17 Prozent und für die obersten 71 Prozent mehr gegeben wurde. (Hört, hört! bei den Kommunisten!) Das steht jetzt nicht zur Debatte, darüber sage ich jetzt kein Wort, obwohl sich darüber auch sprechen ließe. — Was würden Sie annehmen, was man den Kriegsoffern nun gibt? Bei den Beamten ist das Mehr von 17 bis 71 Prozent gestaffelt. Ich glaube, Sie alle werden mir zugeben, daß man den Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen zum mindesten den Durchschnitt geben muß, wenn man von einer Erhöhung prozentual den Beamtengehältern sprechen will. Also hätte man ihnen 44 Prozent geben müssen. Was hat man ihnen gegeben? Eine Erhöhung von ganzen 16 Prozent. (Hört, hört! bei den Kommunisten. Zuruf: Das ist der Dank des Vaterlandes!) Sie sehen, daß man in Berlin im Reichsarbeitsministerium sich absolut nicht an Gesetze gebunden fühlt, die man selbst gemacht hat, daß man sich dort auch nicht an die Versprechungen gebunden fühlt, die man einmal den Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen gegeben hat, als man von Versorgung und Sicherstellung sprach. Darum hat der Internationale Bund der Kriegsoffer durch die kommunistische Fraktion des Reichstages einen Gesetzesentwurf als Novelle zu dem jetzt bestehenden Reichsversorgungsgesetz einreichen lassen. Auch hier möchte ich Ihnen sagen, daß von einer ganzen Menge Parteien, unter anderem auch von der Ludendorff-Partei, Anträge auf Erhöhung der Renten der Kriegsoffer eingelaufen sind. Diese Anträge sind aber weiter nichts als glatte Agitationsanträge der Parteien. Vor den Wahlen hat man von rechts bis links den Kriegsoffern nämlich versprochen, daß man für sie eintreten wolle, und nun muß man ihnen doch auch zeigen, daß man Anträge für sie einbringt. Kein einziger dieser Anträge ist aber so aufgebaut, daß die Regierung auch nur das geringste damit machen kann. Wir haben uns deshalb die Mühe gemacht und eine Novelle ausgearbeitet. Diese Novelle ist noch vor Pfingsten dem Reichstag eingereicht worden. Ich will Ihnen nur ganz kurz einige Sätze daraus vorlesen.

Wir verlangen u. a. die Streichung des Hochverratsparagraphen; das ist selbstverständlich. Wir verlangen auch eine Aufhebung der Klassenbestimmungen, auf die ich eben noch kurz eingehen muß. Die Klassenbestimmungen des § 28 des Reichsversorgungsgesetzes besagen nämlich, daß der kriegsbeschädigte ungelernete Arbeiter 1 bekommt, der gelernte Arbeiter  $1\frac{1}{4}$  und der Angehörige höherer Berufe, der Akademiker, Fabrikant usw.  $1\frac{1}{2}$  für die gleiche Kriegsdienstbeschädigung. Ebenso ist es mit den Kriegshinterbliebenen. Daß wir diesen Paragraphen ausgemerzt haben wollen, ist selbstverständlich, denn es geht nicht an, daß man, wo schon die oberste Stufe von  $1\frac{1}{2}$  noch nicht einmal zum Lebensunterhalt ausreicht, nach unten hin noch kürzen will. Dann verlangen wir vor allen Dingen, daß auch die Heilbehandlung der Kriegshinterbliebenen Sache des Staates wird. Es ist heute noch so, daß, wenn eine Kriegshinterbliebene — eine Kriegerwitwe oder eine Kriegerwaise — krank wird, sie vor dem Nichts steht, weil niemand ihr hilft und sie sich von ihrer Rente noch nicht einmal satt essen kann. Alte Kriegermütter, die nichts zusehen hatten, sind glatt verhungert, weil man ihnen nicht helfen wollte. Es ist selbstverständlich, daß wir für die Kriegshinterbliebenen genau so gut die Heilbehandlung fordern müssen, wie die Kriegsbeschädigten sie schon haben, weil ja der Staat versprochen hat, daß die Kriegerwitwe, die ihren Mann geopfert hat, sichergestellt werden soll. Weiter verlangen wir die Beseitigung sämtlicher Kürzungen und Streichungen in den §§ 63 und 64, die aus dem Arbeitseinkommen hervorgehen. Ich will Ihnen nur einige Beispiele sagen. Wir haben uns dabei streng an das gehalten, was auch der heutige Reichstag erfüllen kann. Das ist zwar keine Sicherstellung in dem Sinne, wie wir sie auffassen; aber es ist doch die unterste Grundlage, auf der ein Mensch noch leben kann. Deshalb könnten sämtliche Parteien des Reichstages dieser Novelle ihre Zustimmung geben. Ein verheirateter Kriegsbeschädigter, der zwei Kinder hat, würde nach unserer Novelle in Ortsklasse C bei einer Erwerbsverminderung von 20 Prozent 17,25 Mark beziehen, bei einer Erwerbsverminderung von 30 Prozent 27,87 Mark und 100 Prozent 136,35 Mark. Der letzte Satz bezieht sich auf die völlig erwerbsunfähigen Kriegsbeschädigten, zu denen auch die Kriegsblinden gehören, bei zwei Kindern und Frau. Ich glaube nicht, daß einer von Ihnen sagt, daß diese Sätze zu hoch sind. Für eine Kriegerwitwe der Ortsklasse A haben wir eine monatliche Rente beantragt, die, wenn sie erwerbsfähig ist und keine Kinder hat, 38,50 Mark betragen soll. Ist sie erwerbsfähig, hat aber Kinder, so soll sie 57,70 Mark erhalten, und eine erwerbsunfähige, also kranke Witwe soll 77 Goldmark bekommen. Eine Halbwaise soll

28,88 Mark, eine Vollwaise 48,13 Mark, ein Elternanteil 57,70 Mark und ein Elternpaar 77 Mark bekommen. Ich glaube, daß keiner von Ihnen diese Sätze für zu hoch erachten kann. Es wird sich jetzt im Reichstag entscheiden, ob die Versprechungen, die man den Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen gegeben hat, wahr sind, oder ob man auch hier nur versucht hat, ihre Stimmen zu fangen, um die eigenen Mandate sicherzustellen.

Ich habe bei dieser Gelegenheit darüber einmal mit Ihnen sprechen und Ihnen nahelegen wollen, daß Sie mit den Kreisen der Ihnen nahestehenden Kriegsofferorganisationen in Verbindung treten. Diese Sätze haben wir auch anderen Organisationen vorgelegt, und sie haben alle glatt erklärt: Das ist tatsächlich das mindeste, was wir verlangen können. Diese Organisationen heißen Reichsbund und Zentralverband, ich betone das noch einmal. Also auch die Organisationen, die Ihnen, meine Damen und Herren, nahestehen, betrachten diese Sätze als Mindestgrundlage. Darum sage ich Ihnen: Beachten Sie, daß Sie sich hier zu entscheiden haben im Interesse einer großen Zahl Personen, denen das Reich soviel schuldig ist, daß es ihnen dies niemals wiedergutmachen kann.

Ich möchte hier nur noch eine typische Bemerkung des Ministerialrats Kerscheneiter, des Vertreters des Reichsarbeitsministers, mitteilen, der auch einmal meinte — wie sagte er doch noch?, ich möchte es gern wörtlich anführen. Es ist mir im Moment entfallen. — Ich wollte Ihnen damit gezeigt haben, daß auch Ministerialrat Kerscheneiter nicht das nötige soziale Interesse aufbringt, daß auch er dafür ist, auf Kosten der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen zu sparen für die, an die man nicht herankommt (Hört, hört! bei den Kommunisten), die sich auch dort immer gedrückt haben, wo die Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen herangezogen worden sind. Sie werden ja wissen, daß in den letzten Jahren der größte Teil der Steuerlast von den Schichten der Arbeitnehmer und des Proletariats getragen worden ist und daß auch die Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen ihre Steuern haben bezahlen müssen, so gut wie der gesunde Arbeiter. Ich habe mir einmal im vorigen Jahr, als die Renten auf ihren tiefsten Stand angekommen waren, ausgerechnet, daß ich für fünf Kriegerwitwen die Rente an Steuern bezahlte. Das war nicht deshalb, weil mein Verdienst so hoch war, sondern weil die Rente so minimal war, daß kein Mensch davon leben konnte. Und Geheimrat Kerscheneiter hat im vorigen Jahr an Gehalt die Rente von 150 Kriegsblinden bezogen. (Hört, hört! bei den Kommunisten.) Meine Damen und Herren! Das sind Zahlen, die nicht aus der Weltgeschichte zu schaffen sind. Wer diese Tatsache anzuzweifeln wagt, soll sich ruhig nach

Berlin wenden. Ich gebe keine Zahlen an, die ich nicht beweisen kann, und die nicht Tatsachen sind. Also darüber können Sie beruhigt sein. Das sind Tatsachen. Daran sehen Sie, wie tief wir unten angekommen sind.

Wir haben auch verlangt, daß die Zusatzrenten abgeschafft werden und eine Einheitsrente gegeben wird, ganz gleich, ob Bedürftigkeit vorliegt oder nicht. Wir sind der Meinung, daß der Kriegsbeschädigte, der einen Arm oder ein Bein geopfert hat, daß die Kriegerwitwe, die ihren Mann hergegeben hat, ein uneingeschränktes Recht auf die Rente hat, ganz gleich, in welchen Vermögensverhältnissen sie sich befindet. Das sind Sachen, die mit Geld nie gutzumachen sind. Dann wird die Fürsorge auch einmal wieder das sein können, was sie sein soll. Heute ist sie weiter nichts als die Zahlerin der Zusatzrenten. Wenn Sie für unseren Antrag eintreten, dann wird die Fürsorge wieder das werden, was sie von Anfang an sein sollte, die Beraterin und Helferin dort, wo sich bei schematischer Anwendung des Gesetzes Härten ergeben. In dem Sinne ist es auch im Interesse des Provinziallandtages, daß diese Novelle Gesetz wird und den Kriegsoffern hilft, weil wir dann Möglichkeiten haben, auch zu einer wirklichen Fürsorge für die Kriegsbeschädigten ganz andere Gelder flüssig zu machen. (Beifall bei den Kommunisten.)

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat Herr Landesrat Gerlach.

Landesrat Gerlach: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Verwaltung, und, ich glaube, auch das Haus erkennt durchaus nicht die Notlage, in der sich die Kriegsoffer insbesondere im rheinischen besetzten Gebiet befinden. Die Frau Vorrednerin weiß ja auch aus ihrer Tätigkeit im Beirat der Hauptfürsorgestelle, in wie umfangreichem Maße die Verwaltung ihrerseits im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen versucht hat, Besserungen für die Kriegsoffer zu erzielen. Aber, meine Damen und Herren, die Verwaltung kann Ihnen nicht empfehlen, in diesem Augenblick die Entschließung der kommunistischen Fraktion anzunehmen (Hört, hört! bei den Kommunisten), und zwar aus dem einfachen Grunde, weil dem Hause und auch der Verwaltung das, was hier empfohlen wird, nicht bekannt ist. Ich bin zwar Leiter der Hauptfürsorgestelle und kümmerge mich um die ganze Literatur. Ich muß aber erklären, daß der Internationale Bund in der Rheinprovinz bisher der Hauptfürsorgestelle den Gesekentwurf, den die kommunistische Fraktion vorgelegt hat, noch nicht zugesandt hat, wiewohl sonst alle diese Dinge der Hauptfürsorgestelle zur Unterstützung der Bestrebungen der Kriegsoffer im Reichsarbeitsauschuß zugesandt werden und die Organisationen im Reichs-

auschuß, abgesehen von einigen wenigen Ausnahmefällen, die Leiter der Hauptfürsorgestellen stets an der Seite der Kriegsoffer gefunden haben. Infolgedessen ist es im Augenblick nicht möglich, der Forderung zuzustimmen, obwohl ich glaube, daß das ganze Haus einer ganzen Reihe von Anträgen, die die Kommunisten im Reichstage eingebracht haben, wahrscheinlich zustimmen würde.

Ich muß aber doch einige Unrichtigkeiten, die der Rednerin bei ihren Ausführungen unterlaufen sind, richtigstellen.

Meine Damen und Herren! Was die Rednerin über Zusatzrenten gesagt hat, kann nicht so hingenommen werden, wie es hier gesagt worden ist. Ich persönlich würde die Kriegsoffer dringend davor warnen, zu verlangen, daß die Zusatzrenten wieder abgeschafft und in die Renten eingerechnet werden, denn dann würde das, was die Rednerin eben gewünscht hat, das Recht auf Rente, das ja allgemein anerkannt wird, wahrscheinlich bei der Finanzlage des Reiches und bei den Verhältnissen, wie wir sie nun einmal im Reichsparlament haben, nicht zu erreichen sein. Es würde dann dahin kommen, daß diejenigen Bedürftigen, die heut Renten und Zusatzrenten bekommen, etwa in der Höhe auch die Bezüge weiter erhalten, daß aber nach unten sehr stark gekürzt wird. Sie verkennen die Entwicklung doch auch nicht, wenn Sie mitten in der Praxis stehen.

Ich muß mich dann aber auch gegen das wenden, was hier gegen den Herrn Reichsarbeitsminister Brauns gesagt worden ist. Aus meinen persönlichen Verhandlungen, die ich in Fragen der Kriegsbeschädigtenfürsorge mit dem Herrn Reichsarbeitsminister gehabt habe, weiß ich, daß der Herr Reichsarbeitsminister in allen Fällen, wo es sich darum handelte, die Notlage der Kriegsoffer zu lindern, in weitgehender Weise entgegengekommen ist (Bravo! im Zentrum). Ich möchte das besonders für die Zeit betonen, in der in der Rheinprovinz die schwierigsten Verhältnisse waren, für die Zeit des passiven Widerstandes. Die Leiter der Hauptfürsorgestellen der Provinz Westfalen und der Rheinprovinz sind nie vergeblich im Reichsarbeitsministerium gewesen; sie haben, wenn sie mit dem Reichsarbeitsminister Brauns verhandelt haben, ihre Anträge in der Regel restlos erfüllt bekommen. Danach war es nicht berechtigt, daß der Herr Reichsarbeitsminister hier in der Weise angegriffen wurde, zumal da er als Abwehrender sich nicht verteidigen kann (Sehr gut! im Zentrum).

Meine Damen und Herren! Selbstverständlich haben die Mittel, die zur Ueberweisung gekommen sind, nicht ausgereicht. Dafür darf man aber nicht den einzelnen Ressortminister verantwortlich machen. Die Rednerin weiß auch selbst, wie die Verhältnisse im Deutschen Reiche liegen, und bei anderer Gelegen-

heit betonte auch sie, daß im gegenwärtigen Staatswesen die Wünsche der Kriegsbeschädigten und des arbeitenden Volkes überhaupt nicht restlos erfüllt werden können. Ich muß aber ausdrücklich hervorheben, daß im Rahmen des Möglichen besonders in der Zeit des passiven Widerstandes geholfen wurde. Das ist auch in dem Bericht der Hauptfürsorgestelle zum Ausdruck gekommen.

Meine Damen und Herren! Richtig ist, daß die Zusatzrente nicht an jeden Kriegsbeschädigten gezahlt wird. Ich weiß nicht, ob die Vorrednerin der Auffassung ist, daß auch der Sohn — sagen wir einmal — eines Krupp von Bohlen-Halbach, wenn er einen hätte, das Recht auf Rente und Zusatzrente haben soll, wiewohl kein Bedürfnis besteht, in dem Falle die Zusatzrente zu zahlen. Daraus geht natürlich auch hervor, daß der Prozentsatz der Kriegsbeschädigten, die wirklich Zusatzrente beziehen, niedriger ist, als die Gesamtzahl der Kriegsbeschädigten. Wenn die Vorrednerin hier sagte, daß ihre Zahlen stimmen, so hat sie sie doch zum mindestens für sich günstig gruppiert. Denn die Zusatzrente ist nach den gesetzlichen Bestimmungen keine Rente, die an sämtliche Kriegsbeschädigten gezahlt wird, sondern sie wird nur an Schwerbeschädigte gegeben. Dadurch wird der Prozentsatz doch schon wesentlich höher. Ich kann die Prozentsätze für die Rheinprovinz im Augenblick nicht angeben, weil auch mir der Antrag der Rednerin überraschend gekommen ist. Aber ich habe die tatsächlichen Zahlen im Kopf. Ich weiß, daß an 150 000 Kriegsoffer (Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene — Witwen und Waisen —) der Rheinprovinz monatlich 2,2 Millionen an Zusatzrente gezahlt werden.

Meine Damen und Herren! Ich möchte noch eine Ausführung richtigstellen. Die Rednerin sprach von Ausführungen des Reichsarbeitsministers Brauns im Reichsausschuß. Da muß die Rednerin offenbar falsch informiert sein, oder der Fall müßte schon mehr als zwei Jahre zurückliegen, also vor der Zeit liegen, in der ich die Hauptfürsorgestelle verwalte. In der Zeit habe ich an sämtlichen Sitzungen des Reichsausschusses teilgenommen. Ich kann Ihnen erklären: Der Herr Reichsarbeitsminister hat persönlich an diesen Sitzungen nicht teilgenommen, sondern nur seine Referenten. Er kann insolgedessen auch in einer solchen Sitzung keine Ausführungen gemacht haben. Ich wollte das zur Richtigstellung der Ausführungen der Rednerin noch sagen.

Bei aller Sympathie, die vielleicht für eine Reihe von Forderungen, die in der Novelle, die wir nicht kennen, niedergelegt sind, vorhanden sein kann, möchte ich Sie bitten, im Augenblick zu dem Antrage nicht Stellung zu nehmen, weil ihn tatsächlich niemand kennt. (Hört, hört! bei den Kommunisten.)

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Haas.

Abgeordneter Haas: Meine Damen und Herren! Die Not der Kriegsbeschädigten wird auch von der Sozialdemokratischen Partei anerkannt, und es wird alles getan, um diese Not zu lindern (Zuruf eines Kommunisten: Was denn?). Die Sozialdemokratische Fraktion des Reichstages hat nicht allein vor, sondern auch nach den Wahlen Anträge gestellt, die unter allen Umständen eine Besserstellung der Kriegsbeschädigten verlangen. Trotzdem sind wir nicht in der Lage, diesem Antrage zuzustimmen (Hört, hört! bei den Kommunisten), und zwar aus folgenden Gründen:

Wir wissen erstens überhaupt nicht, wie diese kommunistische Novelle aussieht (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten). Und zweitens ist doch die kommunistische Novelle von der Kommunistischen Reichstagsfraktion eingebracht; sie wird also im Reichstage behandelt werden. Der Antrag sagt aber, daß diese eingereichte Novelle zum Reichsversorgungsgesetz als Gesetzentwurf dem Reichstage vorzulegen sei. Die Kommunistische Partei legt ihn doch als Initiativgesetz durch die Kommunistische Reichstagsfraktion vor. Man muß demnach glauben, daß dieser Gesetzentwurf der Kommunistischen Fraktion ein Gesetzentwurf der Reichsregierung werden soll. (Frau Abg. Appel: Sehr richtig!) Das steht nicht deutlich drin, das muß man glauben. Dann mache ich aber darauf aufmerksam, daß es meiner Ueberzeugung nach parlamentarisch darauf gar nicht ankommt, sondern es kommt darauf an, was in den Ausschüssen und im Plenum des Reichstages beschlossen wird, ganz einerlei, ob der Entwurf des Gesetzes von der Reichsregierung oder von einer Partei eingebracht worden ist. Aus allen diesen Gründen bin ich der Meinung: Das, was Sie eigentlich wollen, daß nämlich die Sache zur Beratung steht, haben Sie bisher schon erreicht durch Ihre eigene Fraktion. Daß der Gesetzentwurf aber zu einem Entwurf der Reichsregierung gemacht wird, darüber hier zu entscheiden, ist meiner Meinung nach unmöglich, ganz besonders deshalb, weil wir den Entwurf gar nicht kennen.

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat die Abgeordnete Frau Appel.

Abgeordnete Frau Appel: Meine Damen und Herren! Ich habe doch noch einiges zu dem zu sagen, was eben hier ausgeführt worden ist.

Wenn Herr Abgeordneter Gerlach meint, die Rente würde dann geringer oder für die Bedürftigen nur dasselbe sein wie die heutige Rente und die Zusatzrente zusammen, dann irrt er sich, denn die Sätze sind so hoch gesetzt, daß sie das übersteigen, was heute an Rente und Zusatzrente gegeben wird.

Dann gebe ich Herrn Gerlach zu, daß er bei dem Reichsarbeitsminister in einzelnen Fällen das größte Entgegenkommen gefunden haben mag. Man kommt gern in einzelnen Fällen entgegen, um dafür die Masse um so besser leiden lassen zu können. (Sehr gut! bei den Kommunisten.)

Dann möchte ich noch eins sagen, was ich eben vergessen habe auszuführen, daß der Reichsarbeitsminister gar nicht so sehr empfindlich ist. Wir haben ihm im vorigen Jahr in sehr vielen Versammlungen, auch des Reichszentralverbandes, vorgeworfen, daß das Reich einen Rentenraub, einen Millionendiebstahl an den Kriegsoffizieren begangen hat, weil die entwerteten Renten nicht nach dem wirklichen Wert ausbezahlt wurden. Die 20prozentigen Kriegsbeschädigten, die aus der Versorgung herausgeworfen wurden, und die Kriegerwitwen, die sich im vorigen Jahre wieder verheiratet haben und denen der dreifache Jahresbetrag der Rente zustand, haben oft infolge der Inflation an Abfindung nur soviel bekommen, daß sie sich eine Schachtel Streichhölzer kaufen konnten, und das Reich hat bis jetzt noch nicht daran gedacht, diese Abfindungen in Goldmark aufzuwerten, was doch eigentlich eine Selbstverständlichkeit ist. Trotzdem wir dem Reichsarbeitsministerium diesen Rentenraub vorgeworfen und verlangt haben, unter Strafantrag gestellt zu werden, weil doch eine solche Beschuldigung, daß ein Reichsministerium einen Raub begehe, etwas Ungeheuerliches ist, hat kein Staatsanwalt riskiert, uns unter Strafantrag zu stellen, denn das Gericht hätte uns recht geben und das Reich nach juristischem Recht verurteilen müssen, diesen Betrag zu bezahlen. Also so empfindlich sind die Herren gar nicht mehr.

Ich möchte noch hervorheben — ich habe es schon getan, aber es scheint, daß man mich wohl nicht ganz verstanden hat —, daß wir grundsätzlich vom kommunistischen Standpunkt aus auch mit diesen Renten nicht einverstanden sein können. Wir nehmen nur das mindeste, was auch in einem kapitalistischen Staat wie dem deutschen möglich sein muß für die Versorgung der Opfer, die den Staat überhaupt erhalten haben, die es ermöglicht haben, daß Sie heute noch in Deutschland sitzen. Oder wollen Sie vielleicht sagen, daß das die Leute sind, die hinter der Front waren? Das sind doch gerade diejenigen, die die ganzen Entbehrungen des Krieges getragen haben.

Wenn Herr Gerlach meint, daß ein Sohn von Krupp oder von anderen Hochvermögenden Leuten durch unseren Antrag eine erhöhte Rente bekommen würde, so möchte ich sagen, daß in diesen Kreisen wahrscheinlich sehr wenige sind, die Renten beziehen müssen (Landestat Gerlach: Das ist ein Irrtum), daß in diesen Kreisen im Verhältnis zu den breiten Massen so wenig Kriegsoffer sind, daß diese paar hundert Mark wirklich nichts ausmachen.

Also das sind Sachen, über die sich nicht debattieren läßt, weil sie einfach außerhalb der Debatte stehen müssen.

Es kann sein, daß ich mich einmal versprochen und gesagt habe: „im Reichsausschuß“. Es ist in einer besonderen Besprechung mit dem Reichsarbeitsminister gewesen, wo diese Worte gefallen sind.

Wenn Herr Haas meint, daß dieser Gesetzentwurf dem Reichstage zur Beschlußfassung vorliege und daß deshalb kein Grund bestehe, von hier aus noch einmal daran zu mahnen, so möchte ich Herrn Haas wirklich um seinen Glauben an die Objektivität der Reichstagsabgeordneten beneiden, denn ich glaube, daß die Reichstagsabgeordneten in ihrer Masse sich von vornherein auf einen Regierungsentwurf viel eher einigen, als auf einen Entwurf, der von der kommunistischen Fraktion eingebracht wird.

Vorsitzender Dr. Farres: Ich muß doch darauf aufmerksam machen, daß diese Erörterung eigentlich nicht in unseren Landtag gehört, sondern vor den Reichstag, wo ein derartiger Entwurf, wie Herr Abgeordneter Haas richtig vorgetragen hat, wenn die kommunistische Fraktion es will, zur Erörterung kommen kann.

Es sind noch zum Wort gemeldet die Herren Abgeordneten Jansen, Dr. Kaiser und Floßdorf, sowie zu einer persönlichen Bemerkung Herr Abgeordneter Schäfer. Ich möchte doch nach Lage unserer ganzen Geschäfte dringend bitten, es dabei bewenden zu lassen. Ich stelle anheim, einen Antrag auf Schluß der Erörterung aus dem Hause zu stellen. (Zuruf des Abg. Hoffmann: Neue parlamentarische Ufance!) Wenn Sie damit einen Vorwurf gegen meine Geschäftsführung erheben wollen, so würde ich ihn nicht anerkennen können; denn auch mir steht es frei, Ihnen die Entscheidung anheimzugeben, was Ihnen richtig zu sein scheint. (Sehr richtig! im Zentrum, Zuruf des Abg. Hoffmann: Der Landtag ist souverän!)

Das Wort hat Herr Abgeordneter Jansen-Lammersdorf.

Abgeordneter Jansen-Lammersdorf: Meine Damen und Herren! Frau Appel hat zweifellos manches gesagt, was nicht unrichtig ist. Die Grundtendenz, daß die Lage der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen in vielen Fällen zu wünschen übrig läßt, erkennen wir durchaus an. Aber wir können natürlich aus denselben Gründen, die auch die Sozialdemokratie hier angeführt hat, einem Antrage nicht zustimmen, den wir nicht kennen. Wollte schon die kommunistische Partei haben, daß ihre Anträge hier angenommen werden, so mußte sie sie so zeitig stellen, daß man die Materie durcharbeiten kann. Andernfalls muß man schon zu der Auffassung kommen, daß sie im Landtage zu nichts anderem als zu Agitationszwecken dienen sollen.

Besonders möchte ich mich gegen die Ausführungen gegen den Herrn Reichsarbeitsminister wenden. Meine Damen und Herren! Wer den Herrn Reichsarbeitsminister und seinen ganzen Werdegang kennt, wird wohl wissen, daß Minister Brauns zweifellos eine soziale Einstellung von weitem Ausmaße hat. (Sehr richtig! rechts.) Herr Brauns war früher Leiter des katholischen Volksvereins. Wer diesen Verein kennt, weiß, daß dort ein sozialer Geist herrscht und daß von dort in das ganze Deutschland, und zwar nicht nur in die katholische Bevölkerung, eine solche Erweiterung des sozialen Gesichtswinkels gekommen ist, wie sie kaum eine andere Organisation als Erfolg zu verzeichnen hat. (Abg. Gielen: Sehr richtig!) Nicht nur aus den verschiedensten Konfessionen und Parteien, nicht nur aus Deutschland, sondern auch aus außerdeutschen Ländern, ja, sogar aus außereuropäischen Ländern sind so manche nach M.-Glabach gekommen, um dort die sozialen Einrichtungen zu studieren und ihre Methoden auch in anderen Ländern einzuführen. Und wenn der soziale Gedanke nicht nur in Deutschland, sondern in der ganzen Welt marschiert, dann ist das zum wesentlichen ein Verdienst der langjährigen sozialen Tätigkeit des jetzigen Arbeitsministers Brauns. (Zuruf des Abg. Schröder-Essen: Die Arbeiter kennen seine Tätigkeit!) Meine Damen und Herren! Ich will nicht auf die Pressepolemik eingehen, die gegen den Reichsarbeitsminister Dr. Brauns geführt worden ist. Es ist da vieles Mißverständliche unterlaufen, und vieles mußte zurückgenommen werden; ich möchte also ganz davon absehen. Das eine ist sicher, daß nicht nur der Reichsarbeitsminister Brauns, sondern auch unsere Kollegen im Reichs- und Landtag sich mit wärmsten Herzen für alle berechtigten Forderungen der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen einsetzen, daß aber, wie Sie selbst wissen, auch der beste Wille nicht immer das geben kann, was er will, weil eben die Mittel beschränkt sind. Unter die Personen, die sich mit wärmstem Herzen für die Aufbesserung der sozialen Lage der Kriegsoffer einsetzen, gehört in erster Linie der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns. (Zuruf der Abg. Frau Appel: Da muß man aber wirklich lachen!)

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. Kaiser.

Abgeordneter Dr. Kaiser: Meine Damen und Herren! Auch meine Freunde sind stets für eine ausreichende Versorgung der Kriegsbeschädigten eingetreten. (Frau Abg. Appel widerspricht.) Frau Appel, Sie haben ja nun schon soviel geredet und soviel Zeit gehabt, nun lassen Sie uns doch auch ein paar Minuten. — Die in der Arbeitsgemeinschaft vertretenen Parteien sind mit viel größerem Erfolge und mit einem viel sachlicheren Vorgehen dafür eingetreten, daß eine ausreichende Versorgung der

Kriegsbeschädigten herbeigeführt wird. (Zuruf der Abg. Frau Appel: Das ist nicht wahr, das sind die Kriegsbeschädigten-Organisationen gewesen! Ist das denn ausreichend?)

Vorsitzender Dr. Jarres: Ich bitte, den Herrn Redner nicht zu unterbrechen.

Abgeordneter Dr. Kaiser (fortfahrend): Meine Damen und Herren! Wenn in diesem Hause in diesem Augenblick von uns die Zustimmung zu einem Gesetzentwurf verlangt wird, den wir gar nicht kennen und den man im letzten Augenblick dem Herrn Präsidenten mit einem Antrage auf den Tisch legt, dann, so erkläre ich hier vor dem ganzen Rheinlande, kann man das nicht als eine sachliche Förderung der Interessen der Kriegsbeschädigten, sondern nur als eine in diesen Landtag nicht hineingehörende, ganz ungehörige Agitation nach außen bezeichnen. (Beifall rechts.)

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Floßdorf.

Abgeordneter Floßdorf: Meine Damen und Herren! Trotzdem die verschiedensten Vorredner in wärmster Weise sich des Herrn Reichsarbeitsministers Dr. Brauns angenommen haben, fühle ich mich veranlaßt, darüber auch noch ein Wort zu sagen und die ganz niedrigen Anrempelungen der Frau Appel gegen den Reichsarbeitsminister zurückzuweisen.

Vorsitzender Dr. Jarres: Ich muß den Herrn Redner unterbrechen. Dieser Ausdruck war unparlamentarisch.

Abgeordneter Floßdorf (fortfahrend): Wir haben nur deshalb mit dieser Ruhe den Ausführungen der Frau Appel zugehört, weil sie eben Kriegsoffer ist. Leider werden unsere Reichs- und Staatsminister im heutigen demokratischen Staatswesen mit einem Schmutz beworfen, der alles andere als gesund ist. Es muß festgestellt werden, daß unter den Trägern der heutigen Politik gerade der Reichsarbeitsminister derjenige ist, der am längsten im Amte ausgehalten hat, jedenfalls deshalb, weil er in vollstem Maße seine Pflicht und Schuldigkeit als Reichsarbeitsminister erfüllt. (Frau Abg. Appel macht einen Zuruf.) Wenn nun eben von Frau Appel gesagt wird, nur deshalb hätte er Sachfunde, weil er katholischer Priester ist, so müssen wir erklären, daß es von größtem Wert für uns ist, feststellen zu können, daß eben ein katholischer Priester auch im demokratischen Deutschland als Reichsarbeitsminister berufen werden konnte und pflichtbewußt solange auf dem Posten ausgehalten hat.

Meine Damen und Herren! Die Ausführungen von Frau Appel bedürfen der Richtigstellung. Es muß anerkannt werden, daß für viele der Kriegsoffer mehr getan werden mußte. Aber die heutige Notlage ermöglicht es nicht, den Kriegsoffern so

entgegenzukommen, wie es zu wünschen wäre, sicherlich nicht so, wie es Frau Appel wünscht und will. Aber es muß festgestellt werden, Frau Appel, daß auch Kriegsoffer — und ich habe darin etwas Erfahrung — heute einschließlich der Zusatzrente Renten bekommen, die teilweise über die Einkommen der Arbeiterfamilien hinausgehen. (Zuruf der Abg. Frau Appel: Nennen Sie mir die bitte einmal!) Ich kann Ihnen da mit Tatsachen dienen und stelle Ihnen das Material gerne zur Verfügung.

Weiterhin hat Frau Appel behauptet, die Kriegsoffer seien mit entwertetem Gelde betrogen worden. Frau Appel, daß die Renten entwerteten, liegt jedenfalls nicht an dem Reichsarbeitsministerium und an der Staatsregierung. Es ist aus der Praxis festzustellen, daß zur Zeit der Inflation diejenigen Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen, denen die Gelder von der Post zugestellt wurden, die Beträge gewöhnlich 8 bis 14 Tage später erhielten als die, die sie an Ort und Stelle abholten. Das ist aber jedenfalls nicht die Schuld der Reichsregierung, am wenigsten des Reichsarbeitsministeriums, gewesen. (Zuruf der Abg. Frau Appel: Das habe ich auch gar nicht gesagt!) Das sind Tatsachen, die ich aus der Praxis kenne.

Meine Damen und Herren! Wenn hier davon die Rede ist, wenn seitens der Rechten Anträge für die Kriegsoffer gestellt werden, seien das Agitationsmanöver, so ist darauf zu erwidern, daß am wenigsten von der Rechten und der Mitte des Hauses Agitationsanträge gestellt werden, sondern daß diese Parteien Anträge stellen, die sich auch praktisch behandeln und erfüllen lassen. Ich nehme aber andererseits an, daß die Frau Appel es hier auf ein gutes Agitationsmanöver im letzten Augenblick unserer Verhandlungen im Provinziallandtag abgesehen hat. (Zuruf der Abg. Frau Appel: Das ist ein Zeichen dafür, wie Sie denken! Ich denke nicht so!)

Vorsitzender Dr. J a r r e s: Das Wort wird weiter nicht gewünscht. Die Erörterung ist geschlossen. Ich gebe das Wort zu einer persönlichen Bemerkung dem Herrn Abgeordneten Schaefer.

Abgeordneter Schaefer: Meine Damen und Herren! Frau Abgeordnete Appel hat eben nach einer Schilderung der Not der Kriegsbeschädigten eine Bemerkung von mir in einem Zusammenhang zitiert, daß jeder Unbefangene daraus entnehmen mußte, ich hätte die Firma Krupp als größtes Opfer des Krieges bezeichnet gegenüber den anderen Opfern des Krieges, den Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen. Ich stelle aus dem stenographischen Bericht des 64. Provinziallandtages aus der Sitzung vom 19. Dezember 1922 fest, daß es sich damals um die Erörterung der Provinzialumlage handelte, und zwar darum, wie verteilt werden sollte. Bei

dieser Gelegenheit hat einer der Abgeordneten unter anderem die Behauptung aufgestellt, es sei das Seltsame zu verzeichnen, daß Krupp nur mit 300 Mark zur staatlichen Gewerbesteueranlage eingeschätzt sei. Es wurde dadurch der Eindruck erweckt, als ob da eine große Steuerdrückebergerei oder eine nicht genügende Aufmerksamkeit der Stadt Essen vorliege. Ich habe damals festgestellt, daß es richtig ist, daß die Firma Krupp in dem Jahre keine Steuern vom Ertrage bezahlt hat, weil sie nicht vom Ertrage veranlagt werden konnte, da kein Ertrag da war. Ich habe damals wörtlich gesagt: „Es ist richtig, daß im Jahre 1920 die Firma Krupp ertraglos mit 300 Mark zur staatlichen Gewerbesteuer veranlagt worden ist. Ich will Ihnen auch den Grund dafür sagen: Die Firma Krupp war eines der größten Opfer des Krieges, nämlich geschäftlich.“ Die Firma Krupp ist von der Bedeutung eines Weltunternehmens, das überhaupt nicht seinesgleichen hatte, damals durch den Zusammenbruch heruntergesunken und hat in einer ungeheuer mühevollen Arbeit die ganzen Betriebe mit ungeheuren Kosten unstellen müssen. Das kann Ihnen jeder Ihrer Freunde aus Essen genau erzählen. Also lassen Sie sich von Ihrem Freund Theissen oder Schroer belehren; sie werden Ihnen sagen, daß die Firma Krupp wirklich ein Opfer des Krieges in diesem Sinne gewesen ist. (Widerspruch bei den Kommunisten.)

Ich stelle nochmals fest, daß von einem Ertrag der Firma damals nicht die Rede war und auch jetzt nicht ist. Ich stelle weiter fest: Wenn Frau Appel meine damalige Bemerkung in dem Zusammenhang ihrer heutigen Rede wiedergegeben hat, so ist das eine bewusste Entstellung der Tatsachen. Ich überlasse dem Hause das Urteil über diese Art der Agitation.

Vorsitzender Dr. J a r r e s: Zu einer persönlichen Bemerkung hat das Wort Frau Abgeordnete Appel.

Abgeordnete Frau Appel: Ich möchte Herrn Schaefer nur sagen, daß ich keine bewusste Entstellung darin sehen kann, wenn ich gesagt habe: Es gibt Leute, die behaupten, auch die Firma Krupp sei ein Opfer des Krieges gewesen. Da aber die Firma Krupp während des Krieges Riesengewinne gemacht hat, ist sie nie und nimmer ein Opfer des Krieges, wenn sie vorher all diese Gewinne eingestekt hat. Das ist keine bewusste Entstellung. Ich möchte mich dagegen entschieden verwahren.

Vorsitzender Dr. J a r r e s: Die Erörterung ist geschlossen. Ich lasse abstimmen. Ich stelle zunächst fest, daß Abänderungsanträge zu dem Antrage des III. Sachausschusses zu Nummer 6 nicht gestellt sind.

Ich bitte dann, über den Antrag der Kommunistischen Fraktion abzustimmen, und bitte diejenigen, die dafür sind, sich zu erheben. — Das ist die Minderheit. Der Antrag ist abgelehnt. (Pfeif-Rufe bei den Kommunisten.)

Zu Punkt 7 ist Berichterstatter Herr Abgeordneter Dr. Fischer.

Abgeordneter Dr. Fischer: Meine Damen und Herren! Ich muß hier auf die Darstellung in Drucksache 20 hinweisen und beantrage in Übereinstimmung mit dem einstimmigen Botum des II. Ausschusses, die Petition abzulehnen. (Unruhe im Hause.)

Vorsitzender Dr. Jarres (zu einigen Abgeordneten, die sich laut unterhalten): Ich muß darauf aufmerksam machen, daß Sie dem Wunsche des Hauses entsprechen würden, wenn Sie nur dann reden, wenn Sie das Wort haben. (Sehr richtig!)

Wortmeldungen liegen nicht vor. Der Antrag des Ausschusses ist angenommen.

Zu Punkt 8 ist Berichterstatter Herr Abgeordneter Freiherr von Salis-Soglio.

Abgeordneter Freiherr von Salis-Soglio: Meine Damen und Herren! Der IV. Ausschuss bittet um unveränderte Annahme. Es wird dadurch der Zustand vor dem Kriege wiederhergestellt.

Vorsitzender Dr. Jarres: Die Vorlage ist angenommen.

Zu Punkt 9 derselbe Herr Berichterstatter.

Abgeordneter Freiherr von Salis-Soglio: Auch hier beantragt der Ausschuss unveränderte Annahme. Es handelt sich da um den durch den Nachtrag zum Haushaltsplan abgeänderten Antrag. Es werden dadurch ungefähr 7 Kilometer Kleinpflaster mehr ausgeführt werden können, als ursprünglich vorgesehen war.

Vorsitzender Dr. Jarres: Angenommen.

Zu Punkt 10 derselbe Herr Berichterstatter.

Abgeordneter Freiherr von Salis-Soglio: Das ist eine grundsätzliche Aenderung der bisherigen Verhältnisse. Der Landtag stand bisher auf dem Standpunkte, daß das Straßennetz der Provinz abgeschlossen sei. Er hat daher grundsätzlich jeden Antrag abgelehnt, der auf eine Erweiterung des Straßennetzes hinzielte. Der Ausschuss glaubt, daß dieser Standpunkt nicht mehr haltbar ist. Die Verkehrsverhältnisse haben sich im Laufe der Zeit insbesondere durch den Autoverkehr derartig verändert, daß durchgehende Straßenzüge, deren Unterhaltung lediglich den Gemeinden und Kreisen obliegt, jetzt derartig belastet sind, daß ihre Instandhaltung die Kräfte dieser Körperschaften übersteigt. Es genügt nicht, daß hier nur gewisse Unterstützungen durch den Provinziallandtag gewährt werden, sondern es kann nur eine Aenderung dadurch geschaffen werden, daß diese durchgehenden Straßenzüge — ich betone das Wort „durchgehend“ — von der Provinz als Provinzialstraßen übernommen werden. Der Ausschuss glaubt um so mehr berechtigt zu sein, diesen Antrag zu stellen, als ja jetzt durch die Ueberweisung

der Kraftfahrzeugsteuer der Provinz auch neue Mittel zugeführt werden und gerade der Kraftwagenverkehr derjenige ist, der die Gemeinden besonders stark belastet.

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Beßhold.

Abgeordneter Beßhold: Meine Damen und Herren! Wenn wir auch dem Antrage zustimmen, so möchten wir doch einige Bemerkungen zu dieser Angelegenheit machen.

Zunächst steht zahlenmäßig fest, daß in allen Teilen der Provinz die Wegeverhältnisse noch ganz miserabel sind, daß sie sich von den Kriegsfolgen noch lange nicht wieder erholt haben. Wir haben daher ein großes Interesse daran, in dieser Hinsicht Besserungen herbeizuführen. Wir sind uns aber voll bewußt, daß bei den heutigen steuerlichen Verhältnissen, besonders wo den Provinzen, Kreisen und Gemeinden die Steuerhoheit sozusagen vollständig genommen, die steuerliche Belastung, der Lohn- und Gehaltsempfänger, aber bis zum äußersten angespannt ist, wesentliche Besserungen nicht zu erwarten sind. Es muß also etwas Außergewöhnliches geschehen. Wir haben besonders als Vertreter der breiten Arbeitermasse ein großes Interesse daran, bessere Straßenverhältnisse zu bekommen. Selbst große Städte finden wir heute namentlich in den Arbeitervierteln in einem Straßenzustande, der jeder Beschreibung spottet. Wenn wir bedenken, daß gerade unsere Großstadtjugend ihre freudlose Jugend noch auf diesen schmutzigen und verfahrenen Straßen zu verleben hat, und wenn wir weiter bedenken, daß gerade diese Kreise bezüglich der Tuberkulose besonders gefährdet sind, so kann in diesem freudlosen, schmutzigen Zustande nur eine ganz böse Erweiterung der Tuberkulose erwartet werden. Diese Großstadtjugend, der kaum ein grünes Plätzchen beschieden ist, bedarf also auch in dieser Hinsicht unserer Unterstützung. Besonders wenn wir dem gegenüberstellen, daß gerade die Verwaltungen in den besseren Wohnvierteln so verschwenderisch teure Straßen geschaffen, so haben wir ein Interesse daran, hier hilfreich zur Seite zu stehen, wenn es gilt, die Arbeiterviertel auch entsprechend zu verbessern.

Durch die heutigen steuerlichen Verhältnisse sind die Kreise der Lohn- und Gehaltsempfänger schon bis zum Weißbluten erfaßt, während die Hochfinanz und die Großindustrie es in der Kriegs- und Nachkriegszeit verstanden haben, ihre steuerlichen Leistungen niedrig zu halten. Wir sehen deswegen nicht ein, daß die breite Volksmasse, die während des Krieges und nach dem Kriege ihr Gut und Blut geopfert hat, während andere Kreise sowohl in der Kriegs- wie in der Inflationsperiode sich wesentliche finanzielle Vorteile verschafft haben, nun auch noch weitere

steuerliche Leistungen vollbringen soll, wozu sie besonders infolge der Arbeitslosen- und Invalidenheere völlig außerstande ist. Es muß also etwas Besonderes geschehen. Aus diesem Grunde sagen wir: Wenn der Kraftwagenverkehr, der gewiß im volkswirtschaftlichen Interesse seine Berechtigung hat, der Hauptfaktor ist, der sämtliche Straßen und Wege zerschlägt und beschädigt, so sehen wir nach Lage der Dinge, um aus dem Schlammassel herauszukommen, keine bessere Möglichkeit, als ihn auch besonders zu den Kosten der Unterhaltung der Straßen heranzuziehen. Sind doch die bisherigen Erträgnisse des Kraftfahrzeugsteuergesetzes geradezu lächerlich geringe. In welcher minimalen Zahlen sich die Provinz halten muß, sehen wir bei vorhergehenden Punkten der Tagesordnung, bei dem Antrage bezüglich der Unterstützung des Gemeinde- und Kreiswegebauwesens und bei dem Antrag, betr. die Herstellung von Pflaster in Ortschaften, wo die Straßenanwohner ganz besonders schwer dadurch zu leiden haben, daß durch die Dreckbesprikung der Anstrich der Häuser wesentlich öfter erneuert werden muß als anderwärts. Wenn in dieser Hinsicht etwas geschehen soll, sind ganz andere Summen notwendig, als vorgesehen. Was sind z. B. 300 000 Mark für Kleinpflaster in Ortschaften bei einem Preise von 60 000 Mark pro Kilometer Kleinpflaster. Also ganze 5 Kilometer können davon bezahlt werden. Daß bei solchen finanziellen Verhältnissen, an eine wirkliche Erweiterung des Provinzialstraßennetzes ernstlich nicht gedacht werden kann, darüber sind wir uns alle klar. Es müssen also neue Steuermittel flüssig gemacht werden, und, nachdem die steuerlichen Verhältnisse nun einmal bei uns so liegen, bleibt nichts anderes übrig, als schärfere Maßnahmen zu ergreifen. Wir möchten Ihnen deshalb folgende Entschliebung vorlegen. Es mag darin Härten geben, z. B. für Landärzte und sonstige wesentliche Verkehrseinrichtungen. Es mag aber Sache des Gesetzgebers sein, hier Milderungen herbeizuführen. Im allgemeinen trifft unser Antrag aber die leistungsfähigen Schultern. Ich möchte Ihnen namens unserer Fraktion empfehlen, an die Reichsregierung einen Antrag folgenden Inhalts zu richten:

„Der Provinziallandtag beantragt, die Reichsregierung möge umgehend dem Reichstage eine Vorlage bezüglich Abänderung des Kraftfahrzeugsteuergesetzes unterbreiten, dahingehend, daß die Steuererträgnisse des Gesetzes in Zukunft Mittel in solcher Höhe ergeben, welche die Instandhaltung der im Besitz der Länder, Provinzen und Kreise befindlichen Verkehrsstraßen restlos ermöglichen.“

Ich bitte Sie, diesem Antrage unserer Fraktion Ihre Zustimmung zu erteilen, damit schaffen Sie erst die Mittel, um wirklich Besserungen zu ermöglichen.

Vorsitzender Dr. J a r r e s: Das Wort wird nicht mehr gewünscht. Ich lasse über den Antrag der

Kommunistischen Fraktion abstimmen und bitte diejenigen, die dafür sind, sich zu erheben. — Das ist die Minderheit. Der Antrag ist abgelehnt.

Der Antrag des Herrn Berichterstatters ist angenommen.

Zu Punkt 11 ist Berichterstatter Herr Abgeordneter Freiherr von Salis-Soglio.

Abgeordneter Freiherr von Salis-Soglio: Die Verordnung vom 23. November 1923 über die Wegevorausleistungen, also über die Leistungen derjenigen Unternehmungen, die die Wege ganz besonders belasten, hat sich in der Praxis nicht bewährt. Sie ist einfach undurchführbar. Die IV. Fachkommission bittet da um die in der Tagesordnung verzeichnete Abänderung.

Vorsitzender Dr. J a r r e s: Widerspruch erhebt sich nicht. Der Antrag ist angenommen.

Zu Punkt 12 derselbe Herr Berichterstatter.

Abgeordneter Freiherr von Salis-Soglio: Punkt 12 betrifft die ganzen Straßenbauetats nebst außerordentlichem Etat. Die IV. Fachkommission bittet um unveränderte Annahme.

Vorsitzender Dr. J a r r e s: Dem Antrage ist entsprochen.

Zu Punkt 13 ist Berichterstatter Herr Abgeordneter Ring.

Abgeordneter Ring: Die IV. Fachkommission ersucht Sie, durch Kenntnismahme von der Drucksache Nr. 24 die Vorlage als erledigt zu betrachten.

Vorsitzender Dr. J a r r e s: Das Wort wird nicht gewünscht. Der Antrag ist angenommen.

Zu Punkt 14 ist Berichterstatter für den IV. Fachausschuß Herr Abgeordneter Ring.

Abgeordneter Ring: Meine Damen und Herren! Der 63. Provinziallandtag hat einem Antrage zugestimmt, wonach die Provinzialverwaltung beauftragt wird, zu versuchen, beim Verkauf von Obst eine größere Einnahme zu erzielen. Die Provinzialverwaltung hat entsprechend gehandelt und ein Gutachten des Herrn Baurats Dr. Becker aus Coblenz eingezogen. Das Gutachten geht aus der Drucksache Nr. 9 hervor. Es behandelt in seinem ersten Teil die Mängel, die nach der Auffassung des Herrn Dr. Becker wohl dafür maßgebend sind, daß der Erlös nicht so ist, wie er eigentlich sein könnte. In dem zweiten Teile werden dann Vorschläge gemacht, um diese Mängel abzuschaffen.

Der IV. Fachausschuß war sich einig darin, daß nach diesem Gutachten für die Zukunft gearbeitet werden kann. Er hofft, daß dann ein besserer Erlös aus der Obsternte erzielt wird.

Des weiteren kam aber im IV. Fachausschuß auch zum Ausdruck, daß nicht allein darauf zu achten sei, einen möglichst hohen Erlös aus der Obsternte zu

bekommen, sondern daß man auch Wert darauf legen sollte, eine Obstkultur zu treiben. Letzteres geht ebenfalls aus dem Gutachten hervor, und zwar aus der einen Stelle, die davon spricht, es sei klugerweise eine Auswahl der Obstsorten herbeizuführen. In der IV. Sachkommission wurde die Auffassung vertreten, daß die Auswahl einer passenden Obstsorte, der Gegend und dem Boden entsprechend, unbedingt dazu führen müsse, nun auch erzieherisch auf die Einwohner einzuwirken, so daß diese Leute sich mehr und mehr der Obstkultur zuwenden werden, wenn sie sehen, daß tatsächlich aus dem Obst noch hohe Erlöse zu erzielen sind.

Aus all diesen Gründen schlägt der IV. Sachausschuß Ihnen vor, die Drucksache Nr. 9 unverändert anzunehmen.

Vorsitzender Dr. J a r r e s: Ich frage den Mitberichterstatter für den V. Sachausschuß, Herrn Abgeordneten Dr. Schüler, ob auch er das Wort wünscht.

Abgeordneter Dr. S c h ü l e r: Der V. Sachausschuß bittet ebenfalls, diesen Antrag anzunehmen. Er bittet ferner die Provinzialverwaltung um Berücksichtigung der im Sachausschuß V geäußerten Wünsche und Vorschläge, die sich u. a. auf ein Zusammenarbeiten der Provinzialverwaltung mit der Landwirtschaftskammer in bezug auf die Auswahl der einzelnen Obstsortimente beziehen.

Dann bittet der V. Sachausschuß noch um Annahme des Antrages auf Drucksache 35. Er lautet:

„Der Provinziallandtag wolle beschließen, den Herrn Oberpräsidenten der Rheinprovinz zu ersuchen, eine Polizeiverordnung zu erlassen, welche den Verkauf gestohlenen Obstes, vor allem durch Kinder, insbesondere an Konservenfabriken und deren Aufkäufer zu verhindern geeignet ist.“

Vorsitzender Dr. J a r r e s: Das Wort hat Herr Abgeordneter Pfaff.

Abgeordneter P f a f f: Meine Fraktion ist mit dem uns vorgelegten Antrage der beiden Sachkommissionen einverstanden.

In der Drucksache, auf die von beiden Herren Berichterstattern Bezug genommen worden ist, schlägt die Provinz vor, zur möglichsten Ausschaltung des Zwischenhandels mit dem Reichsverband für Obst- und Gemüsebau in Verbindung zu treten. Es wird gerade bei meinen Freunden besonderes Interesse auslösen, daß die Provinz bezüglich der Obstverwendung in diesem Tempo vorgegangen ist. Weiterhin aber sind wir der Ansicht, daß nicht nur die hier genannte Organisation geeignet erscheint, den Zwischenhandel möglichst auszuschalten, sondern daß vor allen Dingen die Provinzialverwaltung auch mit den bestehenden Verbrauchergenossenschaften aller Art

bei dem Obstverkauf in engster Verbindung stehen müßte. Wir glauben, daß unsere Anregung nach dieser Richtung keines besonderen Antrages bedarf, sondern daß es mehr oder weniger eine Selbstverständlichkeit ist, daß die Provinz sich der Verbraucherorganisationen unter allen Umständen bedienen wird, um den Zwischenhandel, der in der letzten Zeit gerade auf dem Gebiete des Güteraustausches zwischen landwirtschaftlichem Erzeuger und Verbraucher zu sonderbaren, ja gerade fürchterlichen Auswüchsen geführt hat, möglichst auszuschalten. Es ist von einem Vertreter der rechten Seite des Hauses der prominent in der Landwirtschaft tätig ist und dort eine führende Stellung hat, im V. Sachausschuß erklärt worden, daß der Preis des Obstes vom Erzeuger bis zum Verbraucher um das vier- bis fünffache gesteigert wird. (Hört, hört! links.) Meine Damen und Herren! Solche Verhältnisse sind zur Zeit der größten Volksverarmung, die wir je kennen gelernt haben, geradezu unerträglich. (Sehr richtig!) Es muß Aufgabe aller beteiligten Kreise sein, diesen Zwischenhandel, der sich nach statistischen Feststellungen in der Nachkriegszeit um etwa 75 Prozent vermehrt hat, einfach abzuwürgen. Das mag hart klingen. Es liegt aber sicher im Interesse der Verbraucher sowohl als auch der Produzenten, daß hier alles, was nur irgend erdenklich erscheint, zur Anwendung gelangt. Die nicht zu verkennende Animosität, die zwischen den Vertretern der Großstadtbevölkerung und den Erzeugern in den ländlichen Gebieten besteht, ist zum wesentlichen Teil darauf zurückzuführen, daß auf dem Wege vom Verbraucher bis zum Konsumenten der Preis einfach bis ins Lächerliche gesteigert wird. Das wird aber herbeigeführt durch die vielen Zwischenwarenhändler, die hier einfach als Drohnen an unserem Volksvermögen mit erhalten werden müssen. Den Kampf dagegen aufzunehmen, dazu dient auch der Hinweis, den ich eben genauer präzisiert habe. Ich gehe aber weiter und fordere alle beteiligten Kreise, besonders auch diejenigen in den Erzeugergebieten auf, nichts zu unterlassen, was geeignet erscheint, in einen unmittelbaren Kontakt mit den Verbraucherorganisationen zu kommen. Das scheint mir der einzige Weg zu sein, der dem Verbraucher erträgliche Preise bringt und dem Erzeuger auskömmliche Preise zusichert. Wir haben gar keine Veranlassung, die in der Nachkriegszeit entstandenen weiteren Warenverteilung zu Lasten unseres verarmten Volks weiter zu pflegen und zu hegen. Ich darf annehmen, daß die Verwaltung mit den Vorschlägen und Anregungen, die wir zu diesem Punkte der Tagesordnung gemacht haben, einverstanden ist.

Vorsitzender Dr. J a r r e s: Das Wort hat Herr Abgeordneter von Stedman.

Abgeordneter von Stedman: Meine Damen und Herren! Die rheinische Landwirtschaft selbst steht auf dem Standpunkt, daß der Weg vom Erzeuger zum Verbraucher nach Möglichkeit abgekürzt werden soll. In Verfolg dieses Gedankens ist seitens der rheinischen Landwirtschaft beabsichtigt, die Landwirtschaftliche Ausstellung in Köln, die im Herbst dieses Jahres stattfindet, zu einer Obstmesse für das Rheinland auszugestalten, so daß auf dieser Obstmesse der Verbraucher in der Lage ist, unmittelbar beim Produzenten einzukaufen.

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort wird weiter nicht gewünscht. Die Anträge der beiden Sachausschüsse sind angenommen.

Zu Punkt 15 ist Berichterstatter Herr Abgeordneter Freiherr von Loë.

Abgeordneter Freiherr von Loë: Meine Damen und Herren! Die Vorlage des Provinzialausschusses unter Punkt 1 ist ein deutliches Bild von der Katastrophe, die über einen Teil der Provinz hereingebrochen ist. Die Stärke dieser Unwetterkatastrophe war so ungewöhnlicher Art, wie wir sie in unseren Breiten nicht gewohnt sind zu erleben. Sie war von so vernichtender Wirkung, daß die öffentliche Hand eingzugreifen gezwungen war.

Meine Herren! Ueber die Bauschäden, die hier in Düsseldorf verursacht worden sind, gibt die Vorlage Auskunft. Darüber hinaus ging das Wetter in die ländlichen Kreise, und hier liegt der bei weitem größte Teil der Beschädigungen, nicht nur der Gesamtwertsumme nach, sondern auch bezüglich der unendlichen Zahl von Einzelgeschädigten. Es handelt sich zum großen Teil um mittlere und kleinere Bauern, deren Ernte gänzlich vernichtet worden ist.

Meine Herren! Im allgemeinen — die Vorlage sagt es auch — stehen die Staatsbehörden und auch die freien Vereinigungen des Berufsstandes der Landwirtschaft auf dem Standpunkt, daß bei eintretenden Katastrophen Ersatz nicht beansprucht werden kann, wenn man die Möglichkeit hat, seine Früchte zu versichern. Diese Möglichkeit lag ja an sich vor; man kann sich in der Landwirtschaft gegen Hagel versichern. Aber, meine Herren, in diesem Falle ist es nicht angängig, starr auf dem Buchstaben der Gewohnheit zu bestehen, weil tatsächlich die Notlage der mittleren und kleineren und auch der größeren Landwirte derart katastrophal und das Geld in einem solchen Maße aus der Landwirtschaft abgezogen war, daß manche Betriebe einfach nicht mehr zahlungsfähig waren und die Versicherungen nicht eingehen konnten. Aus diesem Grunde sind wir in der Sachkommission der Ansicht gewesen, daß bei Berücksichtigung der allgemeinen Grundsätze auch hier eine mildere Beurteilung Platz greifen darf.

Meine Herren! Die Höhe der Entschädigungsansprüche ist noch nicht vollständig geklärt. Auch die Dinge, die hier in der Vorlage ausgeführt worden sind, resp. das Schema, wie da gedacht worden ist, daß man vorgehen soll, wird wahrscheinlich noch Verschiebungen erfahren. Es sind auch gestern noch telephonische Verhandlungen mit Berlin darüber gewesen, in welcher Form vorgegangen werden soll. Hier ist vorsehen, man möge auf dem Darlehenswege unter Ermäßigung der Zinsen einen Weg finden. Der Zinsfuß soll auf ein tragbares Maß ermäßigt werden. Die Differenz zwischen diesem ermäßigten Zinsfuß und den bankmäßigen Zinsen, die die Landwirtschaft nicht tragen kann, soll auf Provinz und Staat übernommen werden, während die Kreise eine Garantie für den Rückfluß des Geldes übernehmen sollen. Ob diese Form angenommen werden kann oder ob eine andere Form gewählt werden muß, steht noch dahin. Die beiden Sachausschüsse waren der Ansicht, daß es richtig sei, die Entscheidung darüber den Verwaltungsstellen anheimzugeben.

Meine Herren! Nach Eingang der Unterlagen für den Antrag Nummer 1 ist der Antrag Nummer 2 wegen der Unwetterkatastrophe, die über die Umgebung von Bonn hereingebrochen ist, eingelaufen. Dieser Antrag ist durch den Grafen Adelman und Genossen gestellt worden. Meine Herren! Hier liegen die Dinge so, daß materiell ähnliche Vorgänge sich ereignet haben, daß aber die Unterlagen, deren Beschaffung außerordentlich schwierig ist, weil es sich um kleine Existenzen handelt — bei der Bonner Katastrophe hat es sich zum wesentlichen um den Gemüsebau des Vorgebirges gehandelt —, noch nicht erschöpfend beigebracht sind, so daß darüber eine konkrete Vorlage noch nicht gemacht werden können.

Die beiden Ausschüsse bitten, sich damit einverstanden zu erklären, daß die Verwaltung der Provinz ermächtigt wird, bei der ersten Katastrophe, die über Düsseldorf gegangen ist, mit der Staatsregierung die nötigen Maßnahmen zu vereinbaren, um helfend eingzugreifen, und daß dieser Maßstab nach dem Ergebnis der kommenden Erhebungen über Bonn später auch auf den Bonner Fall ausgedehnt wird.

Meine Damen und Herren! Die beiden Sachausschüsse waren aber auch der Ansicht, daß bei der Regulierung der Schäden, wie sie nun kommen mag, so oder so, die betroffenen Wirtschaftskreise herangezogen werden sollen, damit die Dinge sich materiell zur Zufriedenheit der betroffenen Kreise erledigen. Das trifft besonders zu für die Landwirtschaft, die ja bekanntlich zu über 90 Prozent berufsständig organisiert ist. Die berufsständigen Kreisorgani-

sationen derselben müssen herangezogen werden, damit die Abwicklung der Verhältnisse in einer solchen Form geschieht, die allseits Anerkennung findet.

Wir bitten, der Vorlage Ihre Zustimmung zu geben.

Stellv. Vorsitzender **Allenbaum**: Wortmeldungen liegen nicht vor. Widerspruch ist nicht erhoben. Ich stelle die Annahme der Anträge der beiden Fachausschüsse fest.

Wir kommen zu Punkt 16. Berichterstatter ist Herr Abgeordneter **Gessinger**. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter **Gessinger**: Meine Damen und Herren! Zu den Punkten 16 und 17 wird unveränderte Annahme beantragt.

Der Fachausschuß V hat mich beauftragt, dem Herrn Landeshauptmann und dem Provinzialausschuß unseren Dank dafür auszusprechen, daß sie bei der Dürener Rinderkrankheit so schnell und bereitwillig eingegriffen und den schwer geschädigten Landwirten geholfen haben, ohne erst die Entscheidung des Provinziallandtages abzuwarten.

Die kleine Erhöhung der Versicherungsbeiträge, die dazu notwendig war, wird die Landwirtschaft gern auf sich nehmen.

Im V. Fachausschuß ist noch zur Sprache gebracht worden, daß in den holländischen Grenzbezirken die Maul- und Klauenseuche und auch die Dürener Rinderkrankheit herrscht und daß deshalb die Einfuhr von Rindvieh und Kälbern gesperrt sei. Es wird alles geschehen müssen, um eine Ausbreitung auf die rheinischen Kreise zu verhindern. Der Fachausschuß bittet den Herrn Landeshauptmann, auch dieser Frage seine Aufmerksamkeit zu schenken.

Stellv. Vorsitzender **Allenbaum**: Wortmeldungen liegen nicht vor. Die Anträge des Fachausschusses sind angenommen.

Zu Punkt 18 ist Berichterstatter Herr Abgeordneter **Schroer-Hochthalen**. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter **Schroer-Hochthalen**: Meine Damen und Herren! Die Vorlage über die Deichverlegung bei Bimmen liegt Ihnen in der Drucksache Nr. 11 vor. Ich brauche die Ausführungen, die dort gemacht sind, nicht zu wiederholen.

Die Sachkommission V empfiehlt Ihnen Annahme.

Ich habe hier die Karte der Verlegung des Deiches. Sollte jemand aus dem Hause ein Interesse daran haben, so lege ich sie hier auf den Tisch des Hauses.

Stellv. Vorsitzender **Allenbaum**: Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich stelle die Annahme des Antrages fest.

Wir kommen zu Punkt 19. Berichterstatter ist Herr Graf **Westerholt**. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Graf **Westerholt**: Meine Damen und Herren! Der V. Fachausschuß hat die drei Anträge Dr. **Heß**, von **Stedman** und von **Loë**, betr. die Notlage der Landwirtschaft und des Weinbaues, zusammen beraten, weil die Materie sich vielfach deckt und vor allem, weil die Gründe, die zu der Notlage geführt haben, im wesentlichen dieselben sind. Der V. Fachausschuß erkennt rückhaltlos die Notlage der Landwirtschaft und des Weinbaues an und ist sich der großen Gefahr bewußt, daß bei Fortdauer des jetzt bestehenden Zustandes ein Zusammenbruch unserer hochentwickeltesten Landwirtschaft und des Weinbaues nicht aufzuhalten sein wird.

Wenn in der Landwirtschaft und im Weinbau die Unkosten sich um etwa 50 Prozent im Verhältnis zur Vorkriegszeit erhöht, die Einnahmen sich aber um etwa 25 Prozent verringert haben, wenn also die Spannung zwischen Einnahmen und Ausgaben in den einzelnen Betrieben im Verhältnis zur Vorkriegszeit sich um 75 Prozent zuungunsten der Einnahmen verschoben hat, so ist das ein Zustand, der eine Fortführung der einzelnen Betriebe nur möglich macht, wenn in diesen einzelnen Betrieben das Kapital langsam aufgezehrt wird. In diesem Zustande befinden wir uns jetzt, und es ist ganz klar, daß da gewisse Grenzen gezogen sind, wo es einfach nicht mehr weiter geht. Diese Grenzen sind naturgemäß nicht überall dieselben. In den bergigen Gegenden der Provinz mit schlechteren Böden wird der Zusammenbruch des einzelnen Betriebes früher erfolgen als dort, wo der gute Boden den Betrieb noch aufrecht erhält. Vor allem aber wird der kleinbäuerliche Besitz viel eher getroffen und viel eher zum Erliegen kommen als der große Besitz. Infolgedessen haben wir es nicht nur mit einer allgemeinen Not der Landwirtschaft zu tun, sondern ganz besonders mit einer Not des Kleinbauern und des kleinen Winzers. Die Gründe hierfür brauche ich nicht länger zu erörtern; sie sind wohl bekannt.

Zu der Kreditnot und dem damit verbundenen hohen Zinsfuß kommen vor allem die zollpolitischen und steuerlichen Gründe. Der V. Fachausschuß hält es nicht für tunlich, in die Erörterung dieser Gründe einzutreten. Er bittet aber den Provinziallandtag, die Hinweise, die bezüglich dieser Gründe in den einzelnen Anträgen enthalten sind, an zuständiger Stelle zu unterbreiten, damit sie dort als Material Verwendung finden. Der V. Fachausschuß sieht von einem speziell formulierten Antrag bezüglich der Notlage der Landwirtschaft ab. Er bittet aber den Provinziallandtag und auch diejenigen Mitglieder des Provinziallandtages, die vielleicht durch ihre Tätigkeit an anderer Stelle einen Einfluß haben,

dringend, alles zu tun, was in ihren Kräften steht, um die Landwirte und Winzer, vor allem die Inhaber der kleinen Betriebe, vor einem Zusammenbruch zu bewahren.

Bezüglich des Winzerstandes hat der Sachausschuß V einen speziell formulierten Antrag gestellt, der Ihnen in Drucksache 37 vorliegt. Der Sachausschuß empfiehlt Annahme dieses Antrages.

Stellv. Vorsitzender Ullenaum: Ich eröffne die Besprechung. Das Wort hat Herr Abgeordneter Hoffmann.

Abgeordneter Hoffmann: Meine Damen und Herren! Der Herr Berichterstatter hat bezüglich der Not der Landwirtschaft und der Winzer auch zollpolitische Maßnahmen angedeutet. Seine Ausführungen dürfen aber in dieser verkleideten Form vom Landtage nicht richtig verstanden werden, zumal, wenn man die Dinge nicht kennt.

Der Führer der rheinischen Landwirtschaft, der Mitglied dieses Hauses ist, Herr Abgeordneter von Loë, hat ja schon nach dieser Richtung vor einiger Zeit im Rheinischen Bauernverein den Ton angegeben, und es ist notwendig, daß der Rheinische Provinziallandtag sich entschieden gegen diese von einem Mitgliede des Hauses losgelassene Fanfare einer neuen Schutzollpolitik wendet. In der Kriegs- und Nachkriegszeit hat die Landwirtschaft doch immer gute Gewinne gemacht. Erst, als die stabile Währung einsetzte, kam eine gewisse Ernüchterung. Wenn nun gleich nach diesem Einsetzen der stabilen Währung eine Fanfare für neue Schutzollpolitik losgelassen wird, so ist das ein Vorgehen, das die Bevölkerung nicht versteht, wogegen sich die große Masse der Konsumenten mit aller Entschiedenheit wendet.

Es ist noch gar nicht lange her, daß der Führer der Agrarier, der Graf Westarp, im Reichstage sagte: „Das deutsche Volk wird Millionen verdienen und bei vollgefüllten Scheunen hungern.“ Wir haben diese schlimme Zeit erlebt. Wir wissen aber auch, daß nun die Vorkriegsverhältnisse wieder in die Erscheinung treten. Man will in führenden Landwirtschaftskreisen — und in der Führung steht besonders der Abgeordnete von Loë — durch Zollmaßnahmen die Ausbeutungsfreiheit mit staatlichem Schutz herbeiführen. Dagegen kann man sich nicht stark genug wenden. Es ist kennzeichnend, daß der Herr Freiherr von Loë, als er merkte, daß die vom Ausland eingeführten landwirtschaftlichen Produkte billiger waren als die hiesigen Produkte, gleich den Ruin der Landwirtschaft befürchtete. In unserer heutigen Wirtschaftsordnung wird doch immer gesagt, daß der freie Handel alles schaffe und daß im freien Handel Angebot und Nachfrage den Preis regeln. Jetzt will man aber wiederum eine Maßnahme treffen, die auch für die Landwirtschaft in Zukunft

nicht dienlich sein kann. Wir wissen, wie in England die Sache gelaufen ist. Wir wissen, daß dort die Baldwin-Regierung die Frage der Schutzollpolitik damals zur Wahlparole machte, und es ist erfreulich, daß das englische Volk diese Wahlparole der englischen Konservativen zu einer gründlichen Niederlage gebracht hat. Diese gründliche Niederlage muß in Deutschland schon von vornherein eintreten. Es darf in Deutschland nicht zu einer neuen Schutzollpolitik kommen. (Sehr richtig! links.) Wir müssen dahin kommen, daß wir eine Verständigung der Völker Europas herbeiführen, daß keine neuen Schutzollmauern errichtet und die bestehenden abgebaut werden. Wir müssen dahin kommen, als Vorläufer der vereinigten Staaten von Europa einen europäischen Wirtschaftsbund zu schaffen.

Es ist erfreulich, daß in der „Kölnischen Volkszeitung“ vor noch gar nicht langer Zeit ein führender Zentrumsmitglied die Vereinigung der Staaten von Europa propagierte, die ich vor einigen Jahren auch in diesem Hause schon gefordert habe. Wollen wir, daß Handel und Wandel gedeiht, so ist doch Voraussetzung die Kaufkraft des Volkes. Wollen wir aber, daß die Voraussetzungen für den Wiederaufbau des Wirtschaftslebens allgemein geschaffen werden, so kann es nicht anders sein, als daß wir eine Verständigung der Völker Europas herbeiführen und daß ein europäischer Wirtschaftsbund als Vorläufer der vereinigten Staaten von Europa geschaffen wird. Bauen wir so vor, dann werden wir eine Befriedung Europas praktisch herbeiführen, die dann zum Wohle des Ganzen dient, auch zum Wohle der Landwirtschaft und der Winzer. Wir müssen also in dieser Richtung so arbeiten, daß wir nicht aus der momentanen landwirtschaftlichen Krise falsche Schlüsse ziehen, die dazu führen, daß wieder neue schlimme Wirtschaftskriege entstehen, denn eine Schutzollpolitik ist nur ein neuer Wirtschaftskrieg. Wir müssen vielmehr herbeiführen, daß die im Auslande hergestellten Waren auch als Konkurrenz im Inlande in die Erscheinung treten. Was würde das Volk sagen, wenn in Amerika für Millionen und aber Millionen landwirtschaftliche Produkte der Vernichtung preisgegeben werden, weil sie nicht eingeführt werden können oder weil kapitalistischer Wahnsinn die Vernichtung von soviel Waren verlangt, um den Preis hochzuhalten. Wir müssen also vernünftige, planmäßige Wirtschaftspolitik treiben. Dann wird auch für die Landwirtschaft eine Besserung eintreten.

Stellv. Vorsitzender Ullenaum: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Freiherr von Loë.

Abgeordneter Freiherr von Loë: Meine Herren, wenn im deutschen Sprachschach das bekannte Wort „Wenn“ nicht wäre, dann wäre manches richtig, was

der Herr Vorredner gesagt hat. Es gibt aber allerdings Prämissen, die beachtet werden müssen. Man kann nicht Gefühlspolitik in der lebhaften Art machen, wie es der Herr Vorredner eben getan hat, sondern, meine Herren, wenn wir Wirtschaftspolitik treiben wollen, dann darf diese Wirtschaftspolitik nicht mit Schlagworten getrieben werden, sondern sie muß mit dem Rechenstift in der Hand gemacht werden. (Sehr richtig! rechts.) Auch die Arbeiterschaft hat ein Interesse an den übrigen Teilen des Volkes, gerade so gut, wie diese ein großes Interesse an der Arbeiterschaft haben. Meine Herren! Auch die Landwirte sind Arbeiter (Sehr richtig! rechts); der Bauernstand ist ein werktätiger Arbeiter in der Volkswirtschaft. Ich meine, wenn wir seitens der Landwirtschaft gern und bereitwillig für die Lebensinteressen der Arbeiterschaft eintreten, so glaube ich, daß die ruhig denkende und rechnende Arbeiterschaft dann auch für die Landwirtschaft eintreten wird, wenn es nötig ist, um sie am Leben und an der Wirtschaft zu erhalten.

Meine Herren! Wenn Sie von der Linken glauben, dies nicht aus dem Bewußtsein der allgemeinen Zugehörigkeit zum Volke tun zu können, dann werden Sie es bei kühler Rechnung schon in Ihrem eigenen Interesse tun müssen, denn, wenn die Landwirtschaft auf dem Wege zum völligen Zusammenbruch, auf dem sie jetzt ist, weiter geht, so reparieren Sie in zehn Jahren nicht, was heute in der Landwirtschaft in Scherben geht.

Dann noch eins. In landwirtschaftlichen Fragen wird so viel mit Schlagworten operiert. Man sagt immer, die Großagrarien seien die Schlimmen, die die großen Gewinne zögen und in die Tasche steckten, und damit wird die Landwirtschaft im allgemeinen dann beiseite geschoben. Ich stelle fest — Sie können das an Hand der Preussischen Statistischen Jahrbücher nachprüfen; ob es heute noch zutrifft, kann ich nicht genau sagen, aber es hat noch vor wenigen Jahren zugetroffen —, daß wir in der Rheinprovinz etwa 332 Güter haben, die über 400 Morgen groß sind; alles übrige, meine Herren, ist Mittel- und Kleinbesitz. Wir haben es also mit einem Gros von mittleren und kleinen Existenzen zu tun.

Die Lage ist ja, wie der Herr Referent zu diesem Punkte der Tagesordnung sagte, so, daß wir unsere Bedarfsartikel weit über dem Stande, der in Friedenszeiten üblich war, einkaufen müssen. Meine Herren! Ich empfehle Ihnen außerdem, einmal die Notierungen der Getreidebörse zu verfolgen, dann werden Sie dort die Preise unserer Produkte finden. Wollen Sie einmal die Nr. 447 der „Kölnischen Zeitung“ — ich lege sie auf den Tisch des Hauses — nachsehen, dort finden Sie die gestrige Notierung des Weizens in Berlin mit 13,3 bis 13,9 Mark,

während wir in Friedenszeiten einen normalen Weizenpreis von 20 Mark hatten. Dabei waren damals die Bedarfsartikel, die wir bezogen, viel billiger als heute. Das, was wir heute bezahlen, liegt, wie der Herr Referent schon gesagt hat, mindestens 50 Prozent höher als die Friedenspreise; er liegt in Wirklichkeit, wenn Sie den Durchschnitt ziehen, noch höher. Wir würden also heute, wenn wir wirtschaftlich auf den Standpunkt gestellt würden wie vor dem Kriege, einen Weizenpreis von 29 bis 30 Mark haben müssen. Wir haben aber nach der gestrigen Notierung von Berlin einen Weizenpreis von nur 13,3 bis 13,9 Mark. Die Kölner Börse hat gestern überhaupt keine Notierung vorgenommen, weil das Geschäft vollständig zu Null zusammengeschrumpft war.

Ich bin lange Optimist gewesen. Ich habe immer gesagt: die wirtschaftliche Kraft des deutschen Volkes wird sich auch auf dem Lande noch durchringen, aber ich sehe heute so pessimistisch in die Zukunft, daß ich nicht weiß, wie der landwirtschaftliche Beruf über diese Katastrophe hinwegkommen kann. Was können wir tun bei dieser katastrophalen Lage, die uns das Geld restlos abgesogen hat, soweit dies die Steuern nicht schon getan hatten, und die uns von keiner Seite wieder neues Geld bringt? Die Betriebe müssen weitergehen; sonst veröden unsere Acker und zerfallen unsere Höfe. Wenn diese Zustände weitergehen, dann haben wir in kürzester Zeit Ruinen dastehen. Wir müssen Zölle bekommen, und wir bekommen sie. Das deutsche Volk wird sie uns geben müssen; weil es sich selbst schädigen würde, wenn wir am 10. Januar keine Zölle haben würden. Aber diese Zölle wirken erst zum Herbst des nächsten Jahres, und ich weiß nicht, wie die Landwirtschaft solange im Gange bleiben kann, ohne daß ihre Wirtschaft ins Stocken kommt.

Die Dinge sind tragisch. Wir haben in der Landwirtschaft in den letzten 60 bis 70 Jahren schon so manche Krisis gehabt. Sie brauchen nur an die Caprivi-Zeit und an manche andere Krisis zurückzudenken. Aber das war alles ein Kinderspiel gegen heute. Wenn man in dieser Krisis, die vielleicht in den Städten und in den Arbeiterkreisen noch nicht so erkannt ist, noch meint, mit großen agitatorischen Redensarten das Ding totschlagen zu können, dann ist man im Irrtum. Der Verlauf der Dinge wird Ihnen zeigen, daß geholfen werden muß. Und selbst Sie von der Sozialdemokratie werden vor dem Volk im Reichstag anerkennen müssen, daß der Landwirtschaft geholfen werden muß, und Sie werden die Konsequenzen selbst vor Ihren Parteigenossen tragen können. (Zuruf des Abg. Bamberger: Herr von Loë, es ist noch gar nicht lange her, daß die Landwirtschaft die Öffnung der Grenzen gefordert hat!) Aber nur zum Export!

Stellv. Vorsitzender Ullenhbaum: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Hoffmann.

Abgeordneter Hoffmann: Der Herr Abgeordnete von Loë hat einleitend gesagt, daß man Wirtschaftspolitik nicht mit Schlagworten treiben kann. Das soll und darf nicht geschehen. (Zuruf des Abg. Heuser: Sehr richtig!) Wir müssen uns mit den realen Dingen tatsächlich abfinden, und wir sind nie diejenigen gewesen, die, wo Notstände waren, nicht für die Beseitigung dieser Notstände eintraten, und die rheinische Landwirtschaft kann doch sagen, daß sie vom Rheinischen Provinziallandtag nie im Stich gelassen worden ist, ja, daß sie mehr, bedeutend mehr wie irgendein anderer Stand und vor allem mehr als die städtische Bevölkerung Unterstützung erfahren hat, während die Städte an sich durch die Masse der Bevölkerung doch die eigentlichen Zahler der Provinzialumlage sind.

Die Not der Landwirtschaft ist zur Zeit dadurch hervorgerufen, daß innen- und außenpolitische Dinge die Sachlage beeinflussen, daß eben die Inflationsherren — da sind auch führende landwirtschaftliche Kreise beteiligt, vor allem Westarp und Genossen — durch die Inflation auch den kleinen Landwirt kaputt gemacht haben.

Wenn aber nun der Herr Freiherr von Loë sagt, wir müßten Zölle bekommen, und wenn das für ihn das Alpha und Omega ist, um der Landwirtschaft zu helfen, so ist er eben ein Herr, der in alten, ausgeleiterten Bahnen weiter wandelt. England hat doch bewiesen, daß es auch anders und besser geht. (Zuruf des Abg. Heuser: England hat auch Kolonien!) Für Europa, als Ganzes genommen, wird sich, wenn wir uns überhaupt auf dem Weltmarkt behaupten wollen, zeigen, daß die Frage der wirtschaftlichen Vereinigung unbedingte Voraussetzung ist. Es dürfen keine neuen Zollgrenzen kommen. Wie ist denn die Tendenz, Herr Freiherr von Loë? Wie Ihnen schon zugerufen wurde, haben auch Sie schon einmal die Öffnung der Grenzen gefordert, weil das deutsche Volk hungerte und keine Nahrungsmittel hatte. Und heute fordern Sie die Schließung der Grenzen, weil der deutsche Landwirt nicht in der Lage ist, die Nahrungsmittel so billig zu liefern wie das Ausland. Es ist interessant, aus den eigenen Ausführungen des Freiherrn von Loë im Rheinischen Bauernverein zu hören, wie die Dinge waren. Herr von Loë sagte dort: Die Entwertung der Preise hat die Landwirtschaft völlig aus dem Gleichgewicht gebracht, sie hat geradezu katastrophal gewirkt durch den Sturz des Franken, wo durch das billige französische Mehl die Preise völlig geworfen wurden. Weizen sei um ein Viertel hinter dem Friedenspreise zurückgeblieben. Die verfehlten Maßnahmen der Reichsgetreidebestelle hätten

die Entwertung noch begünstigt. Große Gefahren drohen der Landwirtschaft von dem russischen Getreide. Es sei eine Nachricht durch die Blätter gegangen, wonach dieses für nur 4 Mark pro Zentner auf den Markt geworfen werden könnte.

Also, weil nun das deutsche Volk, dessen Kaufkraft ganz zugrunde gegangen ist, billige Lebensmittel bekommen soll, will die Landwirtschaft aus eigenem Interesse, nicht nur um die Substanz zu erhalten, sondern um sie noch zu vermehren, die Grenzen schließen, um die Preise hochzuhalten und weiter in die Höhe zu treiben. Weil die sogenannte Roggenmark nicht gelungen ist, die die Preise der Landwirtschaft auf währungspolitischem Gebiete hochhalten sollte, will man jetzt eine neue Schutzpolitik machen. Das darf man nicht mitmachen. Da muß man schon sagen: principiis obsta! (Widerstehe den Anfängen!)

Hier kommt es nicht darauf an, Herr Freiherr von Loë, ob Sie die neueste Zeitung mit den Preisnotierungen auflegen, sondern es kommt darauf an, was wirklich ist. Woran krankt denn schließlich die Landwirtschaft? Wir wissen, daß es dem kleinen Landwirt schlecht geht und daß nach der kapitalistischen Tendenz die Großen die Kleinen und schließlich die ganz Großen noch die Großen auffressen. (Seiterkeit.) Wenn wir das auch sehen, so haben wir doch feststellen können, daß die Extensivwirtschaft der Kleinbauern gegenüber der Intensivwirtschaft der Großbauern schließlich auch ein Teil mit ist, der die Sache verteuert. Auch die Lage der Landarbeiter könnte wesentlich besser sein. Die Landarbeiter verdienen doch noch nicht die Vorkriegslöhne. (Zuruf des Abg. Freiherr von Loë: O ja, mehr!) Auch die Landarbeiter haben Anspruch auf all das, worauf ein Kulturmenschen Anspruch hat. In dieser Richtung haben wir dringend zu wünschen, daß für die Landwirtschaft auf dem Wege gesorgt wird, daß die Intensivwirtschaft mehr und mehr in den Vordergrund tritt und daß da, wo in der kleinen Landwirtschaft Not herrscht, auch eingegriffen und geholfen wird. Aber das, was Herr Freiherr von Loë hier will, ist etwas, wogegen sich die große Masse des Volkes mit Energie wenden muß, weil es weiter nichts bedeutet als die Ausbeutungsfreiheit, die eben die Großagrarien mit dem Herrn Freiherrn von Loë an der Spitze über das Volk herbeiführen wollen, die wir aber unter keinen Umständen mitmachen können.

Stellv. Vorsitzender Ullenhbaum: Das Wort hat der Abgeordnete Herr von Stedman.

Abgeordneter von Stedman: Meine Damen und Herren! In dem V. Sachauschuß waren wir uns vollkommen darüber klar, daß hier der Provinziallandtag nicht der geeignete Boden ist, um

die Gegenätze zum Ausdruck und zur Klärung zu bringen, ob eine Schutz Zollpolitik eingeführt werden soll oder nicht. (Zuruf des Abg. Dr. Röttgen: Sehr gut!). Und, meine Damen und Herren, weil wir eine Debatte über die Schutz Zollpolitik hier in diesem Hause, wo sie eigentlich nicht hingehört, vermeiden wollten, darum haben wir die Anträge so behandelt, daß wir sie der Regierung als Material überweisen wollen. Wir haben uns im V. Sachausschuß mehr mit dem konkreten Teil der Frage beschäftigt, wie man nämlich der rheinischen Landwirtschaft helfen kann.

Nun aber hat der Herr Abgeordnete Hoffmann so kolossal den freien Handel in den Vordergrund gerückt, daß ich mich doch genötigt sehe, über die Auslegung des freien Handels ein Wort zu sagen.

Meine Damen und Herren! Wer den freien Handel so stark unterstreicht und propagiert, wie der Herr Abgeordnete Hoffmann, muß dann aber auch der Landwirtschaft zubilligen, daß der freie Handel auf allen Gebieten einsetzt. Aber, meine Damen und Herren, da gibt es doch — das muß ich hier feststellen — landwirtschaftliche Produkte, wie Obst und ähnliche Sachen, für die, sobald die Straße anfängt zu schreien: „Das und das ist zu teuer,“ der freie Handel aufhört; dann wird die Grenze eben zugemacht, und es heißt: „Die Ware bleibt im Lande, damit sie billiger wird.“ Das ist auch kein freier Handel. In der Beziehung — das ist im V. Sachausschuß klar zum Ausdruck gekommen — müssen wir für den rheinischen Obstbau z. B. sagen, daß eine Einfuhr, soweit sie die lebensnotwendigen Bedürfnisse unseres Volkes, vor allem der arbeitenden Bevölkerung, überschreitet, nicht notwendig ist. Es gibt zweifelsohne eine Einfuhr, die auf der anderen Seite eine Ausfuhr an Devisen erfordert, die für die Lage des deutschen Volkes und speziell auch für die Arbeiterklasse nicht lebensnotwendig ist. Meine Damen und Herren! Es wird wohl kein Mensch nachweisen können, daß die Einfuhr von über einer Million Zentner Apfelsinen — abgesehen von Bananen und anderem Obst — allein in der Zeit vom 1. Januar bis 1. April im Betrage von vielen Millionen Mark eine Lebensnotwendigkeit ist.

Nun, meine Damen und Herren, möchte ich im Anschluß an das, was im V. Sachausschuß über die Notlage der Landwirtschaft gesprochen worden ist, doch auch feststellen, daß im V. Sachausschuß die allgemeine Notlage der Landwirtschaft — das kann ich mit Befriedigung sagen — von allen Parteien anerkannt wird.

Meine Damen und Herren! Bei dieser Gelegenheit ist es notwendig, noch zwei Punkte zu erwähnen, wofür wir der Landesbank der Rheinprovinz unseren Dank sagen müssen. Es handelt sich um zwei konkrete

Fälle. In diesen beiden Fällen ist die Landesbank der Rheinprovinz bereit, uns zu helfen. Meine Damen und Herren! Einer der größten Notstände der rheinischen Landwirtschaft an manchen Stellen ist, daß dem kleinen Bauer ein Stück Vieh fällt und dieses Stück Vieh von der Viehseuchenentschädigung nicht erfaßt und daraus ersetzt werden kann. Nun bedenken Sie, meine Damen und Herren, daß ein solcher Kleinbauer, der ein Stück Vieh verloren hat, gar nicht mehr in der Lage ist, sein Futter zu verwerten, seine eigene Milch zu haben, den nötigen Dünger für das nächste Wirtschaftsjahr zu produzieren; kurz, der Mann ist wirtschaftlich ruiniert. Bei der heutigen Lage unseres Geldmarktes war es bisher nicht möglich, die Leute mit Krediten aus Mitteln der Kreis Sparkasse oder der Genossenschaftsverbände zu versorgen. Da hat sich dankenswerterweise die Landesbank bereit erklärt, mit geringen Mitteln in solchen besonderen Fällen, die in jedem einzelnen Falle strengster Nachprüfung bedürfen, zu helfen.

Das ist die eine Sache, für die wir dankbar sein können. Die zweite Sache, für die wir dankbar sein können, ist die, daß die Landesbank der Rheinprovinz sich bereit erklärt hat, soweit es in ihren Mitteln steht, dem Winzerstande durch Gewährung von Krediten auch weiterhin zu helfen. Es kann sich allerdings zur Zeit nur um ganz kurzfristige Wechselkredite handeln. Aber die Landesbank nimmt in Aussicht — und das ist wichtig für uns —, daß diese kurzfristigen Kredite so bald wie möglich in langfristige bezw. Hypothekarkredite umgewandelt werden.

Stell. Vorsitzender Ullenaum: Das Wort hat der Abgeordnete Herr Freiherr von Loë.

Abgeordneter Freiherr v. Loë: Meine Herren! Die Dinge liegen bezüglich der Landwirtschaft für jeden in der Provinz, der die Dinge etwas überfliehet, ziemlich einfach. Ich glaube, es erübrigt sich, eine tiefgehende Agrardebatte hier weiterzuführen. Ich erlaube mir nur, drei kurze Punkte mit einigen Worten noch zu erwähnen.

Herr Hoffmann überfliehet, wenn er England als Beispiel anführt, daß England eine Arbeitsteilung zwischen dem Mutterlande und den Kolonien vorgenommen hat. England hat keine Landwirtschaft mehr, es hat sie kaputtgehen lassen und ist reiner Industriestaat geworden; seine Landwirtschaft liegt in den Kolonien.

Das zweite, meine Herren. Wenn Herr Hoffmann sich über die billigen Ernährungsmöglichkeiten von außen, die der Arbeiterschaft als Hoffnung vor-schweben, ereifert, so möchte ich ihm doch erwidern, daß die gewerblichen Arbeiter, die Industriearbeiter, ein Interesse daran haben, daß der Inlandsmarkt

nicht verödet. Der Inlandsmarkt ist der Hauptabnehmer der deutschen Industrie. Ich möchte einmal wissen, wie Sie es vor Ihren eigenen Industriearbeitern verantworten wollen, wenn die Landwirtschaft als Abnehmer auf die Dauer versagt. Heute schon, meine Herren, ist der landwirtschaftliche Abnehmer vom Markte fast völlig verschwunden. Endlich, drittens, meine Herren, müssen Sie auch eins bedenken: Wir haben auch Nationalwirtschaft zu treiben. Die europäischen Zukunftswünsche des Herrn Hoffmann, daß wir einen europäischen Gesamtwirtschaftsstaat bekommen möchten, liegen noch auf weiter Bank. Möge er kommen; ich weiß nicht, ob wir es noch erleben. Heute haben wir eine nationale Wirtschaftspolitik zu betreiben. Wir müssen doch auf Grund der Dinge, die nach dem Kriege entstanden sind, große Zahlungen machen; wir müssen mit jedem Groschen rechnen. Wir haben ein Interesse daran, das zu erzeugen, was wir selbst essen, damit wir diese großen Beträge für Import von Getreide, Futter und allem möglichen nicht ans Ausland zahlen müssen, wozu wir heute tatsächlich gezwungen sind.

Diese drei Punkte liegen für jeden klar, der volkswirtschaftlich etwas Uebersicht hat. Wir sollen die Dinge rein nüchtern betrachten und nicht aus parteipolitischen Gründen das Gegenteil reden. Wir sollen einfach den Rechenstift nehmen und rechnen. Dann werden auch Sie ganz bestimmt auf den Standpunkt treten müssen, daß ein so großer Teil des Volkes, wie ihn die Landwirtschaft darstellt, der immerhin noch ein Viertel des gesamten deutschen Volkes ausmacht, nicht wirtschaftlich zugrunde gehen darf. Sonst erscheinen die mittleren und kleinen Landwirte auch auf dem Arbeitsmarkt und werden Ihre schlimmsten Konkurrenten. (Sehr gut! rechts.)

Stellv. Vorsitzender Ullenaum: Wortmeldungen liegen nicht mehr vor. Das Schlußwort hat der Herr Berichterstatter. (Abg. Graf Westerholt: Ich verzichte!)

Gegen den Antrag des V. Fachausschusses ist Widerspruch erhoben. Ich lasse deshalb über diesen Antrag (Drucksache 37) abstimmen.

Zur Klarstellung hat das Wort Herr Abgeordneter Falk.

Abgeordneter Falk: Ueber welchen Antrag soll abgestimmt werden, doch nur über die letzten vier Zeilen?

Der Antrag ist so gestellt, daß es nicht ganz klar ist, was der V. Fachausschuß hier zur Abstimmung bringen will. Nach meiner Auffassung will der V. Fachausschuß nur die vier letzten Zeilen der Drucksache zur Abstimmung bringen. Ich bitte, das klarzustellen.

Stellv. Vorsitzender Ullenaum: Das Bureau ist derselben Meinung wie Herr Abgeordneter Falk.

Ich lasse deshalb über die vier letzten Zeilen abstimmen.

Zur Klarstellung als Berichterstatter hat das Wort Herr Abgeordneter Graf Westerholt.

Abgeordneter Graf Westerholt: Ich habe eben auch als Berichterstatter ausdrücklich erklärt, daß wir einen speziell formulierten Antrag über die Notlage der Landwirtschaft nicht stellen (Zuruf des Abg. Falk: Gut!), sondern nur den Antrag über die Notlage des Weinbaues stellen, wie er im zweiten Abschnitt am Schluß aufgeführt ist.

Das kann tatsächlich irreführen. Der Antrag bezieht sich nur auf die Lage des Winterstandes.

Stellv. Vorsitzender Ullenaum: Zur Geschäftsordnung der Abgeordnete Herr Freiherr von Loë.

Abgeordneter Freiherr von Loë: Mein Antrag steht doch auch zur Debatte und ist von der Kommission dem Plenum überwiesen worden. Der Antrag ist nur insofern nicht spezialisiert worden, als der Staatsregierung nicht gesagt worden ist, was für Abhilfsmittel erforderlich sind, um der Not entgegenzutreten. Aber eine Anerkennung, daß die Not vorhanden ist, daß die Staatsregierung gebeten wird, zeitig einzugreifen, ist meines Wissens — ich habe den Verhandlungen beigewohnt — angenommen worden.

Stellv. Vorsitzender Ullenaum: Nach den Worten des Herrn Berichterstatters soll nur über den letzten Absatz abgestimmt werden, der da lautet:

„Der V. Fachausschuß bittet den Provinziallandtag, zu beschließen, Staats- und Reichsregierung zu ersuchen, zur Abhilfe der Notstände im Weinbau Mittel der Rentenbank für den Weinbau in Form langfristiger Darlehen zur Fortführung der Wirtschaft, insbesondere zur Bekämpfung der Rebschädlinge, flüssig zu machen.“

Es lautet der Antrag des V. Fachausschusses. Andere Anträge sind nicht gestellt worden. Ich habe deshalb nur über diesen Punkt abstimmen zu lassen.

Zur Geschäftsordnung Herr Abgeordneter Bauknecht. (Abg. Bauknecht: Ich verzichte!)

Ich lasse abstimmen. Wer für diesen von mir verlesenen Absatz ist, den bitte ich, sich zu erheben. — Ich danke Ihnen. Das war die Mehrheit. Der Antrag ist angenommen.

Wir kommen zu Punkt 20. Berichterstatter ist der Abgeordnete Herr von Stedman. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter von Stedman: Meine Damen und Herren! Der allgemeine Etat der landwirtschaftlichen Verwaltung wird Ihnen seitens des V. Fachausschusses zur unveränderten Annahme vorgeschlagen.

Ich bin vom Fachausschuß beauftragt, auf folgende Punkte noch besonders hinzuweisen:

Der Einnahmeteil ist aus dem Titel verschwunden. Er stellte die Zinsen des alten Meliorationsfonds, des Westfonds, dar, der eine Höhe von 2 Millionen hatte. An seiner Stelle sind unter II für Bodenverbesserungen aller Art 300 000 Mark eingesetzt, die besonders für die Bedürfnisse der Höhengebiete unserer Heimatprovinz bestimmt sind. Es handelt sich da um Pflichtaufgaben, die der Provinzialverband gegenüber der Landwirtschaft für Bodenverbesserungen zu erfüllen hat.

Meine Damen und Herren! Zu Ziffer V (Tierzucht) ist zu erwähnen, daß der Provinziallandtag im vorigen Jahre beschlossen hatte, die Mittel, welche für die Pflege der Tierzucht aufgewandt werden sollten, zu erhöhen. Diesem Wunsche hat die Verwaltung Rechnung getragen. Es sei auch darauf hingewiesen, daß das, was hier als Erhöhung vorgehen ist und zur Ausführung kommt, in erster Linie der Kleintierzucht, besonders der Ziegenzucht, zugute kommt, also eigentlich für Zwecke verwandt wird, welche mit den unmittelbaren Belangen der Landwirtschaft nicht auf das engste verknüpft sind, sondern in erster Linie gerade der Arbeiterschaft, und nicht der Landwirtschaft zugute kommen.

Wesentlich ist noch, daß unter Ziffer VI,<sup>2</sup> (Sonstiges) 64 700 Mark eingesetzt sind. Das ist der einzige Fonds, aus dem im Laufe des Jahres für die Landwirtschaft noch Mittel flüssig gemacht werden können. Dieser Fonds ist aber bereits durch Anträge im Betrage von etwa 10 000 Mark in Anspruch genommen.

Stellv. Vorsitzender **Allenbaum**: Wortmeldungen liegen nicht vor. Widerspruch ist nicht erhoben. Ich stelle die Annahme fest.

Wir kommen zu **Punkt 21**. Dazu gebe ich demselben Herrn Berichterstatter das Wort.

Abgeordneter von **Stedman**: Meine Damen und Herren! Das Rittergut Desdorf ist ein Besitz in Größe von 210 Morgen besten Bodens, die der Provinz durch Testament zugefallen sind und zur Ausbildung von Waisenknaben dienen. Der Ihnen vorgelegte Etat weist nach, daß Zuschüsse nicht erforderlich sind, daß im Gegenteil aus der Bewirtschaftung des Gutes ein Betrag von 1300 Mark dem Fonds der Anstalt, dem Desdorfer Fonds, zugeführt werden konnten.

Es wird Ihnen vorgeschlagen, den Etat des Rittergutes Desdorf unverändert anzunehmen.

Stellv. Vorsitzender **Allenbaum**: Wortmeldungen liegen nicht vor. Der Antrag ist angenommen.

Meine Damen und Herren! Der Herr Abgeordnete Freiherr von **Loë** ist nochmals an das Bureau herangetreten. Er stellt sich auf den Standpunkt, daß unbedingt auch über den ersten Teil des Antrages der V. Fachkommission abgestimmt werden müsse, welcher lautet:

„Der V. Fachauschuß stellt sich auf den Boden der von den Abgeordneten Freiherrn von **Loë** und **Genossen**, **Heß** und **Genossen**, von **Stedman** und **Genossen** überreichten Anträge und bittet den Provinziallandtag, das gleiche zu tun. Die Anträge sollen den Behörden als Material überwiesen werden.“

Dann heißt es weiter: „Ferner schlägt der V. Fachauschuß folgenden Antrag zur Annahme vor.“ usw.

Die Sache ist, wie bereits gesagt wurde, nicht ganz geschickt abgefaßt worden. Der Berichterstatter war der Ansicht, es sollte nur über den letzten Absatz abgestimmt werden. Aber ich muß sagen, wenn man den Antrag des Fachauschusses durchliest, so liegt hier ein Antrag vor, über den das Plenum zusammen abstimmen muß.

Zur Geschäftsordnung Herr Abgeordneter **Falk**.

Abgeordneter **Falk**: Meine Damen und Herren! Ich kann nicht anerkennen, daß die Abstimmung irgendwie nicht in Ordnung gewesen ist. (Zuruf des Abg. Hoff: Sehr richtig!) Wenn sie nochmals gemacht werden sollte, könnte sie gar nicht anders vor sich gehen, als es eben der Fall war. Man kann nicht über Erklärungen abstimmen, die im Fachauschuß abgegeben worden sind, sondern nur über Anträge, die hier vorgelegt werden. Und der V. Fachauschuß hat mit aller Deutlichkeit, die möglich war, zu erkennen gegeben, daß er einen Beschluß des Provinziallandtages nur über den letzten Absatz der Drucksache will. Wenn Herr Baron **Loë** weitere Schritte wünschte, so hätte er nach meiner Auffassung in der Erörterung seinerseits einen Antrag stellen müssen, etwa dahingehend: Ich beantrage, meinen Antrag und die anderen Anträge den Behörden als Material zu überweisen. Wenn dieser Antrag gestellt worden wäre, so hätte man darüber in eine Erörterung eintreten und darüber beschließen können. Das ist aber nicht geschehen. Es muß nach meiner Auffassung bei dem Beschluß von vorn bleiben.

Stellv. Vorsitzender **Allenbaum**: Zur Geschäftsordnung Herr Abgeordneter Freiherr von **Loë**.

Abgeordneter Freiherr von **Loë**: Meine Herren! Der Herr Vorredner ist im Irrtum. Er sagt, ich hätte beantragen müssen, daß auch mein Antrag den Behörden als Material überwiesen werden soll. Das steht doch hier im ersten Abschnitt des Antrages der Fachkommission. (Zuruf des Abg. Falk: Sehr richtig!) Meine Herren, darf ich einmal etwas ausführen? In dem ersten Teil ist erstens mein Antrag genannt, dann die beiden Anträge **Heß** und **Genossen** und von **Stedman** und **Genossen**. Dann heißt es: „Die Anträge sollen den Behörden als Material überwiesen werden.“ Mein Antrag hat ja keine speziellen Vorschläge an die Regierung gebracht, sondern nur ein Anerkenntnis der vorhandenen allgemeinen Notlage

der Landwirtschaft in der Rheinprovinz. Die beiden anderen Anträge haben materiell vorgeschlagen, wie der Not abgeholfen werden soll. Wenn das Haus sich auf den Standpunkt stellt, daß auch mein Antrag der Staatsregierung als Material überwiesen werden soll, so erkläre ich mich für befriedigt. Sonst bitte ich, darüber abstimmen zu lassen.

Stellv. Vorsitzender **Allenbaum**: Zur Geschäftsordnung Herr Abgeordneter Haas.

Abgeordneter **Haas**: Meine Herren! Es ist doch eben, wie der Punkt zur Tagesordnung stand, über diese Angelegenheit schon zur Geschäftsordnung gesprochen worden, und es haben sich Mitglieder des Sachausschusses dazu geäußert. Dann haben wir über den Antrag des Sachausschusses abgestimmt, und er ist angenommen worden, und wir sind in der Tagesordnung fortgefahren. Ich muß schon sagen, daß es keine parlamentarische Gepflogenheit ist, daß man dann nachher, wenn andere Punkte der Tagesordnung schon erledigt sind, wieder auf eine vorherige Sache zurückkommt, die schon geschäftsordnungsmäßig und sachlich beraten war. (Zustimmung.)

Ich bitte deshalb, daß wir in der Erledigung der Tagesordnung fortfahren, ohne daß wir noch einmal auf den vorhergehenden Punkt zurückkehren.

Stellv. Vorsitzender **Allenbaum**: Meine Damen und Herren! Sie haben die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Haas gehört, der dafür ist, daß wir über den von Herrn Freiherrn von Loë angeregten Punkt zur Tagesordnung übergehen, weil er erledigt ist.

Ich will über diesen Geschäftsordnungsantrag abstimmen lassen, um ein objektives Bild zu bekommen. Wer dafür ist, daß wir in der Tagesordnung fortfahren und nicht mehr auf den erledigten Punkt zurückkommen, den bitte ich, sich zu erheben. — (Geschleicht. Zuruf: Das ist doch selbstverständlich!) Das ist die Majorität. Der Fall wäre damit erledigt. (Zuruf: Gegenprobe!) Ich bitte um eine Gegenprobe. (Zurufe: Ist doch erledigt!) Das wäre die Minderheit.

Zur Geschäftsordnung hat das Wort Herr Abgeordneter **Adenauer**. (Zuruf des Abg. Dr. Adenauer: Erledigt!)

Wir kommen zu Punkt 22. Berichterstatter ist Herr Abgeordneter **Bergweiler**. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter **Bergweiler**: Meine verehrten Damen und Herren! Nach Prüfung der einzelnen Etatsposten der Weinbauschulen durch die V. Sachkommission hat diese mich beauftragt, Ihnen die unveränderte Annahme des Etats der Weinbauschulen zu empfehlen. Wie Sie aus dem Etat ersehen, erfordern diesmal die Weinbauschulen einen Provinzialzuschuß von 153 000 Mark, was früher nicht der

Fall war. Dies kommt hauptsächlich daher, daß in der Weinbauschule in Kreuznach der Bau eines neuen Kellers erfolgen muß, der 108 500 Mark Baukosten verursacht. Da noch 6 Halbstück 1921er Weine in Kreuznach, 4 Fuder in Trier und Ehrweiler, 32 Stück 1922er in Kreuznach und 17 Stück 1923er in Kreuznach, Trier und Ehrweiler vorhanden sind, wäre es ein leichtes gewesen, diesen Fehlbetrag durch Verkauf von Wein aus den Lagerbeständen zu decken. Das wäre aber bei der jetzigen traurigen Lage im Weinhandel nur zu Schleuderpreisen möglich, da Wein nur mehr ein Drittel so viel kostet wie im Monat April dieses Jahres und dafür noch nicht einmal zu verkaufen ist infolge der Kredit- und Geldnot, was aber hoffentlich nur eine vorübergehende Erscheinung ist.

Die der Weinbau- und Obstbauschule in Kreuznach angegliederte Landwirtschaftsschule wird im nächsten Jahre nach Mittelungen des Herrn Referenten aufgelöst und es fällt alsdann dieser Ersatzposten im Betrage von 10 050 Mark im nächsten Etat aus.

Die letzte Ernte von 1923 war eine totale Mißernte, die die Baukosten der Weinberge nicht deckte, geschweige denn die Gehälter der Lehrer, Beamten und sonstigen Kosten der Schule. Es war daher sehr gut seitens der Provinzialverwaltung, daß sie einen Teil ihres Weinvorrats früherer Jahre in Reserve gehalten hat, der auf diese Weise auch der Inflation nicht zum Opfer gefallen ist.

Meine verehrten Damen und Herren! Im Nachtrag finden Sie unter B 2 einen Posten von 10 000 Mark für Ar rondierung von Weinbergsgelände der Provinziallehranstalt für Wein- und Obstbau in Kreuznach aufgeführt. Der V. Sachausschuß schlägt dem Hause vor, auch diesen Posten anzunehmen.

Stellv. Vorsitzender **Allenbaum**: Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich stelle die unveränderte Annahme fest.

Wir kommen nunmehr zu Punkt 23. Berichterstatter ist Herr Abgeordneter **Hoff**. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter **Hoff**: Meine Damen und Herren! Sie finden diesen Etat auf Seite 74 des Haushaltsplans. Der Sachausschuß I empfiehlt Ihnen unveränderte Annahme. Ich gestatte mir aber, darauf hinzuweisen, daß Sie unter Titel XI (Unvorhergesehenes und zur Abrundung) einen Betrag von 189 000 Mark finden. Da aus diesem Posten alle unvorhergesehenen Ausgaben — dazu gehören auch die Kosten der Unwetterschäden — zu decken sind, ist es gut, sich jetzt bereits auf eine erhebliche Ueber-schreitung dieses Postens einzurichten.

Stellv. Vorsitzender **Allenbaum**: Wortmeldungen liegen nicht vor. Der Etat ist angenommen.

Wir kommen zu Punkt 24. Berichterstatter des I. Sachausschusses ist Herr Abgeordneter **Dr. Hagen**. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Dr. Hagen: Soweit der I. Fachausschuß in Frage kommt, empfiehlt er unveränderte Annahme.

Stellv. Vorsitzender Ullenaum: Für den V. Fachausschuß ist Berichterstatter Herr Abgeordneter Albers. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Albers: Meine Damen und Herren! Im Vorbericht zum außerordentlichen Haushaltsplan Titel III Nr. 2 finden Sie die Anregung der III. Fachkommission des 63. Provinziallandtages, ein erstklassiges Weideland am Niederrhein durch die Provinzialverwaltung erwerben zu lassen. Auf diesem Gute will die Provinz bestes Zuchtmaterial für die ihr unterstellten Anstalten heranziehen, um diese damit zu versorgen. Gleichzeitig will man dann vorwiegend Zucht auf Leistung, besonders auf Milchvieh, betreiben. Die Provinzialverwaltung will sich also auf diesem Wege als Selbstversorger mit bestem Viehmaterial versehen und dabei den Zwischenhandel ausschalten. Zur Zeit erscheint der Ankauf eines solchen Gutes am Niederrhein in den Bereich der Möglichkeit gerückt. Das Gut wird etwa eine Größe von 250 Morgen haben.

Im V. Fachausschuß wurden von einem Teil des Ausschusses erhebliche Bedenken gegen die Erwerbung größeren landwirtschaftlichen Grundbesitzes laut. Man meinte, daß die Landwirtschaft nur nebetrieblich für die Provinzialverwaltung in Frage komme und daß der Grunderwerb nicht erheblich weiter gesteigert werden solle. Die Fachkommission V ist grundsätzlich mit der Einstellung der Summe von 320 000 Mark einverstanden. Da sich aber die ganze Angelegenheit noch in der Schwebe befindet, wolle man das Weitere wegen Ankaufs des Gutes dem Provinzialausschuß überlassen.

Stellv. Vorsitzender Ullenaum: Wortmeldungen liegen nicht vor. Der Antrag ist angenommen.

Wir kommen zu Punkt 25. Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Dr. Hagen. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Dr. Hagen: Ich empfehle unveränderte Annahme.

Stellv. Vorsitzender Ullenaum: Wortmeldungen liegen nicht vor. Der Antrag ist angenommen.

Wir kommen zu Punkt 26. Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Schäfer. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Schäfer: Meine Damen und Herren! Der erste Teil des Antrages befaßt sich mit der Feststellung, daß es den Bemühungen des Herrn Landeshauptmanns gelungen ist, eine besondere Zuweisung aus der Kraftfahrzeugsteuer zu erreichen.

Ich darf wohl annehmen, daß Sie die Details über die Kraftfahrzeugsteuer aus Seite 6 der Erläuterungen entnommen haben; ich werde daher darauf nicht eingehen.

Wir müssen aber dringend erwarten, daß die Bemühungen des Herrn Landeshauptmanns auch in Zukunft von Erfolg begleitet sind und daß jedenfalls erreicht wird, daß auch im nächsten Jahr kein kleinerer Betrag aus der Kraftfahrzeugsteuer uns zufließt als bisher. Es ist weiter notwendig, die Reichsregierung und die Staatsregierung dauernd darauf hinzuweisen, daß wir Anspruch auf eine ganz besondere Ueberweisung haben, mit Rücksicht auf die außerordentlichen Schäden, die durch die Kraftfahrzeuge der Besatzung entstehen. Es ist klar, daß die Straßen durch die starke Benutzung durch die Kolonnen der Besatzung ganz besonders abgenutzt werden.

Sehr unerfreulich ist dagegen der Gegenstand, der im zweiten Teil des Antrages behandelt wird. Es ist, wie im Ausschuß wohl übereinstimmend festgestellt worden ist, ganz unerträglich, daß durch derartige Maßnahmen der Regierung plötzlich die Etats nicht nur der Provinz, sondern auch der Gemeinden über den Haufen geworfen werden. Dabei wird nicht verkannt, daß die Lage des Staates eine ganz außerordentlich schwierige ist, daß der Staat durch das Vorgehen des Reichs in der Beamtenbesoldung gezwungen war, dieselben Besoldungen zu gewähren wie im Reich, und, daß aus den laufenden Mitteln diese Summen nicht gewonnen werden konnten. Wenn somit der Staat auch in einer außerordentlich schwierigen Lage war, so müssen wir doch verlangen, daß in Zukunft auf die Bedürfnisse der Kommunen und der Provinzialverwaltungen größere Rücksicht genommen wird. Das muß um so mehr gelten, als die starke Belastung in dem Augenblick eintrat, als bei uns dieselben Ausgaben entstanden. Es muß auch hervorgehoben werden, daß es im höchsten Grade unerfreulich ist, wenn durch den ursächlichen Zusammenhang der Verringerung der Ueberweisungen und der Erhöhung der Gehälter der Staatsbeamten das Bild erscheint, daß die Kommunen einen erheblichen Teil der Besoldungserhöhung für die Staatsbeamten tragen.

Der I. Fachausschuß bittet Sie, dem Antrage in dieser Form zuzustimmen.

Stellv. Vorsitzender Ullenaum: Ich eröffne die Besprechung. Das Wort hat der Herr Abgeordnete Eberle.

Abgeordneter Eberle: Dem ersten Teile des Antrages, also dem Antrage unter 1, der sich mit der Kraftfahrzeugsteuer beschäftigt, stimmen wir zu. Dasselbe können wir nicht zu dem Absatz 2 sagen.

Der Herr Berichterstatter hat selbst darauf hingewiesen, daß die preussische Staatsregierung und

mit ihr der ständige Ausschuß, der für die Maßnahmen der Staatsregierung, mit denen wir uns nun beschäftigen, verantwortlich ist, sich in einer gewissen Zwangslage befunden habe; es wird mir jetzt sogar zugerufen: in einer großen Zwangslage. In diese Zwangslage ist die preußische Staatsregierung — und das ist auch schon betont worden — durch die Reichsregierung gebracht worden, indem die Reichsregierung ohne Rücksicht auf die Finanzen der Länder die Beamtengehälter erheblich in die Höhe gesetzt hat. Die Erhöhung der Beamtengehälter ist aber zum erheblichen Teil auch hervorgerufen worden durch das Verlangen der Parteien von rechts bis links, die durchweg die Auffassung vertreten haben, daß es notwendig sei, an eine Erhöhung der Beamtengehälter heranzugehen; man war sich nur nicht ganz einig über das *U s m a ß*. Nun haben wir doch dabei zu beachten, wie die ganze Konstruktion unserer deutschen Steuergesetzgebung beschaffen ist. Preußen ist noch weit mehr als die Gemeinden und die Kommunalverbände auf die Zuweisungen aus den Reichssteuern angewiesen. Der preußische Staat ist in seiner Steuerhoheit außerordentlich beengt. Was steht ihm denn noch zur Verfügung? Außer der Ueberweisung aus den Reichssteuern doch lediglich die neugeschaffene Grundsteuer. Die Erträge aus der Stempelsteuer und aus den Verwaltungsgebühren schlagen ja bei weitem nicht durch. Die preußische Regierung und der ständige Ausschuß waren nun vor die Frage gestellt: Wie decken wir den Ausfall, den wir im Haushaltsplan durch die Erhöhung der Beamtengehälter erleiden? Daß dieser Ausfall im Haushaltsplan gedeckt werden mußte, darüber waren sich wohl alle einig, denn es geht nicht an, daß in der jetzigen Zeit der Haushaltsplan des größten Landes des Deutschen Reichs, und das ist Preußen, sich nicht in Ordnung befindet. Das würde genau so herabdrückend auf unseren Kredit im Inlande sowohl wie im Auslande wirken, als wenn der Reichsetat sich nicht in Ordnung befände. Es war also eine große Zwangslage für die Staatsregierung vorhanden, so zu verfahren, wie verfahren worden ist.

Aber dabei will ich auch daran erinnern, daß zu dem Wege, der eigentlich nach unserer Meinung der richtige gewesen wäre, durch Ausbau und Erhöhung der vorhandenen Steuern den Ausfall zu decken, die Parteien durchweg nicht bereit waren. Den allergrößten Widerstand hat aber gerade diejenige Partei geleistet, von der der jetzige Einspruch ausgeht.

Deshalb, weil wir innerlich nicht einverstanden sind mit den Gründen, die Sie hier in der ganzen Aufassung der Angelegenheit vorgetragen haben, ist es uns unmöglich, hun dem Wortlaute, dem man vielleicht zustimmen könnte, zuzustimmen. Gerade die *Z e n t r u m s p a r t e i* ist es gewesen, die entgegen

der Haltung der Demokraten, der Deutschen Volkspartei und der Sozialdemokraten im ständigen Ausschuß die Erweiterung der Steuern rundweg abgelehnt und damit nun das *O d i u m*, die ganze Frage so geregelt zu haben, wie sie jetzt geregelt ist, den übrigen Parteien zugewiesen hat. Das ist äußerst bequem, und noch bequemer — um keinen schärferen Ausdruck zu gebrauchen — ist es, nun hier im Provinziallandtag sich hinzustellen, um gegen die Maßnahmen der Staatsregierung und des ständigen Ausschusses Einspruch zu erheben, dazu noch in dieser scharfen Form.

Ich meine, wir müssen bei allen unseren Maßnahmen auch in den kommunalen Verbänden, besonders auf dem Provinziallandtage uns des Gedankens entschlagen, als wenn wir auch hier Steuerpolitik auf eigene Faust zu treiben hätten. Gerade bei der Steuerfrage müssen wir immer daran denken, daß wir uns im Einklang halten müssen mit den Interessen unseres Landes, mit den Interessen des Reichs. Sie können diese Interessen nicht einfach so abgrenzen: Hier Provinz, hier Land und hier Reich. Vorläufig haben wir diese Steuergesetzgebung noch, und solange wir sie haben, werden wir mit solchen Maßnahmen rechnen müssen, die gewissermaßen zwangsläufig sind. Sind die Maßnahmen aber zwangsläufig, wie es auch von dem Herrn Berichterstatter nicht bestritten worden ist — er sagte: Preußen hat sich in einer Zwangslage befunden —, dann sehe ich auch nicht ein, daß wir in dieser Form gegen Maßnahmen Einspruch erheben, die unter einem schweren Druck von der Staatsregierung und dem ständigen Ausschuß haben getroffen werden müssen.

Im übrigen dürfte doch auch dem Herrn Berichterstatter nicht entgangen sein, daß durch diese Maßnahme die Einkünfte der Provinzialverwaltung aus der Reichsteuerüberweisung an sich nicht geringer werden, als sie im Haushaltsplan festgelegt waren. Der Herr Landeshauptmann hat ja in seinem Haushaltsplan ein außerordentlich großes Loch gehabt, und erst durch den Nachtragshaushaltsplan ist dieses Loch gestopft worden. Aber wodurch? Indem ein höherer Eingang aus Ueberweisungen aus Reichssteuern im Betrage von 2,2 Millionen vorgesehen worden ist.

So wird's auch bei den Gemeinden gehen, so daß wir nicht glauben können, daß durch die Maßnahmen der Staatsregierung und des ständigen Ausschusses die Notlage der Kommunalverbände und der Gemeinden — wie es hier geschildert worden ist und in dem Antrage zum Ausdruck kommt — ins *U n e r m e ß l i c h e* gesteigert wird. Wir möchten dringend wünschen, daß Sie ebenso wie wir den zweiten Teil des Antrages ablehnen.

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat der Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Dr. Horion: Meine Damen und Herren! Ich möchte Sie bitten, dem Antrage zuzustimmen. Die Sache liegt doch folgendermaßen: Es hat im Anfang des Jahres im Wege der Gesetzgebung eine Verteilung der Reichssteuern prozentual stattgefunden. Diese Verteilung der Reichssteuern ist durch Gesetz festgelegt worden und ist dann die Grundlage für die Etatsaufstellung aller Beteiligten gewesen. Nunmehr glaubt Preußen diese prozentuale Verteilung ohne weiteres abändern zu dürfen, weil, wie der Herr Vorredner sagt, doch absolut der gleiche Betrag den Kommunen weiter zufließt. Er glaubt darauf hinweisen zu können: Der gesamte Reichsteuerbetrag wird ja größer. Ja, meine Herren, in genau demselben Maße steigt doch nun auch der preußische Anteil an dem gesamten Reichsteuerbetrage. Preußen bekommt doch auch nicht einen absoluten Betrag, sondern einen bestimmten Prozentsatz, und genau so, wie die Kommunen sich nun den Kopf zerbrechen müssen, wenn sie Ausgaben decken müssen, für die die bisherigen Steuern ihnen noch keine Deckung gebracht haben, wird Preußen das auch tun müssen. Es wird aber nun nicht nachträglich dazu übergehen können, den Anteil, der den Kommunen durch Gesetz zugesagt ist, beliebig zu beschränken. Vor allem, wenn wir uns im vorliegenden Falle widerspruchslos das jetzige Vorgehen gefallen lassen, wo sollen dann die Konsequenzen bleiben? Was hindert Preußen dann, nächstens die gesamte Provinzialdotations aufzuheben und einzusteden oder die gesamten Reichsteuerüberweisungen für die Provinzen? Das kann doch nur im Wege eines Gesetzes im voraus etwa für ein Jahr geschehen. Aber eine solche Abänderung im Laufe des Jahres, die für alle Beteiligten völlig unerwartet kommt, können die Kommunalverbände nicht widerspruchslos hinnehmen. Jedenfalls müssen Sie darüber als Rheinischer Provinziallandtag, als der Sie hier versammelt sind, zur Wahrung der Interessen des rheinischen Provinzialverbandes der preußischen Staatsregierung die Ansicht des rheinischen Provinzialverbandes sagen.

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Haas.

Abgeordneter Haas: Meine Damen und Herren! Ich gebe dem Herrn Landeshauptmann recht, wenn er sagt: Es ist durchaus nicht richtig und auch nicht erträglich, daß mitten im Rechnungsjahr plötzlich die Einnahmen herabgesetzt werden. Unter diesem Gesichtspunkte können meine Freunde auch noch dem ersten Satz des Absatzes 2 der Einspruchserhebung gegen die Herabsetzung im Laufe des Rechnungs-

jahres zustimmen. Wir können aber nicht den nachfolgenden Sätzen des Absatzes 2 zustimmen, in denen es heißt: „Der Provinziallandtag wendet sich scharf dagegen, daß der Staat sich so auf Kosten der Kommunen und Kommunalverbände einen Teil der Mittel für die Erhöhung der Besoldung seiner Beamten beschafft“ usw., aus folgenden Gründen, und das ist der Kardinalpunkt: Preußen mußte, nachdem die Ausgaben für die Besoldung der Beamten ihm durch den Reichstag aufoktroiiert worden waren, für Einnahmen sorgen. Der ständige Ausschuß hat sich eingehend mit diesen Fragen befaßt, und die größte Partei dieses Hauses, die Zentrumsparlei, hat im ständigen Ausschuß alle Steuervorlagen in der vergangenen Woche abgelehnt, und jetzt erheben Sie, meine Damen und Herren, entschieden Einspruch gegen die Maßnahmen des Staates, und sagen: Wir können uns das unter keinen Umständen gefallen lassen. Das sind meiner Auffassung nach und auch nach Ansicht meiner Parteifreunde große Widersprüche.

Aus diesen Gründen sagen wir: Fort mit diesem Protest! Wir nehmen den ersten Absatz, die Ziffer 1, an, und wir nehmen auch, wenn es beliebt wird, den ersten Satz der Ziffer 2 an. Aber darüber hinaus können wir nicht gehen.

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Falk.

Abgeordneter Falk: Meine Damen und Herren! Aus den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Eberle klang es heraus, als ob dieses Haus im Begriffe sei, sich in einen Widerspruch mit dem Staate Preußen zu setzen. Ich meine, meine Damen und Herren, gegen den Vorwurf sind wir gefeit. Die ganze Vergangenheit der letzten fünf Jahre hat gezeigt, daß dieser Landtag und seine Parteien es an Treue zu Reich und Staat nicht haben fehlen lassen und daß uns ein Vorwurf nach der Richtung hin nicht gemacht werden kann (Zuruf des Abg. Eberle: Das ist mir doch nicht eingefallen!) — erlauben Sie bitte, Herr Eberle, ich will sofort sagen, wie ich Sie verstanden habe — und daß uns der Vorwurf nicht gemacht werden kann, als ob wir irgendwelche Sonderrechte und Sonderinteressen verfolgt hätten, wie Sie es vorhin angedeutet haben. Aber gerade, weil wir diese Haltung eingenommen haben, auf die wir uns berufen können, deswegen steht es uns durchaus an, gegen so ungeeignete Maßnahmen des preußischen Steuergesetzgebers Front zu machen. Und das wollen ja Ihre Freunde auch mittun; Sie geben ja selbst zu, daß der erste Satz der Nummer 2 auch von Ihnen angenommen werden kann. Sie wehren sich nur dagegen, daß auch die anderen Sätze angenommen werden. Diese anderen Sätze sind aber nur eine weitere Ausführung des

ersten Satzes und, wenn man genau zusieht, so wehren Sie sich auch nicht gegen diese weiteren Sätze. Ich glaube Ihnen nicht unrecht zu tun, Herr Kollege Eberle, wenn ich aus meiner Erinnerung sage, daß Sie gesagt haben: Wenn man die Sätze nur so liest, könnte man sie auch vielleicht noch durchgehen lassen. (Zuruf des Abg. Eberle: Jawohl!) Sie wehren sich also nicht gegen diese Sätze der Sätze selbst wegen, sondern wegen der Entstehungsgeschichte der preußischen Bestimmung, die uns hier so unbequem geworden ist. Sie wollen also diese Sätze streichen, weil die Entstehungsgeschichte Ihnen nicht entspricht — sie entspricht mir, nebenbei bemerkt, auch nicht; Sie haben eben schon hervorgehoben, daß meine Freunde den preußischen Gesetzgeber nicht auf diesen Weg gedrängt haben —, da muß ich sagen: Das ist falsch. Wenn man schon einmal die Interessen einer Bevölkerung wie der rheinischen zu vertreten hat, dann muß man in solchen Dingen auch deutlich sprechen; da darf man sich durch solche Gesichtspunkte, wie Sie sie hier leiten, nicht auf den falschen Weg bringen lassen. Und ich bin überzeugt davon, daß es ein falscher Weg wäre, wenn wir hier Landespolitik verquicken würden mit den nächsten Aufgaben, die wir zu erfüllen haben. Wir müssen uns davor schützen, daß die rheinische Provinzialverwaltung und mit ihr die rheinischen Kommunen im nächsten Jahr vor dieselben Schwierigkeiten gestellt werden.

Ich bitte Sie, dem Antrage, den der I. Ausschuß sehr sorgfältig erwogen hat, doch zuzustimmen.

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. Kaiser.

Abgeordneter Dr. Kaiser: Meine Damen und Herren! Wir haben doch hier nur den Antrag von den Belangen des Haushaltsplans des Rheinischen Provinziallandtags aus zu beurteilen. Der Rhein. Provinziallandtag muß — das geht doch auch aus den Worten der Herren Haas und Eberle hervor — hiergegen Einspruch erheben. Wenn er das nicht tut, tut er seine Pflicht nicht. Herr Haas und Herr Eberle sind zwar vielleicht persönlich in einer gewissen Zwitterstellung, weil sie auch dem Preußischen Landtag bezw. dem Staatsrat angehören. Nun sollen sie hier über das schimpfen, was sie im Preußischen Landtag oder im Staatsrat gutgeheißen haben, und das scheint ihnen nicht zu passen. Aber, meine Herren, das müssen Sie trennen. Wenn Sie hier als Mitglied des Rheinischen Provinziallandtages sind, dann müssen Sie das andere außer acht lassen und nur als Mitglied des Rheinischen Provinziallandtages sprechen. Dann können Sie aber nur zu der Entschliebung kommen, die Ihnen hier vom Ausschuß vorgelegt wird, und müssen auf das energischste gegen ein Verfahren, das uns die Durch-

führung unserer Haushaltspläne erschwert und fast unmöglich macht, Einspruch erheben.

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Bauknecht.

Abgeordneter Bauknecht: Der Meinung, die Herr Dr. Kaiser zum Schluß ausgesprochen hat, daß ein rheinischer Abgeordneter im Rheinischen Provinziallandtage ausschließlich die Belange des Provinzialverbandes zu vertreten habe (Zuruf des Abg. Dr. Kaiser: Beim Haushaltsplan! Zuruf des Abg. Haas: Das hat Herr Kaiser nicht gesagt!), möchte ich nicht beistimmen. Wir sind nebenbei auch Preußen und Deutsche. Es ist selbstverständlich, daß man zunächst bezüglich des Haushaltsplans einigermaßen die Belange der Rheinprovinz berücksichtigt, und formal mag es in diesem Falle richtig sein, wenn der Herr Landeshauptmann und der zuständige Ausschuß gegen eine Maßnahme der preußischen Regierung protestieren, die allein von sich aus Abänderungen an einem Abkommen vorgenommen hat, durch das die Steuern verteilt worden sind. Das ist zweifellos eine Maßnahme, die seitens des Provinziallandtages im Einverständnis mit der Verwaltung schließlich einer Rüge bedarf. Es handelt sich aber doch darum, wie die Maßnahme zustande gekommen ist, und da war jedenfalls äußerst charakteristisch, was Herr Abgeordneter Eberle sagte, daß Preußen in eine Zwangslage gekommen war, daß Preußen, um sich einigermaßen finanzielle Deckung zu verschaffen, diese Maßnahme ergreifen mußte. Das sind doch zweifellos mildernde Umstände, und bei mildernden Umständen soll man in einer Resolution von Behörde gegen Behörde nicht erklären, man wende sich scharf gegen das und das. Da wäre es richtiger, man setze an Stelle derartigen Ausdrücke andere Worte. Gerade das Rheinland sollte das nicht machen; wenn es noch eine andere Provinz wäre, hätte ich auch mehr Verständnis dafür. Aber weil man in der Beziehung doch empfindlich ist, soll man solch scharfe Ausdrücke von Behörde zu Behörde nicht anwenden. Es wäre auch noch berechtigt, wenn es so wäre, daß durch die Maßnahmen der preußischen Regierung wir in dem Endeffekt der Ueberweisungen so geschädigt würden, daß unser Etat dadurch nicht mehr balancierte. Und es wäre auch richtig, wenn man solch scharfe Kalkulation bei Beginn unserer Staatsaufstellung hätte machen können. Was kommt überhaupt an Einnahmen herein? Es sind bekanntlich jetzt auf Grund der Verhältnisse von 1913 nur schätzungsweise Etats aufgestellt. Man glaubt, wenn man diese Erfahrungen hinter sich hätte, dann würde man 1925 nach den in diesem Jahr gemachten Erfahrungen in der Lage sein, allseits einigermaßen zutreffende Haushaltspläne aufzustellen, sowohl in der Gemeinde als im Staat und im Reich. Nachdem also mit solchen einigermaßen in der Luft liegenden

Statzahlen jongliert und auf Grund dieser Verhältnisse eine Vereinbarung getroffen worden ist, und man während des Jahres die Erfahrung macht, daß tatsächlich — um nur eine Reichssteuer herauszugreifen — die Reichseinkommensteuer bedeutend höhere Erträge bringt, als sie angenommen worden sind, und dementsprechend nach Ablauf dieses Jahres die Erfahrung gemacht wird, daß unser Provinzetat durch die von Preußen vorgenommene Maßnahme nicht in irgendeiner Weise tangiert wird, dann ist es — ich möchte sagen — doch nicht ganz richtig — man könnte auch einen schärferen Ausdruck anwenden —, wenn man die Sache so hinstellt, als würde der Etat dadurch stark in Mitleidenschaft gezogen. Die Endsumme, die wir trotzdem bekommen, dürfte meines Erachtens so sein, daß die Provinz die Summen, die sie erwartete, bei der Verteilung der Steuern auch tatsächlich bekommt, und darauf kommt es doch in letzter Linie an.

Wenn man diese Dinge zugrunde legt und weiter berücksichtigt, was Herr Eberle sagte, wie sich die Zentrumspartei zu den neuen Steuerbewilligungen verhalten hat, so kann man nicht gleichzeitig aus diesen Kreisen heraus unter den Motiven und in der Eigenschaft, wie man das während des passiven Widerstandes seitens der Kommunen beim Reich beliebt hat, in der Weise und in der Tonart von Behörde zu Behörde vorstellig werden, wie es hier geschieht.

Ein Wort zum Schluß. Ich meine, nachdem die Finanznöte sich künftig durch den Steuerausgleich auch etwas anders gestalten werden, wenn jeder einzelne — Reich, Staat und Kommune — seine Belange gewahrt hat, dann sollte auch von Behörde zu Behörde künftig doch wieder ein Ton einsetzen, daß man weiß, daß da nicht so schroffe Gegensätze vorhanden sind. In Wirklichkeit sind sie auch gar nicht mehr vorhanden. Man sollte sich bequemen, auch in öffentlichen Körperschaften einen Ton anzuschlagen, wie man ihn auch im Privatleben übt.

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat der Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Dr. Horion: Man könnte aus der Unterhaltung den Eindruck gewinnen, als ob etwa nur die Rheinprovinz gegen diese Maßnahme der preußischen Staatsregierung Einspruch erhebe. Solche Einsprüche liegen schon von sämtlichen preußischen Provinzen vor, zum Teil in weit schärferer Weise, und der zweite Absatz stammt im wesentlichen aus Einsprüchen, die uns von anderen Provinzen mitgeteilt worden sind. Es handelt sich also nicht um ein Sondervorgehen der Rheinprovinz, sondern um einen Einspruch sämtlicher preußischer Provinzialverbände.

Ich kann Ihnen aber mitteilen: Aus den Zahlen, die uns von der preußischen Staatsregierung über

das Gesamtsteueraufkommen mitgeteilt worden sind — ich weiß nicht, ob ich sie der Öffentlichkeit übergeben darf, ich tue es deshalb nicht —, geht klar und deutlich hervor, daß das Mehreinkommen, das auch Preußen aus seinen 50 oder 55 Prozent erhält, so bedeutend sein wird, daß der Satz, daß dieses Mehreinkommen die Verminderung des Prozentsatzes deckt, für Preußen mindestens ebenso zutrifft, wie für uns.

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Eberle.

Abgeordneter Eberle: Herr Abgeordneter Kaiser wies darauf hin, daß meine Stellungnahme und die Stellungnahme meines Parteifreundes Haas aus unserer Mitgliedschaft im Preußischen Staatsrat, soweit meine Person in Frage kommt, und aus der Mitgliedschaft des Herrn Abgeordneten Haas im Landtage zu erklären sei. Er meinte, unsere Auffassung hier erscheine begreiflich, weil wir ja dort schon diesen Maßnahmen zugestimmt hätten. Dazu will ich für meine Person als Mitglied des Preußischen Staatsrats erklären, daß der Preußische Staatsrat bei dieser Maßnahme überhaupt nicht gefragt worden ist. (Zuruf des Abg. Falk: Das ist ja immer so!) Ich hatte noch nicht die Möglichkeit, zu dieser Frage irgendwie Stellung zu nehmen, und, soweit ich unterrichtet bin, ist der Herr Abgeordnete Haas nicht Mitglied des ständigen Ausschusses; also auch er ist noch nicht zur Entscheidung dieser Frage berufen worden. (Zuruf des Abg. Haas: Sehr richtig!) Unsere Stellungnahme in dieser Angelegenheit ist also von anderen Dingen noch völlig unberührt.

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort wird weiter nicht gewünscht, auch von dem Herrn Berichterstatter nicht.

Dann lasse ich abstimmen. Ich nehme an, daß wir hier getrennt abstimmen müssen. Gegen den Antrag 1 hat sich kein Widerspruch erhoben. Ich nehme an, daß er angenommen ist. Zu Ziffer 2 wird der erste Satz nicht beanstandet, wohl dagegen die Streichung des folgenden Satzes beantragt. Ich bitte diejenigen, die für die Streichung des letzten Satzes der Ziffer 2 sind, sich zu erheben. — Das ist die Minderheit. Die Streichung ist nicht angenommen. Damit ist auch diese Ziffer genehmigt.

Wir kommen zu Punkt 27. Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Dr. Hagen.

Abgeordneter Dr. Hagen: Der I. Sachausschuß empfiehlt, den Antrag des Provinzialausschusses an den Provinziallandtag zum Beschluß zu erheben:

- „I. Der Provinziallandtag setzt die Haushaltspläne der Provinzialverwaltung und der zu ihr gehörigen Verwaltungszweige und Anstalten für das Rechnungsjahr 1924 gemäß Vorlage fest.
- II. Der Provinziallandtag setzt den durch Provin-

zialumlage zu deckenden Steuerbedarf zur Herbeiführung des Gleichgewichts zwischen Ausgabe und Einnahme auf 7 Millionen Goldmark fest.

- III. Zur Deckung dieses Fehlbetrages sollen zunächst für das erste Halbjahr 1924 von den Stadt- und Landkreisen (bei den letzteren einschließlich der angehörigen Gemeinden) 8,4 Prozent der ihnen für dieses Halbjahr zufließenden Ueberweisungen aus der Reichseinkommen- und Körperschaftsteuer erhoben werden.
- IV. Die Provinzialumlage für das zweite Halbjahr 1924 soll in Hundertsätzen der im Rechnungsjahr 1924 vom Staate veranlagten Realsteuern erhoben werden, die vom Provinzialauschuß so zu bemessen sind, daß der durch die Steuerbeträge des ersten Halbjahres nicht gedeckte Teil der Provinzialumlage im zweiten Halbjahr gedeckt wird.
- V. Der im außerordentlichen Haushaltsplan ungedeckt verbleibende Betrag von 857 500 Mark ist vorschußweise von der Landesbank zu entnehmen und ist entweder aus bereiten Mitteln oder aus einer aufzunehmenden Anleihe zu decken, worüber der Provinziallandtag beschließen wird.“

Vorsitzender Dr. Jarres: Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich stelle die unveränderte Annahme fest.

Ich habe noch die Entschuldigungen zur heutigen Sitzung mitzuteilen. Es haben sich entschuldigt die Herren Abgeordneten Simon und Dr. Wesenfeld wegen wichtiger Berufsverhinderung. (Zuruf: Und Herr Wönnig!)

Zu Punkt 28 hat das Wort Herr Abgeordneter Wölker.

Abgeordneter Wölker: Meine Damen und Herren! Wir haben auch in diesem Hause einen Antrag auf Freilassung der politischen Gefangenen eingebracht. Wir haben uns dabei von dem Gedanken leiten lassen, daß dieses Haus vor allen Dingen nicht nur berechtigt, sondern verpflichtet ist, einen diesbezüglichen Antrag an die Reichsregierung zu richten, weil gerade dieses Gebiet, wie wir auch im zweiten Absatz angeführt haben, ganz besonders stark mit Verhaftungen und Verurteilungen während der Besetzung zu rechnen gehabt hat. Wenn wir den Ihnen vorliegenden Antrag nicht detailliert gestellt haben, so aus dem Grunde, weil die Kommunistische Reichstagsfraktion im Reichstage bereits einen genau detaillierten Antrag eingebracht hat und dieser hier von uns gestellte Antrag nur den Zweck erfüllen soll, diesem Antrage mehr Nachdruck zu verleihen. (Lachen bei den bürgerlichen Parteien.)

Meine Damen und Herren! Wir haben in diesem Antrage gesagt: „Der Provinziallandtag wolle

beschließen, die Reichsregierung zu ersuchen, unverzüglich gesetzgeberische Schritte zum Erlaß einer Amnestie für alle politischen Gefangenen zu unternehmen. Weiter richtet der Rheinische Provinziallandtag die Forderung an die interalliierte Rheinlandkommission, bei ihren Regierungen für Freilassung bezw. Rückkehr aller während der Besetzung verurteilten bezw. ausgewiesenen Personen zu wirken.“

Wir haben mit Absicht das Wort „proletarische“ Gefangenen aus unserem Antrage herausgelassen, obwohl wir der Auffassung sind, daß es notwendig ist, dieses Wort mit besonderer Schärfe zu betonen, weil wir wissen, daß die Gefangenen aus Ihrer Klasse von den Gerichten Ihrer Klasse abgeurteilt werden, für sie nicht die Notwendigkeit besteht, einen diesbezüglichen Antrag zu stellen, da die Urteile, die von den Gerichten der kapitalistischen Gesellschaft gegen Anhänger Ihrer Klasse gefällt werden, gewissermaßen Vergünstigungen oder Verherrlichungen der betr. Personen sind. Ich erinnere Sie an den Prozeß, der sich vor wenigen Monaten in München abgespielt hat, wo die Leute für vollendeten Hochverrat gewissermaßen mit einer Belohnung bedacht worden sind. Von einer Verurteilung kann da absolut keine Rede sein. Ich glaube, auch in Ihren Kreisen (zum Zentrum gewandt) wird niemand sein, der von einer Verurteilung Hitlers usw. spricht. (Zuruf des Abg. Haas: Trotzdem wollen Sie ihn frei haben!) Man hat den schlimmsten Hochverräter Ludendorff sogar straffrei ausgehen lassen, während man auf der anderen Seite Arbeiter wegen des geringsten Vergehens jahrelang in Gefängnisse und Zuchthäuser steckt und aus dem Kreise ihrer Familien herausreißt. Weil sie nach Ihrer Auffassung Verbrechen begangen, nach unserer Auffassung allerdings nur das getan haben, was sie im Interesse ihrer Klasse für notwendig hielten, weil sie für ein Ideal eingetreten sind, (Zuruf des Abg. Orlopp: Hitler auch!), reißt man sie für Jahre heraus aus dem Kreise ihrer Familie, ihrer Anhänger und Freunde und steckt sie ins Zuchthaus. Werte Anwesende! Gerade Sie aus diesem Hause haben bei der letzten Tagung in Barmen protestiert gegen den Terror der Separatisten. Es wäre notwendig, daß Sie in erster Linie einmal im unbezetzten Deutschland den Terror gegen die Vertreterin der Arbeiterklasse, die Kommunistische Partei, und gegen die Arbeiter als solche einstellten. Noch vor wenigen Wochen habe ich das zweifelhafteste Vergnügen gehabt, auf Antrag des Regierungspräsidenten von Düsseldorf sechs Wochen in Untersuchungshaft zu sitzen. Wahrscheinlich lag dieser Verhaftung das Motiv zugrunde, daß man glaubte, ich würde in der Wahlkampagne mit dazu beitragen, daß das Proletariat aufgerüttelt und der Erfolg für die Kommunistische Partei vielleicht noch

stärker würde. Deshalb hat man mich aus dem Kreise meiner Familie und meiner Tätigkeit herausgerissen, ohne die geringste Ursache dafür zu haben. Nach sechs Wochen kam die telephonische Mitteilung, der Haftbefehl ist aufgehoben, weil nicht das Geringste zur Begründung eines derartigen Befehls vorlag.

Ich will davon Abstand nehmen, Ihnen die schauderhaften Klassenurteile, die im unbefetzten Deutschland über Vertreter des Proletariats gefällt werden, noch besonders zu dokumentieren. Ich nehme an, daß Sie teilweise darüber unterrichtet sind, fordere Sie deshalb auf, für diesen Antrag zu stimmen. Die Regierung des unbefetzten Deutschlands hat in erster Linie die Pflicht und Schuldigkeit, die politischen Gefangenen freizulassen; dann erst hat sie das Recht, an die Interalliierte Rheinlandkommission, an die Regierungen der Besatzungsarmeen heranzutreten und zu fordern, daß auch diejenigen, die hier im besetzten Gebiet von den Besatzungsgerichten verurteilt worden sind, in Freiheit gesetzt werden resp., wo sie ausgewiesen sind, zu ihrer Familie zurückkehren können.

Ich erinnere Sie an die ungeheuerlichen Urteile, die jetzt in Mainz gegen die Angehörigen der kommunistischen Partei gefällt worden sind, weil sie es gewagt haben, für die Interessen des Proletariats Arbeiten zu leisten, die nach Auffassung der dort über sie zu Gericht sitzenden Personen ein Verbrechen darstellen. Für diese Urteile lieferten deutsche Beamte das Material!

Aus all diesen Gründen ersuche ich Sie, für die Freilassung der politischen Gefangenen zu sorgen. Der Herr Präsident hat ja selbst einmal die Möglichkeit gehabt, zu erfahren, was es heißt, aus dem Kreise seiner Familie herausgerissen zu werden. Er selbst hat das zweifelhafte Vergnügen gehabt, zwei Monate eine sogenannte Strafhaft zu verbüßen. Die Verbüßung einer solchen Strafe ist natürlich keine Strafverbüßung im Vergleich zu den Strafen, die die Arbeiter zu verbüßen haben. Im Vergleich zu der Behandlung, die die Arbeiter in den deutschen Gefängnissen und Zuchthäusern erleiden, ist dieses, gelinde gesagt, eine Erholung für die betreffenden Personen. (Zuruf des Abg. Orlopp: Hört, hört! Heiterkeit.) Meine Damen und Herren! Ich wünsche mir und allen meinen Freunden, eine Strafverbüßung, wie sie Herr Krupp von Bohlen und Halbach zu verzeichnen gehabt hat. Herr Dr. Jarres zum Beispiel ist durch seine Verurteilung und durch die Ausweisung aus dem besetzten Gebiet nach Berlin gekommen, und die Verurteilung hat — ich will nicht zu kraß sein — jedenfalls mit dazu beigetragen, daß er eine Treppe höher gefallen ist. (Oho-Rufe.) Deshalb sage ich: Die Verurteilungen, die hier stattgefunden haben, sind für die eine oder andere Person,

aus den Kreisen der besitzenden Klassen allerdings, eine Vergünstigung gewesen.

Ersuche Sie, treten Sie mit dafür ein, daß endlich auch im unbefetzten Deutschland die politischen Gefangenen freigelassen werden. Sie sind moralisch verpflichtet, im unbefetzten Deutschland die politischen Gefangenen zuerst freizulassen, erst dann haben Sie auch ein Recht, von den Alliierten zu verlangen, daß auch die Gefangenen des besetzten Gebietes in die Freiheit zurückkehren dürfen. Deshalb ersuche ich Sie, unseren Antrag einstimmig anzunehmen.

Vorsitzender Dr. Jarres: Es ist folgender Antrag der Sozialdemokratischen Fraktion eingelaufen: „Die Sozialdemokratische Fraktion beantragt, dem kommunistischen Antrage unter Nr. 28 der Tagesordnung als Absatz 2 folgendes einzuschalten:

„Ferner wird die Reichsregierung ersucht, sich unverzüglich mit der Sowjetregierung wegen Amnestie aller politischen Verbannten, Eingesperrten und Verurteilten in Verbindung zu setzen.“

Zur Geschäftsordnung zunächst Herr Abgeordneter Maus.

Abgeordneter Maus: Der Antrag der Fraktion der kommunistischen Partei zerfällt in zwei Teile. Ich beantrage, über den ersten und zweiten Teil gesondert abzustimmen. Der Antrag der Sozialdemokratischen Fraktion müßte dann als dritter Absatz gelten. (Widerspruch. Zuruf des Abg. Dr. Kaiser: Wir wollen das doch zusammen verhandeln!) Wir wünschen gesonderte Abstimmung.

Vorsitzender Dr. Jarres: Ich fasse den Antrag als einen Antrag auf, der einen Zusatz zu Absatz 1 bedeutet.

Das Wort hat Herr Abgeordneter Steinbüchel.

Abgeordneter Steinbüchel: Meine Damen und Herren! Angesichts der Tiraden, die wir hier soeben in einer etwas sehr stark aufgetragenen Art und Weise gehört haben, fällt doch schwer, zu glauben, daß das, was der Redner hier vorgebracht hat, wirklich ernst gemeint gewesen ist. Es war in der Tat lediglich eine Agitationsansprache, die wahrscheinlich in den kommunistischen Blättern sehr ausführlich erscheinen wird und die deshalb nur auf die breite Masse, die in ihrem Urteil mitunter etwas leichtfertig ist, berechnet ist. Wir haben uns deshalb erlaubt, einen besonderen Zusatzantrag zu stellen.

Es ist weiter zu bemerken, daß die Dinge zweifellos in etwa so liegen, wie der Herr Borredner es gesagt hat. Wir wollen zugeben, daß die deutsche Justiz im Moment keine ideale ist. Ich erinnere beispielsweise an die bayrische Justiz. Ich selbst habe vor einiger Zeit einem Vortrage verschiedener Gelehrten in Berlin zugehört, dessen Thema lautete: Ist Deutschland noch ein Kulturstaat? Es ist wahr-

scheinlich auch hier ein wenig die aufgetragen worden. Aber was hier beispielsweise über die bayrischen Zustände gesagt worden ist, ist doch zum großen Teil richtig. Ich erinnere daran, daß in Bayern noch immer der bekannte Dichter Toller in Gefangenschaft sitzt. Während doch auf der anderen Seite die bayrische Justiz Begnadigungen in sehr erheblichem Maße vorgenommen hat, verweigert sie Toller, Fehrenbach und anderen irgendwelche Vergünstigungen und Begnadigungen. Auch die Justizreform des bayrischen Staatsanwalts Emminger zeigt ja, daß es nicht vorwärts geht in der deutschen Justiz, sondern daß sie zum mindesten stagniert, wenn nicht rückwärts geht.

Meine Damen und Herren! Der kommunistische Antrag scheint mir aber, wenn er auch in einigen Teilen richtig ist, doch in der Form nicht ganz zweckmäßig. Wir wollen aber daran nicht viel deuteln und rütteln, und sind bereit, dafür zu stimmen. Es ist dann Sache der Reichsregierung, darüber zu urteilen, inwieweit sie diesem Antrage nachkommen will.

Zweifellos muß man sagen, daß auch eine Reihe rechtsstehender Personen — Bombenattentäter und dergleichen — auch unter diese Amnestie fallen würde und daß auch in den Reihen der Kommunisten — das ist doch alles durch den Untersuchungsausschuß festgestellt — Leute sind, die mit Bombenfabrikation und dergleichen in einem sehr engen Zusammenhang stehen, so daß hier nicht nur von politischen Verbrechen, sondern direkt von Verbrechen auf Grund des Strafgesetzbuches gesprochen werden kann. Hier wäre es sicher für die Regierung sehr schwer, eine ganz allgemeine Amnestie durchzuführen. Wir wollen uns aber daran, wie gesagt, nicht stören, denn wir wissen: Es ist Sache der Regierung, nachher derartige Anträge zu prüfen, den richtigen Kern herauszuschälen und diejenigen mit der Amnestie zu treffen, die wirklich politische Opfer geworden sind, nämlich Opfer der kommunistischen Agitation, sei es aus Dummheit oder aus falsch verstandener Ideologie. Meine Damen und Herren! Die wirklich Schuldigen trifft man ja meistens mit einer Amnestie nicht, sondern die sitzen irgendwo anders im Trockenen. Sie bringen von irgendeiner Zentrale ihre Befehle an die Öffentlichkeit, und die Opfer sind dann die leichtfertigen Ideologen. (Sehr richtig! rechts.) Die können — wir sind davon überzeugt — mit Recht durch eine Amnestie begnadigt werden.

Aber, meine Damen und Herren, wir als Sozialdemokraten würden es für inkonsequent von der kommunistischen Partei halten, wenn sie nun nicht für unseren Zusatz stimmen würde. Ich meine, wenn man sich in solch lebhaften Farben, wie der Herr Vorredner es getan hat, über die Zustände in Deutschland entrüstet, dann müßte man sich noch weit, weit mehr entrüsten über die Zustände, die seit einigen

Jahren in Rußland bestehen. (Lebhafte Zustimmung.) Meine Damen und Herren! Der „Vorwärts“ hat in seiner Nummer vom 25. Juni das Aktionsprogramm der russischen Sozialdemokratie gebracht, das heißt das Programm der Sozialdemokratischen Partei, welche die Ideen der deutschen Sozialdemokratie in Rußland vertritt. Sie hat eine Reihe von Forderungen aufgestellt. Aus diesen Forderungen können Sie ersehen, daß Rußland wohl kaum noch in die Reihe der Kulturstaaten und der zivilisierten Staaten zu rechnen ist. In diesem Programm, das die russische Sozialrevolutionäre Partei an die russische Sowjet-Regierung richtet, wird verlangt: Freiheit des Wortes, der Presse, der Versammlungen, der Vereine, des Gewissens und Unantastbarkeit der Person. (Zuruf des Abg. Haas: Hört, hört!) Die Partei verlangt weiter Aufhebung der Todesstrafe, Beseitigung der Tscheka und aller andern Terrororgane und Ausnahmegerichte. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Sie verlangt die Uebergabe aller schwebenden Prozesse an die normalen Gerichte, Oeffentlichkeit des Gerichtsverfahrens und Garantien für eine allseitige Verteidigung der Angeklagten. Sie verlangt weiter volle Amnestie für alle politischen Verbannten und Eingesperrten, Wiederaufnahmeverfahren bei allen Urteilen in kriminellen und religiösen Angelegenheiten und Aufhebung jeglicher administrativer Rechtseingriffe. (Zuruf des Abg. Gerlach: Sehr richtig!) Sie verlangt weiter die Beseitigung aller Privilegien der kommunistischen Partei in Rußland und der kommunistischen Internationale und die Einstellung jeglicher geldlicher Unterstützung aus Staatsmitteln an diese beiden Parteiorganisationen. Sie verlangt ferner vollständige Freiheit der gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Bewegung und verlangt schließlich auch — das ist sehr bezeichnend — die Freiheit, streiken zu können. (Lebhaftes Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.)

Meine Damen und Herren! Wenn Sie diese Liste der Forderungen lesen, die an einen Kulturstaat, wie es Rußland sein will, gestellt werden müssen, dann werden Sie finden, daß Herr Böcker die Rede, die er hier gehalten hat, im Zentral-Sowjet in Moskau hätte halten müssen, aber nicht im Provinziallandtag der Rheinprovinz.

Wir möchten wünschen, daß die Herren von der kommunistischen Partei sich hier einmal nicht den Befehlen einer Zentrale unterordnen (Zuruf des Abg. Knab: Besser der Zentrale als der Abteilung Ia!), wie sie es bisher getan haben, sondern daß sie auch einmal ihrem eigenen Gewissen folgen und die Freiheit, die sie hier verlangen, auch in Rußland verlangen.

Vorsitzender Dr. J a r r e s: Das Wort hat Herr Abgeordneter Knab. (Bravo!)

Abgeordneter K n a b: Meine Damen und Herren! Von der Sozialdemokratie ist man ja schon viel an

Begriffsverwirrung gewöhnt; man nimmt den Leuten ja im allgemeinen schon nichts mehr übel, besonders, wo diese Partei jetzt schon ziemlich am Zusammenschrumpfen ist (Lachen und Widerspruch bei den Sozialdemokraten) und letzten Endes nur mehr ein Körper von bezahlten Bürokraten bestehen bleiben wird. Das Rezept, das Herr Steinbüchel soeben verlesen hat, haben Leute ausgeknobelt, die in Berlin sitzen und in der Nähe der Wilhelmstraße untergebracht sind, wo seit 1917 die russischen Emigranten der Regierung Kerenski herumschweben und mit der Abteilung Ia des preußischen Innenministeriums von Severing und Staatskommissar Weißmann in engster politischer Verbindung gestanden haben. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Es hat vor einiger Zeit in der „Bolschischen Zeitung“ gestanden, die Staatsregierung müsse einmal die Verbindungen untersuchen, die zwischen diesen russischen Emigranten und der Abteilung Ia von Severing, Weißmann und gewissen anderen Nummern bestanden haben. Was Herr Steinbüchel hier als Forderungen der Sozialrevolutionäre in Rußland verliest, stammt von denselben Herren. Diese Partei existiert lediglich in der Einbildung der deutschen Sozialdemokratie. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Bitte sehr, wenn Sie glauben, das bestreiten zu können, so wenden Sie sich an die Partei, die dauernd Ihre Koalitionsfreundin war, das Zentrum. Darin hat auch ein Herr Wirth gelesen, der erklärt hat, daß es eine Partei der Sozialrevolutionäre in Rußland nicht mehr gibt. Die ganze Masse derer, die damals Ihrer Geistesrichtung (zu den Sozialdemokraten) angehörten, ist heute längst bei der Kommunistischen Partei in Rußland. Sie haben dort nur noch einzelne Leute, die aus den internationalen antibolschewistischen Bureaus bezahlt werden, die die westeuropäischen Staaten dort eingerichtet haben.

Die Sozialdemokratie bringt hier einen Antrag ein (Zuruf eines Sozialisten: Jetzt kommt das Hintertürchen!), unserem Antrage unter Nr. 28 der Tagesordnung als Absatz 2 folgendes einzuschalten: „Ferner wird die Reichsregierung ersucht, sich unverzüglich mit der Sowjetregierung wegen Amnestie aller politisch Verbannten, Eingesperrten und Verurteilten in Verbindung zu setzen.“ Zunächst einmal: Kann die Sozialdemokratie einen solchen Antrag stellen? Dieser Antrag ist kein Abänderungsantrag unseres Antrages. (Zuruf des Abg. Gerlach: Natürlich!) Rein formell kann er daher nach der Geschäftsordnung nicht gestellt werden. Zweitens können Sie zu einer Sache, die zur Besprechung steht, eine Entschliebung einbringen. Sie können also das hier als eine Entschliebung vorlegen. Aber dann steht immer noch die Frage offen: Kann der Provinziallandtag über diese Entschliebung abstimmen oder nicht? Diesen grundlegenden Unterschied hat Herr Stein-

büchel scheinbar nicht erkannt. Aber das ist bei seiner ganzen Einstellung schon begreiflich: Er hat in Essen als Redakteur an seinem „Arbeiterblättchen“ schon soviel Keile bekommen, daß er immer die Begriffe verwechselt. (Sehr gut! bei den Kommunisten!) Er kann nicht mehr unterscheiden zwischen Rußland und Deutschland. Es kann wohl irgendein deutsches Parlament — eine Stadtverordnetenversammlung, ein Kreistag, ein Provinziallandtag, ein Landtag oder ein Reichstag — von der deutschen Reichsregierung oder einer deutschen Staatsregierung eine Amnestie für deutsche Staatsangehörige verlangen, genau so, wie wir jetzt von der Besatzungsbehörde eine Amnestie für deutsche Staatsbürger fordern. Aber Sie verlangen von der Besatzungsbehörde doch keine Amnestie für irgendwelche Ausländer, die von dieser wegen irgendeines Vergehens bestraft worden sind. Und Sie würden hier in Deutschland einen großen Entrüstungssturm vom „Vorwärts“ bis zur „Kreuzzeitung“ erleben, wenn die russische Sowjetregierung sich erlauben würde, die deutsche Reichsregierung aufzufordern, alle deutschen politischen Gefangenen in Freiheit zu setzen. Dann würden Sie sagen: Das ist eine unverschämte Einmischung des russischen Staates in innerdeutsche Angelegenheiten. (Zuruf des Abg. Haas: Sie handeln doch im Auftrage von Moskau!) Machen Sie doch keinen großen Sums, Herr Haas. Sie würden sicher sagen: Das ist eine Einmischung der Regierung eines anderen Landes in innerdeutsche Rechtsverhältnisse, in die sie sich nicht hineinzumischen hat. Also, die deutsche Reichsregierung kann wohl einen Antrag auf Amnestie deutscher Staatsangehöriger, die ihrer Rechtshoheit unterstehen, annehmen. Die deutsche Reichsregierung kann aber keinen Antrag auf Amnestie oder Freilassung von Russen annehmen, die einer anderen Staatshoheit unterstehen. Es ist vollkommen ausgeschlossen, daß der Deutsche Reichstag oder der Provinziallandtag einem solchen Antrag irgendwie entsprechen kann, denn die deutsche Reichsregierung hat außenpolitisch und völkerrechtlich keine Möglichkeit, sich in die innerussischen Angelegenheiten einzumischen. Wenn Sie (zu den Sozialisten) eine solch große Partei in Rußland haben, dann lassen Sie doch durch diese einen Amnestieantrag an die russische Regierung richten. Das ist also Aufgabe Ihrer dortigen Parteifreunde. Aber, weil Sie in Rußland keine Massen mehr hinter sich haben, kriechen Sie heute an den Höfen und Regierungsstellen West- und Mitteleuropas herum und suchen dort für eine Einmischung in die innerussischen Angelegenheiten Stimmung zu machen. (Sehr richtig! bei den Kommunisten.) Dieser Antrag hier ist lediglich ein Tendenzantrag der Sozialdemokratie. (Zuruf der Abg. Frau Appel: Sehr richtig!)

Herr Steinbüchel hätte ja schon längst in die Deutsche Volkspartei aufgenommen werden müssen. (Heiterkeit.) Wer seine Ausführungen verfolgt hat, wird auch gesehen haben, daß er den lebhaftesten Beifall hier bei der rechten Seite des Hauses gefunden hat. Herr Steinbüchel, Sie hätten es nicht besser machen können, wenn Sie von Abteilung Ia dafür bezahlt worden wären. (Zuruf des Abg. Haas: Wie Sie von Moskau!) Ich weiß zwar nicht, ob Sie mit dieser Abteilung irgendwie in Verbindung stehen und da Ihre Direktiven bekommen. Aber letzten Endes treiben Sie nur Wasser auf die Mühlen der Herrschaften vom Zentrum bis zu den Deutsch-nationalen.

Ich will aber noch etwas anderes sagen: Wenn Sie auf einer derartigen Abstimmung bestehen, wo doch eine Zuständigkeit für die deutsche Reichsregierung nicht besteht, so würde die Sowjetregierung wohl genau so gegen die deutsche Reichsregierung vorgehen, wie diese anlässlich der hahnenbüchernen Hausfuchung bei der russischen Handelsmission vorgegangen ist; sie würde den Vertreter des deutschen Reichs, den Grafen Brockdorff-Rantzau, hochkantig zur Tür hinauswerfen, weil das eine Einmischung in die innerrussischen Verhältnisse ist, die sich das deutsche Reich auf Grund seiner wackeligen Grundlage nicht mehr erlauben kann. (Zuruf des Abg. Gerlach: Was sind Sie für ein Formalist!) Aber, wenn Sie darauf bestehen, so sind wir gerne bereit, unsere Bedenken zurückzustellen und gegen die Abstimmung darüber keinen Einspruch zu erheben. (Zuruf des Abg. Gerlach: Sie sollen dafür stimmen!) Wir stimmen nicht dafür. (Heiterkeit. Zuruf des Abg. Orlopp: Das ist konsequent!) Wir stimmen auch aus grundsätzlichen Erwägungen nicht dafür. Diese grundsätzlichen Erwägungen beziehen sich darauf, daß Ihre Freunde in Rußland in Verbindung mit ausländischen Regierungen versucht haben, die russische Arbeiterregierung zu stürzen. Es ist durch eine ganze Reihe von Gerichtsverfahren festgestellt, daß Ihre politischen Freunde in Rußland Gelder aus den Kassen der französischen und der englischen Industrie und auch Regierungsgelder bekommen haben, um den Kampf gegen die russische Sowjetregierung aufzunehmen. Ich brauche nur auf die Verhandlungen zwischen der Regierung Mac Donald und der russischen Regierung hinzuweisen und daran zu erinnern, was Rußland für Erschütterungen an England und Frankreich stellt für den Schaden, der durch die innerpolitischen Einmischungen anderer Staaten in seine Verhältnisse angerichtet worden ist. Genau so, wie Herr Steinbüchel und seine Freunde sich hier in Deutschland zur Vertretung der Interessen der bürgerlichen Klasse hergeben, haben sich auch Ihre Freunde in Rußland

zur Vertretung der Interessen der französischen Rentner und der englischen Industriellen hergegeben, die in Rußland durch die Sozialisierung ihr Kapital verloren haben. Aber, wenn Sie auf Ihrem Antrage bestehen, müssen wir dem folgenden Antrag gegenüberstellen: „Der Provinziallandtag fordert die Regierung Mac Donald auf, die in den englischen Kolonien — in Ägypten und Indien — seit Jahren internierten und eingesperrten Revolutionäre, die für die nationale Unabhängigkeit gekämpft haben, aber durch die famose englische Arbeiterregierung noch immer in den Zuchthäusern und Gefängnissen Indiens und Ägyptens festgehalten werden, auf freien Fuß zu setzen.“

Sie wissen, daß eine Reihe von Kommunisten kürzlich noch in den großen Prozessen in Kalkutta zu langjährigen Zuchthausstrafen verurteilt worden sind. Wir müssen also an die englische Regierung dann ebenfalls vom Provinziallandtag aus das Ersuchen richten, die ganzen indischen und ägyptischen Freiheitskämpfer auf freien Fuß zu setzen, denn England hat in Indien nichts zu suchen, während die russische Regierung in Rußland etwas zu suchen hat, weil sie eine Regierung des russischen Volkes ist. (Sehr richtig! bei den Kommunisten.)

Zu dem Antrage selbst möchte ich sagen: Unserer Auffassung nach kann er geschäftsordnungsmäßig gar nicht zur Abstimmung gestellt werden. In dem Falle, wo das geschieht, stellen wir den Antrag, daß dann ebenfalls an die Regierung Mac Donald und auch an die Regierung Herriot in Frankreich — denn auch Frankreich hat noch gewisse Kolonien, wo eine ganze Reihe von Freiheitskämpfern wegen politischer Vergehen gefangen gehalten werden — die gleiche Aufforderung gerichtet wird. Aber ich sage Ihnen das eine: Die deutsche Regierung wird sich hüten, dieserhalb bei Frankreich vorstellig zu werden und ihm Vorschriften zu machen. Die französische Regierung würde dem deutschen Botschafter wahrscheinlich die verdiente Antwort geben und ihn aus dem Elisee hinauswerfen.

Es kann nur in Frage kommen, daß wir über den von uns gestellten Antrag abstimmen. Dann werden die Sozialdemokraten zeigen können, ob sie den Mut haben, dagegen zu stimmen. (Zuruf des Abg. Gerlach: Erst müssen Sie den Mut zeigen!) Stellen Sie doch in Rußland durch Ihre dortigen Freunde den Antrag, wenn Sie da überhaupt noch Leute hinter sich haben; es hindert Sie kein Mensch daran. Wir können Ihren Antrag nur auffassen als den Versuch, zu verhindern, daß die anwesenden Abgeordneten unserem Antrage zustimmen, damit Sie nachher sagen können: Wir sind überstimmt. Ihre Partei in Deutschland ist es gewesen, die die meisten Polizeipräsidenten von der Sorte eines Zörgiebel in Köln,

eines Richter in Berlin und eines Runge in Köln bzw. Halle gestellt hat. In Preußen, in Thüringen, in Süddeutschland sind Sie es gewesen, die die Masse der Arbeiter hinter Schloß und Riegel gebracht haben. Deshalb richtet sich der Antrag auch gegen Ihre Politik. Deshalb versuchen Sie mit Ihrem Tendenzantrage eine Abstimmung über unseren Antrag unmöglich zu machen. (Zuruf des Abg. Hoff: Was Du jetzt die Geschäftsordnung auf einmal gut kennst!) Die habe ich immer gut gekannt, Herr Hoff.

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Orlopp.

Abgeordneter Orlopp: In aller Öffentlichkeit ist auszusprechen, daß es eigentlich bedauerlich ist, daß die Vertreter der Arbeiterschaft in diesem Hause sich in derartigen Tönen auseinandersetzen müssen. (Sehr richtig! links.) Wir werden trotz der starken Bedenken, die wir gegen den kommunistischen Antrag haben, für den Antrag stimmen. (Zuruf des Abg. Haas: Das hat unser erster Redner schon gesagt!) Weil wir keine Gelder von der Abteilung Ia bekommen, deshalb sind wir unabhängig, und wir glauben, daß auch die Kommunisten unabhängig von Sowjet-Rußland sind und deswegen dasselbe, was sie für ihre Genossen in Deutschland verlangen, nunmehr konsequenterweise auch für die Gefangenen in Rußland fordern, wenn sie eben unabhängig sind. (Zuruf des Abg. Haas: Sie sind aber nicht unabhängig!) Daran ist allerdings zu zweifeln, denn wir wissen sehr wohl, daß die kommunistische Partei Deutschlands nichts anderes ist, als eine Filiale des Auswärtigen Amtes von Sowjet-Rußland.

Herr Kollege Knab ging auf die Regierungen Frankreichs und Englands ein. Hierzu ist kurz zu sagen: Beide Regierungen sind keine sozialistischen Regierungen (Hört, hört! bei den Kommunisten), sondern beide Regierungen sind bürgerliche Regierungen (Zuruf des Abg. Falk: Das kann man nicht sagen!), die allerdings nur durch die Unterstützung der Sozialdemokratie regieren können und ohne sie nicht leistungsfähig wären. Aber es handelt sich doch darum: Sollen wir als Arbeiter den Standpunkt vertreten, daß wir den Nationalismus in England wie in Frankreich stützen? Und das tun wir im gleichen Augenblick, wo wir der Regierung Mac Donald und Herriot nicht unsere volle Unterstützung geben. Wenn dann gefordert wird, daß wir von diesen Regierungen die Freilassung der politischen Gefangenen ihrer Länder verlangen sollen, so ist darauf zu antworten, daß die Freilassung bereits erfolgt ist. Ich erinnere daran, daß die englische Regierung den Führer der indischen Arbeiterschaft, den Genossen Gandhi, freigelassen hat und daß auch Herriot, nachdem seine Unterstützung durch die Sozialdemokratie vorlag, erklärt hat, daß die politischen Gefangenen Frankreichs freigelassen werden sollen.

Also, eine Amnestie der Gefangenen Frankreichs ist angekündigt. Sie wäre selbstverständlich nicht möglich, wenn die Sozialdemokratie sich passiv oder ablehnend verhalten und damit dem Kabinett Poincaré den Weg zur weiteren Gewaltherrschaft geöffnet hätte. Ich wundere mich übrigens darüber, daß Kollege Knab immer und immer wieder behauptet, die größte Unfreiheit herrsche bei uns, und darüber ganz das vergißt, was in der Zentrale seiner Partei, in Rußland, möglich ist. Ich bin fest davon überzeugt, wäre der Genosse Knab in Rußland und hielte er dort solche Reden, wie er sie hier im Provinziallandtag hält, so würde er bestimmt genau so wie unsere Genossen hinter Festungsmauern enden. (Sehr richtig!) Das steht ohne weiteres fest. Unterstützen Sie unseren Antrag, der dahin geht, daß wir genau dieselben Rechte, die Freiheit der Presse, die Freiheit des Wortes usw. nicht allein in Deutschland, sondern auch in Sowjet-Rußland verlangen, wenn Sie den Mut dazu haben. (Zuruf eines Kommunisten: Und die Freiheit der Presse in Deutschland?)

Es wird hier so viel von dem Interesse des Proletariats geredet. Wenn ich Ihren Antrag lese, der vorschreibt, daß alle politischen Gefangenen freizugehen sind, dann wundere ich mich eigentlich über Ihr Zutrauen zu dieser bürgerlichen Regierung. Praktisch wird ja die Sache so auslaufen, daß man nicht etwa die Genossen, die Sie befreien wollen, befreit, sondern diejenigen befreit, die der Hitler-Gruppe anhängen. (Zuruf der Abg. Frau Appel: Die sind doch schon frei!) Wenn Sie konsequent sein wollten, was von Ihnen verlangt wird, dann hätten Sie zum mindesten die Freilassung der proletarischen Gefangenen fordern müssen. (Zuruf eines Kommunisten: Die fordern wir doch!) Nein, Sie fordern hier die Freilassung aller politischen Gefangenen, also auch derjenigen, die die Staatsform, die uns erst die Möglichkeit gibt, im öffentlichen Leben aufzutreten, praktisch untergraben wollen. Der Erfolg wird der sein, daß nach wie vor die proletarischen Kämpfer im Zuchthaus und im Gefängnis bleiben und die Gruppen um Hitler freigelassen werden. (Zuruf des Abg. Knab: Die sind doch schon alle frei!) Genosse Knab, ich weiß nicht, ob es vielleicht Seelenverwandtschaft mit dieser deutschnationalen Gruppe ist, daß Sie hergehen und ausgerechnet alle politischen Gefangenen in Ihren Antrag aufnehmen.

Der erste kommunistische Redner hat noch behauptet, daß die Beurteilung durch die französische Befahungsbehörde für manchen Herrn einen gewissen Erholungsurlaub bedeutet hätte. Ich habe auch den einen oder anderen von denen gesprochen, die das Unglück hatten, in diese Gefangenschaft zu geraten, und ich möchte doch dazu folgendes sagen: Mein lieber Kollege Knab, es waren nicht etwa nur

Menschewisten, sondern auch kommunistische Betriebsräte, die zu der Hohen Interalliierten Kommission gegangen sind und darum gebeten haben, daß man ihre Herren Direktoren usw. aus diesem Erholungsurlaub befreien solle. (Sehr gut! rechts.) Wenn Sie dafür Beweise haben wollen, so können sie Ihnen zu jeder Zeit gegeben werden.

Im ganzen können wir wohl dem Antrage der Kommunistischen Partei zustimmen. Wir verlangen von der Kommunistischen Partei aber, daß sie konsequent ist und auch unserem Antrage zustimmt und dadurch auch unseren Genossen in Sowjet-Rußland die Freiheit wieder gibt, und selbst dann, wenn Sie so inkonsequent sind, daß Sie Proletarier, die ihr Leben lang im Sinne des Proletariats gearbeitet haben, nach wie vor in Rußland hinter Kerkermauern sitzen lassen wollen, werden wir doch für Ihren Antrag stimmen, um den deutschen proletarischen Gefangenen die Freiheit wiederzugeben. (Zuruf des Abg. Knab: Die Gefangenen in Rußland sind Verbrecher!)

Vorsitzender Dr. Jarres: Herr Abgeordneter Knab! Wollen Sie noch das Wort? (Zuruf des Abg. Jaff: Reizen Sie ihn doch um Gottes willen nicht!)

Abgeordneter Knab: Ich verzichte.

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort wird weiter nicht gewünscht. Es sind zwei Abänderungsanträge eingegangen, der verlesene Antrag der Sozialdemokratischen Fraktion und der Antrag Knab: „Die Reichsregierung wolle an die englische Arbeiterregierung die Forderung stellen, alle politischen Gefangenen in England und in den englischen Kolonien auf freien Fuß zu setzen.“

Herr Abgeordneter Maus hat beantragt, die Abstimmung zu Absatz 1 und 2 zu trennen.

Nach § 35 der Geschäftsordnung kann jeder Abgeordnete die Teilung der Frage beantragen. Wenn über die Zulässigkeit der Teilung Zweifel entstehen, entscheidet bei Ur- und bei Abänderungsanträgen der Antragsteller, sonst der Provinziallandtag.

Ich habe also zunächst die Kommunistische Partei zu fragen, ob sie Widerspruch gegen die Teilung erhebt.

Abgeordneter Knab: Wir verlangen Gesamt- abstimmung über den Antrag, den wir eingereicht haben.

Vorsitzender Dr. Jarres: Dann habe ich die Antragsteller wegen der Abänderungsanträge zu fragen, ob sie eine getrennte Abstimmung wünschen.

Abgeordneter Haas: Ich bin der Meinung, daß nach der Geschäftsordnung derartige Abänderungsanträge zuerst zur Abstimmung kommen müssen. Aus diesem Grunde beantragen wir, getrennt abzustimmen und die Abstimmung über unseren Antrag

zuerst vorzunehmen.

Vorsitzender Dr. Jarres: Ich fasse die Anträge als Ergänzungsanträge auf, die aber organisch mit den anderen Absätzen so zusammenhängen, daß sie auch eine Abänderung des Urantrages bedeuten.

Zur Geschäftsordnung Herr Abgeordneter Dr. Adenauer.

Abgeordneter Dr. Adenauer: Meine Damen und Herren! Es ist mir nicht ganz klar, ob die Auslegung des Herrn Präsidenten richtig ist, daß zunächst der Antragsteller, also hier die Fraktion der Kommunistischen Partei, der getrennten Abstimmung zustimmen muß. Die beiden Absätze haben innerlich gar nichts miteinander zu tun. (Sehr richtig! rechts.) Es wäre ja sonst auf diese Weise möglich, daß ein Antragsteller die verschiedenartigsten Anträge einfach untereinander schriebe und dann verlangte: Jetzt muß über diese sämtlichen Anträge zusammen abgestimmt werden. Der Sinn dieser Bestimmung der Geschäftsordnung ist doch der, daß ein innerlich zusammengehörender Antrag nicht dadurch, daß er auseinander gerissen wird, einen anderen Sinn bekommt. Aber hier handelt es sich doch um zwei ganz verschiedene Punkte. Ich bin der Auffassung, daß diese Bestimmung der Geschäftsordnung nicht zutrifft und daß getrennt abgestimmt werden muß.

Vorsitzender Dr. Jarres: Ich kann diese Auffassung nicht teilen. Der Antrag ist als einheitlicher Antrag gestellt worden, und zweifellos hängt er auch nach seiner ganzen Richtung in Absatz 1 und 2 zusammen. (Zuruf des Abg. Dr. Adenauer: Inwiefern denn?) Ich muß also, wenn der Antragsteller als Urantragsteller der Trennung widerspricht, das seiner Entscheidung überlassen. Dazu kommen aber die Abänderungsanträge, und da haben wieder die Antragsteller das Recht, eine Teilung zu verlangen.

Zur Geschäftsordnung Herr Abgeordneter Knab.

Abgeordneter Knab: Meine Herren! Es kann gar nicht in Zweifel gezogen werden, daß dieser Antrag als ein Gesamtantrag aufgefaßt werden muß. Es handelt sich um die Freilassung von politischen Gefangenen, die die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen. Auf der einen Seite richtet sich der Antrag an die Reichsregierung, diejenigen politischen Gefangenen freizulassen, über die sie die Macht, d. h. die Rechtshoheit besitzt. Auf der anderen Seite betrifft der Antrag diejenigen Gefangenen, die deutscher Staatsangehörigkeit sind, über die aber nach dem Versailler Vertrag und auf Grund der Rechtsverhältnisse, die durch den verlorenen Ruhrkrieg geschaffen worden sind, die Interalliierte Rheinlandkommission die Justizhoheit besitzt. Es handelt sich also um politische Vergehen, die innerhalb der deutschen Reichsgrenzen von deutschen Reichsangehörigen

begangen worden sind. Nun gibt es heute durch die außenpolitischen Verhältnisse eben zwei Stellen, an die man sich zu wenden hat, die Reichsregierung und die Interalliierte Rheinlandkommission. Es ist also im Grunde genommen ein Antrag, der an zwei Stellen gerichtet werden muß, weil uns die Verhältnisse in der Tat dazu zwingen, den Antrag nach zwei Richtungen zu stellen. Wir müssen deshalb verlangen, daß über unseren Antrag insgesamt abgestimmt wird.

Zweitens sind wir der Auffassung: Der Antrag der Sozialdemokratie hat innerlich mit unserem Antrage nichts zu tun, weil da ganz andere Rechtsverhältnisse vorliegen. Dieser Antrag kann auch nach der Geschäftsordnung, weil er nicht auf der Tagesordnung gestanden hat, nur noch als eine Entschliebung zu dem zur Beratung stehenden Tagesordnungspunkte betrachtet werden. Es heißt im § 12: „Abänderungsanträge und Anträge auf Annahme einer Entschliebung im Anschluß an die Verhandlung über einen bestimmten Gegenstand können bis zum Schluß der Verhandlung über die Besprechung des Gegenstandes gestellt werden, auf den sie sich beziehen.“

Man könnte überhaupt in Zweifel ziehen, ob der Antrag der Sozialdemokratie, der sich auf ein ganz anderes Land und ganz andere Rechtsverhältnisse bezieht, überhaupt in einen Zusammenhang mit unserem Antrage zu bringen ist, denn er ist ja nur künstlich parteipolitisch von der S. P. D. konstruiert worden.

Wir erheben also gegen die Erledigung des Antrages der Sozialdemokratie Einspruch. Es muß festgestellt werden, ob wir überhaupt auf einen solchen Antrag zu reagieren haben oder ob wir nicht vielmehr über ihn zur Tagesordnung übergehen müssen.

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Haas.

Abgeordneter Haas: Ich möchte Herrn Abgeordneten Knab doch sagen: Darüber, daß unser Antrag hier zur Abstimmung gebracht werden muß, gibt es gar keinen Zweifel für den, der den § 12 richtig liest. Ich hätte schon dem Herrn Knab als Lehrer zugetraut, daß er ihn richtig verstanden hätte. Es heißt dort: „Abänderungsanträge und Anträge auf Annahme einer Entschliebung im Anschluß an die Verhandlung über einen bestimmten Gegenstand können bis zum Schluß der Verhandlung über die Besprechung des Gegenstandes gestellt werden, auf den sie sich beziehen.“ Das eine steht doch wohl fest: Abänderungsanträge und Anträge. (Zuruf des Abg. Knab: Sie verstehen ja die eigene Geschäftsordnung nicht!) Also, die Dinge liegen doch so, daß wir bis zum Schluß der Beratung des Gegenstandes das Recht haben, Anträge zu stellen.

Nun sagt der § 35: „Jeder Abgeordnete kann die Teilung der Frage beantragen. Wenn über die Zulässigkeit der Teilung Zweifel bestehen, entscheidet bei Ur- und bei Abänderungsanträgen der Antragsteller, sonst der Provinziallandtag.“ Der Präsident hatte meiner Ueberzeugung nach gar nicht notwendig, den Antragsteller Knab zu befragen, denn es konnte über die Zulässigkeit der Teilung gar kein Zweifel bestehen. Es sind vollkommen verschiedene Materien, die Sie in Ihrem Antrage behandeln. Wenn das Präsidium erklärt hätte, es besteht kein Zweifel darüber, daß die geteilte Abstimmung möglich ist, dann war ein Einspruch seitens der Abgeordneten gar nicht mehr möglich. Nun ist das aber geschehen. Weil es hier heißt: „entscheidet bei Ur- und bei Abänderungsanträgen der Antragsteller,“ deshalb verlange ich nunmehr als Antragsteller eines Abänderungsantrages ebenfalls die getrennte Abstimmung.

Ich sehe auch an und für sich nicht ein, Herr Knab, warum man überhaupt eine Geschäftsordnungsdebatte darüber führen soll. (Zuruf des Abg. Bamberger: Sehr richtig!), denn es können doch eine Anzahl Abgeordnete einerseits für die Amnestie, für die Freiheit der Gefangenen des Rheinlandes sein, die auf der anderen Seite nicht für eine allgemeine politische Amnestie in Deutschland sind. Wenn Sie also überhaupt im geringsten praktische Politik treiben wollen, kann ich nicht verstehen, warum Sie sich gegen die getrennte Abstimmung wehren. (Zuruf des Abg. Bamberger: Sehr richtig!)

Es kommt noch etwas anderes hinzu. Kollege Steinbüchel hat ja schon erklärt: Auch wenn Sie gegen unseren Antrag stimmen würden, würden wir trotzdem für den Amnestieantrag, den Sie gestellt haben, stimmen, weil wir grundsätzlich auf dem Boden stehen, daß eine Amnestie der politischen Gefangenen eintreten muß. Wie weit und in welchen Fällen, das zu untersuchen, ist Aufgabe des Reichstages. Wir sträuben uns also gar nicht gegen Ihren Antrag, wenn Sie wirklich den Mut aufbringen sollten, unseren Antrag abzulehnen. Wir nehmen auch Ihren später eingereichten Antrag bezügl. Englands und Indiens an. Aus allen diesen Gründen verstehe ich überhaupt nicht, daß Sie sich so dagegen wehren.

Vorsitzender Dr. Jarres: Der Herr Abgeordnete Haas hat nicht recht, wenn er meint, ich hätte diese Frage nicht zu stellen brauchen. Ich mußte sie stellen, weil hier Zweifel über die Zulässigkeit der Trennung erhoben waren, und zwar von kommunistischer Seite. (Zuruf des Abg. Haas: Da konnte

das Präsidium entscheiden!) Ich mußte also die Meinung feststellen.

Die Sache liegt nach meiner Auffassung so: Die beiden Anträge sind nach dem Willen der Kommunistischen Partei organisch verbunden. Diese Partei hat den Wunsch, darüber nicht getrennt abstimmen zu lassen. Diesem Wunsche wäre zu folgen, wenn kein Abänderungsantrag gekommen wäre. Der Abänderungsantrag der Sozialdemokratischen Fraktion liegt vor, und darüber, ob nun hier getrennt abgestimmt werden soll, hat der Abänderungsantragsteller, Herr Abgeordneter Haas, zu bestimmen. Er hat den Antrag auf getrennte Abstimmung gestellt. Diesem Antrage ist nach § 35 der Geschäftsordnung zu entsprechen.

Zur Geschäftsordnung Herr Abgeordneter Knab.

Abgeordneter Knab: Meine Damen und Herren! Es ist mir begreiflich, daß Sie dazu schweigen. Aber die Stellungnahme, die bisher die Sozialdemokratie dazu einnimmt, und die jetzt auch der Herr Präsident einnimmt, ist mir unbegreiflich. Er hat zuletzt gesagt, jetzt sei ein Abänderungsantrag zu unserem Antrage gekommen. Erstens, wir bestreiten durchaus, daß das ein Abänderungsantrag zu unserem Antrage ist, denn ein Abänderungsantrag kann sich nur mit derselben Materie befassen, und die Materie unseres Antrages ist die Freilassung politischer Gefangener deutscher Staatsangehörigkeit. Deshalb kann keine Frage darüber sein, daß der sozialdemokratische Antrag kein Abänderungsantrag zu unserem Antrage ist. Ein Abänderungsantrag kann sich, wie gesagt, nur auf dieselbe Materie beziehen. Wir würden dagegen Einspruch erheben, wenn er als ein Abänderungsantrag aufgefaßt werden sollte.

Zweitens heißt es im § 35 der Geschäftsordnung: „Wenn über die Zulässigkeit der Teilung Zweifel bestehen, entscheidet bei Ur- und Abänderungsanträgen der Antragsteller.“ Bei einem Abänderungsantrag entscheidet der Antragsteller nicht über die Teilung des Urantrages, sondern höchstens über eine Teilung des in seinem Abänderungsantrage enthaltenen Stoffes. Aber für den Urantrag kann der Abänderungsantragsteller eine Teilung nicht beantragen.

Drittens ist überhaupt noch die Frage offen, ob das ein Abänderungsantrag ist. Wir sagen: Die Sozialdemokratie hat nicht die Möglichkeit, die Materie des Antrages, den sie gestellt hat, gegen unseren Widerspruch zur Abstimmung zu bringen. Aber es steht ihr ja frei, auf Grund des § 12 der Geschäftsordnung einen Antrag auf Annahme einer Entschließung zu stellen, die diesen Inhalt hat. Sie können diesen Antrag als eine Entschließung hier bringen, aber nicht als einen neuen Antrag. Gegen dessen Behandlung würden wir Widerspruch erheben aus den formellen wie aus den grundsätzlichen Er-

wägungen, die ich vorhin angeführt habe. Wir würden nicht dafür stimmen können, weil das Leute sind, die sich tatsächlich an der russischen Arbeiterklasse vergangen haben.

Es muß also erstens die Frage entschieden werden: Ist es ein Abänderungsantrag oder nicht? (Zuruf des Abg. Haas: Es wird jetzt entschieden!)

Zweitens entscheidet nicht der Abänderungsantragsteller über die Trennung des Urantrages, sondern der Antragsteller des Urantrages. Es ist nicht eine Teilung des Abänderungsantrages beantragt, sondern es ist vom Zentrum Teilung des gestellten Urantrages in zwei Teile beantragt worden. Da bestreiten wir, daß die Auffassung des Herrn Haas richtig ist. (Zuruf: Darüber kann das Haus entscheiden!) Das entscheidet das Haus nicht.

Vorsitzender Dr. Jarres: Zur Geschäftsordnung hat das Wort Herr Abgeordneter Gerlach.

Abgeordneter Gerlach: Meine Damen und Herren! Um eine endlose Geschäftsordnungsdebatte zu vermeiden, beantrage ich gemäß § 50 der Geschäftsordnung, das Haus zu befragen.

Vorsitzender Dr. Jarres: Das würde nicht Ihrer, sondern meiner Entscheidung unterliegen, denn in § 50 heißt es: „Zweifel über die Auslegung der Geschäftsordnung entscheidet der Vorsitzende, er kann aber auch eine Entscheidung des Provinziallandtags herbeiführen.“ (Zuruf des Abg. Gerlach: Die wünsche ich ja gerade. Das ist ein Wunsch an das Präsidium!) Ich tue es, obwohl ich der Ueberzeugung bin, daß folgende Auffassung richtig ist: Die beiden Anträge der Kommunistischen Fraktion hängen zusammen. Die Kommunisten wollen sie nicht getrennt behandelt sehen. Infolgedessen könnte an sich nicht getrennt darüber abgestimmt werden. Ich fasse sowohl den Antrag Haas als auch den Antrag Knab, der nachträglich gestellt ist, als einen Ergänzungsantrag auf, der die Bedeutung einer Abänderung des ursprünglichen Antrages hat, denn ebenso, wie Sie behaupten, daß Absatz 1 und 2 Ihres eigenen Antrages organisch zusammenhängen, so hängen auch organisch zusammen Ihr Antrag sowohl als auch der Abänderungsantrag Haas und der Antrag Knab. Ich bitte aber das Haus, mir darüber nach § 50 seine Ansicht mitzuteilen, ob es diese Auffassung teilt.

Zur Geschäftsordnung Herr Abgeordneter Dr. Aenauer.

Abgeordneter Dr. Aenauer: Ich bitte, die Fragestellung doch einfach so an das Haus zu richten, ob das Haus nach allem Vorangegangenen der Auffassung ist, daß über jeden einzelnen Absatz des kommunistischen Antrages und den Zusatz- und Abänderungsantrag gesondert abgestimmt wird.

Vorsitzender Dr. Jarres: Das würde ich nicht können. Ich würde nur fragen können: Sehen Sie

in diesem Antrage einen Abänderungsantrag oder nicht?

Herr Abgeordneter Knab.

Abgeordneter Knab: Eine Frage. Wir haben unseren Antrag auch als eine Entschliebung bezeichnet. Das ist ein ganz neues Moment.

Vorsitzender Dr. Jarres: Nein, Herr Knab, Sie haben hier geschrieben: „Antrag bezw. Entschliebung“, und zwar die unterstrichen.

Abgeordneter Knab: Wir haben „Antrag“ geschrieben für den Fall, daß Sie erklären würden: Der Antrag der S. P. D. ist ein Antrag, und dann würde die Frage auftauchen, ob überhaupt die Stellung von Anträgen noch zulässig ist. Deshalb haben wir auch geschrieben: „Entschliebung“. Wir ziehen die Form „Antrag“ zurück und bringen jetzt die Form einer Entschliebung.

Vorsitzender Dr. Jarres: Also der Antrag der Kommunistischen Partei ist zurückgezogen. Es bleibt nur noch der Antrag Haas übrig. Ich frage das Haus, ob es die Auffassung des Herrn Abgeordneten Haas teilt, daß es sich hier um einen Abänderungsantrag handelt. — Das ist die Mehrheit des Hauses. Dann lasse ich, weil Herr Haas beantragt hat, getrennt abzustimmen, über den ersten Absatz des kommunistischen Antrages mit dem Zusatz des Antrages Haas abstimmen.

Herr Abgeordneter Haas zur Geschäftsordnung.

Abgeordneter Haas: Das Haus hat beschlossen, daß es ein Abänderungsantrag wäre. Daran ist also nicht mehr zu rütteln. Das ist jetzt rechtens. Nun bin ich der Meinung, daß es parlamentarische Gepflogenheit ist, daß man Abänderungsanträge zuerst zur Abstimmung bringt. (Abg. Knab: Sehr richtig!) Das ist überall im Parlament so. Also, Herr Vorsitzender, Sie müssen schon über unseren Antrag zuerst abstimmen lassen.

Vorsitzender Dr. Jarres: Sie wollen doch dem ersten Satz den zweiten zufügen.

Abgeordneter Haas: Wir haben beschlossen, daß es ein Abänderungsantrag ist, und über Abänderungsanträge muß zuerst abgestimmt werden. Erst dann können wir über den ersten Teil des kommunistischen Antrages abstimmen lassen.

Vorsitzender Dr. Jarres: Herr Abgeordneter Knab.

Abgeordneter Knab: Sie haben eben beschlossen, das sei ein Abänderungsantrag. Dann müssen Sie auch nach der Geschäftsordnung darüber zuerst abstimmen. Aber inhaltlich ändert dieser Antrag nichts ab, sondern er hat eine ganz andere Materie. Deshalb sitzen Sie jetzt in der Zwickmühle. Es ist kein Abänderungsantrag. Wir sind damit einverstanden: Sie stimmen darüber zuerst ab und dann über den Urantrag, den wir gestellt haben, anders geht es nicht.

Vorsitzender Dr. Jarres: Ich lasse, weil der Antragsteller das Recht hat, auch hier die getrennte Abstimmung zu beantragen, über seinen Zusatz abstimmen: „Ferner wird die Reichsregierung ersucht, sich unerbittlich mit der Sowjetregierung wegen Amnestie aller politischen Verbannten, Eingesperrten und Verurteilten, in Verbindung zu setzen.“ Ich bitte diejenigen, die dafür sind, sich zu erheben. — Das ist die Minderheit. (Abg. Gerlach: Ich bitte um die Gegenprobe. Es könnten ja Stimmenthaltungen vorliegen! Heiterkeit.) Die Gegenprobe wird gewünscht. Ich bitte diejenigen, die dagegen sind, sich zu erheben. (Zuruf: Dagegen kann doch keiner sein!) Das erstere war die Mehrheit. (Abg. Knab: Wir bezweifeln, daß das die Mehrheit gewesen ist. Es hat überhaupt nur eine Minderheit der Abgeordneten abgestimmt.)

Herr Abgeordneter Knab, Sie haben diesmal nicht das Wort.

Das Bureau ist sich einig darüber, daß die Mehrheit die Annahme des Antrages beschlossen hat.

Wir kommen dann zu Absatz 1 des kommunistischen Antrages. Ich bitte diejenigen, die dafür sind, sich zu erheben. — Das ist die Minderheit. (Zuruf: Gegenprobe!) Auch hier wird die Gegenprobe gewünscht. Ich bitte diejenigen, die dagegen sind, sich zu erheben. (Pfeif-Rufe bei den Kommunisten.) Das Letztere war die Mehrheit. Der Antrag ist abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über den Absatz 2 des kommunistischen Antrages. Ich bitte diejenigen, die dafür sind, sich zu erheben. — Das ist, glaube ich, einstimmig. (Zuruf Knab: Mit einer Stimmenthaltung! Weiterer Zuruf: Gegenprobe!) Es ist die Gegenprobe beantragt. Wer ist gegen den Antrag? — Ich stelle fest, daß der Antrag einstimmig angenommen worden ist.

Es kommt nunmehr die Entschliebung: „Die Reichsregierung wolle an die englische Arbeiterregierung die Forderung stellen, alle politischen Gefangenen in England und in den englischen Kolonien auf freien Fuß zu setzen.“

(Zuruf: Die ist doch zurückgezogen!) Als Antrag zurückgezogen, aber als Entschliebung des Provinziallandtags beantragt. Ich bitte diejenigen, die dafür sind, sich zu erheben. — Das ist die Minderheit. (Zuruf: Bitte Gegenprobe!) Auch hier wird die Gegenprobe beantragt. Ich bitte diejenigen, die gegen den Antrag sind, sich zu erheben. — Das ist die Mehrheit. (Unruhe.) Herr Abgeordneter Knab, ich bitte, doch die Ruhe des Hauses nicht fortwährend zu stören.

Abgeordneter Knab: Dann rufen Sie die (nach rechts deutend) doch auch zur Ordnung, die rufen mich ja an. Sie haben nur ein Ohr nach links.

Vorsitzender Dr. Jarres: Ich habe ein Ohr nach der Seite, woher das Geräusch kommt. (Heiterkeit.)

Abgeordneter Knab: Dann scheint Ihr rechtes Ohr taub zu sein.

Vorsitzender Dr. Jarres: Ich bitte, sich über meine Ohren nicht zu unterhalten. (Heiterkeit.)

Die Entschließung des Herrn Abgeordneten Knab ist nicht angenommen.

Damit haben wir diese hochpolitischen Fragen internationaler Art erledigt. (Heiterkeit.) (Zuruf des Abg. Knab: Die hochpolitische Schiebung!)

Wir kommen zu Punkt 29. Hier liegt eine Entschließung der Kommunistischen Fraktion vor.

Das Wort hat Herr Abgeordneter Lüchem.

Abgeordneter Lüchem: Werte Damen und Herren! Bei den Etatsreden sind die einzelnen Etatsredner schon auf die Wirtschaftslage im Rhein- und Ruhrgebiet eingegangen. Es wurde vor allen Dingen von den bürgerlichen Etatsrednern gewünscht, daß man so schnell wie möglich von Reichswegen dafür sorgen möge, daß die besonderen Lasten, die das Rheinland und das Ruhrgebiet haben auf sich nehmen müssen, auf das übrige Reich verteilt werden. Im allgemeinen stellt man sich hier auf den Standpunkt (Unruhe. Glöde des Vorsitzenden.), daß vor allen Dingen die Rheinlande durch die Folgen des Krieges in Verbindung mit dem Versailler Friedensvertrag in wirtschaftlicher Hinsicht am schwersten geschädigt seien. Das trifft nur bedingt zu, denn fest steht, daß das gesamte Proletariat des Deutschen Reiches durch die Folgen innerer, immer wiederkehrender Wirtschaftskrisen auf der ganzen Linie getroffen worden ist, und zwar in derselben harten Weise. Nur der eine Unterschied besteht für das Proletariat, daß im unbefestigten Deutschland das Proletariat nicht zum aktiven Kampf von der Regierung aufgerufen worden ist — ich verweise nur auf den passiven Widerstand —, wie das hier bei uns im besetzten Gebiet der Fall war. Aber sonst wird das Proletariat in seiner Gesamtheit gleichmäßig getroffen.

Was nun die Schädigung anbelangt, so sind sie sehr zweifelhafter Natur. Wir haben schon wiederholt darauf hingewiesen, daß auch bei der Ruhraktion vor allen Dingen die Schwerverdiener es verstanden haben, ihr Schäfchen ins Trockene zu bringen. Ich verweise bloß auf die Staatsredite, die man denen in größeren Mengen zugewiesen hat, womit sie dann Devisen aufkauften und nachher die Kredite, die sie bekommen hatten, mit entwertetem Papiergeld zurückzahlten. Auch dies haben wir stets betont. Wir stehen also nicht auf dem Standpunkt, daß die Schwerverdiener durch diese Krisis geschädigt worden sind, sondern daß das Proletariat und auch die kleinen Mittelständler, soweit sie nicht zu den Schwerver-

dienern gerechnet werden können, fast die ganzen Lasten zu tragen gehabt haben.

Nun erblicken die bürgerlichen Parteien in Verbindung mit der Sozialdemokratischen Partei die Lösung darin, daß so schnell wie möglich das Sachverständigen-Gutachten unter Dach und Fach gebracht werden soll, damit die Lasten nicht mehr vorwiegend auf dem Ruhrbezirk liegen, sondern auf die Wirtschaft des gesamten Deutschen Reiches übertragen werden sollen. Sie versprechen sich davon, daß zunächst die Staatshoheit Deutschlands gewahrt wird, daß keine Erschwernisse wirtschaftlicher Natur mehr ihrer Entwicklung im Wege stehen, und daß auf Grund dessen wieder ein wirtschaftlicher Aufstieg möglich sein wird. Unsere Auffassung ist eine schnurstracks entgegengesetzte. Wir sind der Auffassung — und wer sich das Sachverständigengutachten objektiv ansieht, muß zu derselben Ueberzeugung kommen —, daß der ganze Aufbau des Sachverständigengutachtens dergestalt ist, daß unsere deutsche Wirtschaft, unser Deutsches Reich direkt zu einer Regervereublik herabsinkt. Es kann nicht meine Aufgabe sein, hier im vollen Umfange nun das Sachverständigengutachten darzulegen. Aber auf die wesentliche Grundlage dieses Sachverständigengutachtens muß ich in ein paar Zügen eingehen. Die Bedingungen finanzieller Natur, die das Sachverständigengutachten in sich birgt, sind derart, daß Deutschlands Wirtschaft, wenn es diese Bedingungen erfüllen soll, derart gehoben werden müßte, daß die Produktionssteigerung mindestens das Dreifache von dem würde, was sie heute ist. Diese Produktionssteigerung an und für sich ist, ökonomisch genommen, im Weltmaßstab betrachtet, unmöglich. Die meisten Politiker, die sich an diese Frage heranbegeben, behandeln sie rein oberflächlich. Sie erkennen nicht oder sie wollen nicht erkennen, und doch müßten sie heute erkannt haben. Trotzdem wir schon fünf Jahre am Wiederaufbau sind, sehen wir, daß das Chaos immer größer wird. Das Wesen dieser fortwährenden Krisen und Drangsalierungen von Staat zu Staat ist, daß der Weltkapitalismus sich in seiner Gesamtheit in einer Krise befindet, die so stark ist, daß er in seinem Bestand bedroht ist. Produktionstechnisch genommen, haben sich die Dinge in den Industriestaaten derart entwickelt, daß die Märkte, die zur Verfügung stehen, nicht mehr in der Lage sind, die ganze industrielle Erzeugung aufzunehmen. Durch die Folgen des Weltkrieges ist außerdem die Kaufkraft der kleinen Leute, des Proletariats, derart gesunken, daß an und für sich schon ein Minus in den Absatzmöglichkeiten in den Industriestaaten selbst erzeugt worden ist. Durch den Krieg sind überseeisch, in Australien, Kanada und Amerika, unsere Absatzmärkte verloren gegangen, indem man dort während des Krieges, als man nicht mehr die Waren, die man bis dahin

von uns bezog — ich verweise bloß auf die Chemikalien —, exportieren konnte, Industrien großgezogen hat, die nicht bloß teilweise ihren Bedarf decken, sondern die dazu übergehen, Ueberschüsse zu erzielen, die sie selbst exportieren. Außerdem kommt hier vor allem ein großer Ausfall in Betracht: das ist Sowjet-Rußland, das es nicht mehr zuläßt, daß dort jeder Kapitalist schalten und walten kann, wie es in seinem Belieben und seinem persönlichen Interesse liegt. Der Rahmen ist verengert. Der Kreis, in dem es bisher für den Industrialismus möglich war, uneingeschränkt seine Waren zu verschicken, ist beschränkt, und die Dinge haben sich so entwickelt, daß unbedingt doch einer der Industriestaaten — Deutschland, England oder Amerika — aus der Produktion, soweit die überseeischen Absatzmärkte in Frage kommen, vollständig ausgeschaltet werden muß. Herr Bauhnicht schüttelt mit dem Kopf. Es ist verständlich, daß Sie das nicht kapierten wollen.

Das Sachverständigengutachten ist die Bürgerschaft für die Entente, daß sie unsere Wirtschaft nach jeder Richtung hin strangulieren kann. Ohne auf die Einzelheiten einzugehen, verweise ich auf unser Eisenbahnwesen, auf die Frachtsätze. Ueber die finanziellen Dinge entscheidet in letzter Linie der Kommissar, und jeder Kommissar, ob es ein Engländer oder ein Franzose ist, wird zunächst das spezielle Interesse seines Landes wahrnehmen. Wir haben heute zu verzeichnen, daß in England etwa eine Million Arbeitslose sind. Die werden sich schon dafür bedanken, daß wir mit einer um das Dreifache gesteigerten Produktion diese Länder mit Waren überfluten, damit das Heer der Arbeitslosen dort noch vermehrt und auch für sie dann die Revolution in die allernächste Nähe gerückt wird.

Das sind die wichtigsten Gesichtspunkte des Sachverständigengutachtens. Es ist ein Köhlerglaube, wenn einer glaubt, daß das Sachverständigengutachten dazu dienen könne, irgendwie unsere Wirtschaft gesunden zu lassen. Es wird sich so auswirken, daß Deutschlands Wirtschaft nur im Interesse des internationalen Kapitals ausgemistet wird, und daß unsere deutschen Kapitalisten die Sklavenvögte sein werden, die die Antreiberpeitsche über das Proletariat schwingen. Eine unbegrenzte Arbeitszeit wird zunächst einmal notwendig sein, um überhaupt unsere Waren auf einen Preis zu bringen, daß sie nicht mehr über dem Weltmarktpreis stehen. Man hat es teilweise schon erreicht, daß unsere Waren weit unter dem Weltmarktpreis stehen, und die Gegenseite schützt sich heute schon durch Einfuhrzölle gegen unsere Ausfuhr. Wie gesagt, objektiv betrachtet, läßt man eine wirtschaftliche Erstarkung Deutschlands nicht zu, weil sie nicht im Interesse derer da drüben liegt. Die Gesetzgeber an und für sich sind nicht die eigent-

lich Entscheidenden bei diesen Dingen, sondern das sind die außerhalb der Parlamente Stehenden, diejenigen, die die Wirtschaft vollständig in der Hand haben. Genau so wie bei uns die wirtschaftlich Starken den Kurs der Politik bestimmen, genau so ist es in jedem anderen kapitalistischen Staate der Fall. Es ist eine Illusion, wenn einer glaubt, daß da irgendwie noch durch schöne Reden oder durch Appelle an die Menschlichkeit gesunde Resultate erzielt werden würden. Hier kann bloß durch Kampf eine andere Basis geschaffen werden. Aber das steht für uns fest: Diesen Kampf um eine Gesundung der Wirtschaft im Weltmaßstabe kann das Bürgertum nicht führen, denn die widersprechendsten Interessen stehen sich da gegenüber. Das Bürgertum, im Weltmaßstabe genommen, bildet keine organische Einheit, denn seine Interessen persönlicher Art sind derart, daß eine Uebereinstimmung bei ihm nicht möglich ist. Bloß das Proletariat, die Hand- und Kopfarbeiter, die, losgelöst von allen Produktionsmitteln, eine organische Einheit bilden, die auch noch nicht so vom Egoismus erfaßt sind, weil sie immer haben darben müssen, nur diese Kreise sind in der Lage, auf internationaler Grundlage eine Klassenfront aufzurichten und mit deren Hilfe die Widerstände der Bourgeoisie, die sich jedem gesunden Gedanken entgegensetzen, auf der ganzen Linie zurückzudrängen und sie niederzuschlagen. Das ist die einzige Möglichkeit, die heute noch besteht, um irgendwie — im Weltmaßstabe — gesunde Verhältnisse herbeizuführen, worunter die gesamte Menschheit eine menschenwürdige Existenz fristen kann. Wenn wir dann bei derartigen Anlässen eine so oberflächliche Behandlung beobachten müssen und davon überzeugt sind, daß die große Mehrzahl, vor allen Dingen der Hand- und Kopfarbeiter, bei einer derartigen Politik total unter den Schritten gerät, so müssen Sie es verstehen, wenn wiederholt von unserer Seite das Wort fällt: Derjenige ist ein Verräter am Volke, der, wenn er an offizieller Stelle steht und über derartige Dinge entscheiden muß, seine Hand zu etwas hergibt, was von so schwerwiegender Bedeutung ist, womit er angeblich eine Gesundung der Wirtschaft herbeiführen will, wodurch aber auf Grund der vor uns liegenden Bedingungen das Gegenteil eintreten muß. Dann ist es verständlich, daß man die Leute, die derartige machen, mit dem Namen belegt, den sie verdienen, mit dem Namen: Verräter. Die S. P. D. hat sich schon vor langer Zeit für die Annahme des Sachverständigengutachtens erklärt. Von einer Arbeiterpartei müßte man aber füglich verlangen, daß sie bei allem, was sie tut, das proletarische Interesse in den Vordergrund stellt, denn das ist Interesse von mindestens 70 Prozent der Bevölkerung.

Aus diesen Gründen ist es uns nicht möglich, eine gemeinsame Erklärung abzugeben, weil uns eine

Weltanschauung trennt, nicht bloß eine Weltanschauung, sondern auch die praktischen Bedingungen, wie sie sich hier vor uns gestalten, lassen es nicht zu, daß bei derartigen praktischen Fällen eine Gemeinsamkeit für uns mit Ihnen besteht. (Zuruf des Abg. Steinbüchel: Mit rechts könnt Ihr eine machen!)

Vorsitzender Dr. Jarres bittet den Schriftführer, Herrn Abgeordneten Hauck, die von der kommunistischen Fraktion überreichte Erklärung zu verlesen.

Abgeordneter Hauck: „Die bürgerlichen Parteien einschließl. der Sozialdemokratie versuchen das rheinische Proletariat durch ein neues Betrugsmanöver irrezuführen. Sie erklären, durch Verteilung der aus den Reparationsleistungen entstehenden Lasten auf das ganze Reich eine Verminderung des wirtschaftlichen Druckes, der auf der rheinischen werftätigen Bevölkerung ruht, herbeiführen zu wollen. Das soll in Verbindung mit der Durchführung des Sachverständigen-gutachtens geschehen. In Wirklichkeit wird die Durchführung dieses Planes der internationalen kapitalistischen Ausbeuter der gesamten deutschen Arbeiterklasse Lohnreduzierung und verlängerte Arbeitszeit und verstärkte steuerliche Ausplünderung bringen, d. h. die Zustände, unter denen das rheinische Proletariat schon seit langem lebt, sollen ausgedehnt werden auf das gesamte deutsche Proletariat. Die vorgetäuschte Erleichterung für das rheinische Proletariat versucht die deutsche Bourgeoisie im Bunde mit der Sozialdemokratie also dadurch zu erreichen, daß sie die deutsche Arbeiterklasse an das internationale Kapital zur Ausbeutung verschachtet. (Abg. Falk: Pfiui!) Die angebliche Befreiung des Rheinlandes soll dadurch erreicht werden, daß man ganz Deutschland zu einer Kolonie des Ententekapitalismus macht.

Um die Verwirklichung dieser Pläne zu verhindern, ist es notwendig, daß die Arbeiterschaft den Kampf für ihre wirtschaftlichen Forderungen: Wiedereroberung des Achtstundentages, Friedensreallöhne, geschlossen und rücksichtslos aufnimmt. Nur der gemeinsame Kampf der deutschen Arbeiter mit dem Proletariat der Ententeländer gegen das deutsche und Entente-Ausbeutergesindel, das im Sachverständigenplan das geeignetste Mittel erblickt, um die Arbeiterklasse im internationalen Maßstabe auszubeuten und zu knebeln, kann das rheinische wie das gesamte deutsche Proletariat vor der drohenden völligen Versklavung retten. Die Befreiung des Rheinlandes wie ganz Deutschlands kann nur erfolgen durch Errichtung der proletarischen Diktatur.“

Abgeordneter Lüche (fortfahrend): Wir erwarten keineswegs von dem Parlament, daß es unsere Entschließung zur Annahme bringt, denn das eine steht fest: Nie in der Geschichte hat eine

herrschende Klasse freiwillig oder aus sich selbst heraus eingesehen, daß die Wirtschaftsform, die ihr angenehme Lebensbedingungen verschaffte, überlebt sei. Ich verweise bloß, um ein kleines Beispiel anzuführen, auf die 48er-Revolution. — Ja, Herr Dr. Hagen, wenn Sie das Wörtchen „Revolution“ hören, dann geht Ihnen ein Gruseln über den Körper; Sie haben dabei nichts zu verdienen, und das ist ja sehr verständlich. — Die 48er-Revolution kam nur deshalb, weil der damalige Rahmen, der die Gesellschaft umspannte, national genommen, dem aufstrebenden Kapitalismus zu eng geworden war. Die Gesetzgebung, die Zunftordnung usw. standen der Entwicklung der aufstrebenden Bourgeoisie entgegen. Der Liberalismus entstand, er setzte sich durch, es kam zu einer Erhebung, und der zu enge Rahmen wurde gesprengt. Seitdem datiert der wirtschaftliche Aufstieg in dieser ungeahnten Form. Heute sind wir an der nämlichen Stelle angelangt. Aber nie hat das eine herrschende Schicht eingesehen oder erkannt und freiwillig auf ihre Vorrechte verzichtet; sie mußten ihr stets im schärfsten Klassenkampf abgerungen werden. Heute sind die Dinge anders. Der Vortrupp des Proletariats hat erkannt, daß er nur im schärfsten Kampf gegen die Kapitalsdiktatur durch die Zusammenfassung des gesamten Proletariats, wovon ich natürlich die Führerklique der S. P. D. ausschalte (Zuruf des Abg. Gerlach: Das nimmt man ja nicht übel!), durch die Zusammenfassung der gesamten Arbeiterschaft zu einer Einheitsfront, deren Stoßkraft auf das Herz des Kapitalismus in jedem Land gerichtet ist, den Kapitalismus niederringen, ihm das Knie auf die Brust setzen und dann allmählich dazu übergehen kann, den proletarischen, den kommunistischen Staat aufzubauen. Wie gesagt, nie in der Geschichte hat eine herrschende Klasse freiwillig auf ihre Vorrechte verzichtet; sie sind ihr stets erst im schärfsten Klassenkampf abgerungen worden.

Aber eins möchten wir denn doch hier noch betonen. Wenn die Erklärung auch nicht angenommen wird, so erwarten wir doch, daß sie wenigstens im stenographischen Bericht erscheint (Zuruf: Da kommt sie hinein! Heiterkeit!), denn wir müssen feststellen, daß bei der letzten Tagung eine von uns abgegebene Erklärung nicht im stenographischen Bericht erschienen ist. Gegen ein derartiges Verfahren, daß man einfach Erklärungen, die unsererseits zu Protokoll gegeben werden, im stenographischen Bericht nicht erscheinen läßt, müssen wir die schärfste Verwahrung einlegen.

Vorsitzender Dr. Jarres: Es liegt kein Antrag, sondern nur eine Erklärung vor. Ich fasse es so auf, daß diese Erklärung nicht zur Abstimmung zu kommen braucht. Selbstverständlich wird sie im stenographischen Bericht erscheinen.

Wenn die Erklärung der Kommunistischen Fraktion im letzten Provinziallandtag in Barmen nicht in das Stenogramm gekommen ist, so handelt es sich da um eine Erklärung, die widerrechtlich und unter Umständen gemacht worden war, die Ihnen wohl allen noch in der Erinnerung ist. Es hatte sich der Redner der Kommunistischen Partei gegen den Willen des Hauses und gegen meine ausdrückliche Willenserklärung vorgebracht, um eine Erklärung vorzulesen, die meiner Meinung nach nicht zu dem Inhalt unserer Verhandlungen gehörte. Deshalb ist diese Erklärung nicht in das Stenogramm gekommen.

Zur Geschäftsordnung Herr Abgeordneter Knab. Abgeordneter Knab: Meine Damen und Herren! Soweit der Herr Vorsitzende die Darstellung gegeben hat, entspricht sie den damaligen Vorgängen. Aber am folgenden Tage fand in Barmen die politische Aussprache statt. Bei dieser politischen Aussprache bin ich auf den Inhalt dieser Entschließung eingegangen; ich habe die Entschließung in der Hand gehabt und auf eine nochmalige Verlesung mit den Worten verzichtet: Ich gebe hiermit die Erklärung zu Protokoll. Ich habe sie auch dem Schriftführer überreicht. Darauf bezieht sich unsere Beanstandung.

Trotzdem ist die Erklärung nicht im Bericht erschienen. Also nicht, weil sie am ersten Tage verlesen worden ist, sondern weil ich auf ihre Verlesung verzichtet und sie schriftlich zu Protokoll gegeben habe, mußte die Erklärung auch im Bericht erscheinen.

Vorsitzender Dr. Jarres: Das gehört eigentlich nicht zur Geschäftsordnung. Aber zur Klarstellung muß ich erwähnen, daß auch insofern vollkommen geschäftsordnungsmäßig verfahren worden ist. Sie haben damals die Erklärung zu Protokoll gegeben, und dem Protokoll ist sie einverleibt worden. Im stenographischen Bericht konnte sie selbstverständlich nicht stehen, denn sie ist doch nicht verlesen worden. (Abg. Haas: Sehr richtig!)

Ich erteile nunmehr das Wort dem Herrn Abgeordneten Lönarz.

Abgeordneter Lönarz: Meine Damen und Herren! Im Namen der Fraktion des Zentrums, der Arbeitsgemeinschaft und der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei habe ich die Ehre, folgende Entschließung bekanntzugeben:

„Die besonderen Lasten, die auf der Bevölkerung der Rheinprovinz liegen, sind so groß, daß sie von ihr allein nicht länger getragen werden können. Sie müssen vom ganzen deutschen Volk übernommen und sozial gerecht verteilt werden. Der Rheinische Provinziallandtag sieht nach Lage der Dinge die einzige Möglichkeit zur Erreichung dieses Zieles darin, daß die auf der Grundlage des Sachverständigengutachtens von der Reichsregie-

rung eingeleiteten Verhandlungen und Maßnahmen mit möglichster Beschleunigung durchgeführt werden. Er erwartet von diesen Verhandlungen, neben der dringend notwendigen wirtschaftlichen Erleichterung, die Räumung des über die Bestimmungen des Friedensvertrages hinaus besetzten deutschen Gebietes, die Innehaltung der im Vertrage selbst festgesetzten Räumungsfristen für das besetzte Gebiet, die Wiederaufrichtung der deutschen Staatshoheit, die Freilassung der politischen Gefangenen, die Rückkehr aller Ausgewiesenen und die Wiedereinsetzung der ausgewiesenen Beamten in ihre Ämter.“ (Beifall.)

Im Namen der genannten Fraktionen beantrage ich, über diese Entschließung abzustimmen. (Bravo!)

Vorsitzender Dr. Jarres: Ich bitte diejenigen, die für diese Entschließung sind, sich zu erheben. — Das ist die Mehrheit des Hauses. (Zuruf des Abg. Knab: Nachdem die Deutschnationalen gekniffen sind!) Herr Abgeordneter Knab, dieser Ausdruck war unparlamentarisch. (Zuruf des Abg. Knab: Die Deutschnationalen sind gekniffen!) Ich rufe Sie, nachdem Sie diese Behauptung wiederholt haben, zur Ordnung.

Das Wort hat Herr Abgeordneter Kemmann.

Abgeordneter Kemmann: Namens der deutschnationalen Mitglieder kann ich erklären, daß wir freilich gegen diese Erklärung Bedenken hatten, daß wir aber die Bedenken zurückgestellt haben (Hört, hört! bei den Kommunisten), weil es sich für uns um eine einheitliche Entschließung handelte, der die Parteien samt und sonders zustimmen konnten. (Bravo!) Die Bedenken bleiben ja bestehen. Wir wünschten aber angesichts der schweren Nöte des Rheinlandes eine einheitliche Entschließung.

Vorsitzender Dr. Jarres: Meine Damen und Herren! Damit ist unsere Tagesordnung erschöpft. Wir stehen am Ende unserer Tagung. (Ein Teil der kommunistischen Abgeordneten verläßt den Saal.)

Meine Damen und Herren! In fleißiger Arbeit haben der Provinziallandtag und seine Ausschüsse das große Arbeitspensum erledigt, das ihnen zur Erledigung oblag. Es war naturgemäß, daß auch in diesen Verhandlungen wieder gegensätzliche Meinungen zum Ausdruck kamen, und es bleibt zu bedauern, daß es den Anschein hat, als ob zwischen der großen Mehrheit dieses Hauses und einer geringen Minderheit eine Gegensätzlichkeit der Auffassung auf politischem, wirtschaftlichem und nationalem Gebiet besteht, die leider im Augenblick unüberbrückbar erscheint. Aber das eine darf ich doch hervorheben, daß auch in dieser Tagung wieder in den Lebensfragen des rheinischen Volkes, abgesehen von jener Klust, eine Einmütigkeit geherrscht hat, die uns mit Freude

und Genugtuung erfüllen muß. Meine Damen und Herren! Auch in dem Leben eines Volkes versteht sich das Moralische stets von selbst. Und zu den moralischen Selbstverständlichkeiten des Volkes gehört die Treue, die Treue zur Heimat, die Treue zum Staat, die Treue zum eigenen Volk. Diese Treue hier noch einmal mit dem Worte zu beteuern, haben wir wahrlich nicht notwendig, denn der Provinziallandtag hat in den schweren Jahren, die hinter uns liegen, durch die Tat den Beweis der Treue erbracht. Wenn auch auf mannigfache Art versucht worden ist, das rheinische Volk, das unter den Folgen der Besatzung hier und da zermürbt und verzweifelt war, in dieser Treue schwankend zu machen, so dürfen wir heute mit Stolz sagen: Diese Versuche sind gescheitert, sie sind kläglich gescheitert, und nicht zuletzt auch gescheitert durch die Haltung des Rheinischen Provinziallandtags, der dem rheinischen Volk in kritischen Zeiten nicht nur Vertreter, sondern auch Führer gewesen ist. Und wenn wir in dieser Tagung vorgestern einen neuen Versuch landesverräterischer Bestrebungen hier mit der gebührenden Verachtung zur Seite geschoben haben, so haben wir damit diesen, abseits ehrlicher Rheinländer Stehenden, vielleicht noch zuviel Ehre erwiesen. Wir haben aber jedenfalls die Auffassung des Rheinlandes und seiner Bevölkerung damit zu erkennen gegeben.

Meine Damen und Herren! In der Entschließung, die eben gefaßt worden ist, ist die Not des Rheinlandes noch einmal zu klarem Ausdruck gekommen und betont worden, daß diese wirtschaftliche Not um Abhilfe schreit. Wir hoffen, daß dieser Meinungsaustruck des Rheinischen Provinziallandtags klärend, veröhnend und mildernd auch auf den Meinungskampf einwirken wird, der nun in den gesellschaftlichen Körperschaften noch auszutragen sein wird. Wir haben dabei betont, daß wir Rheinländer nicht nur wirtschaftlich wieder frei atmen und leben wollen, sondern daß wir auch wieder die schmale Freiheit haben wollen, die uns der Versailler Friedensvertrag noch ließ. Das rheinische Volk will wieder frei atmen können. Nicht nur materiell sind unsere Forderungen, nein, auch die Ehrenpunkte des deutschen Volkes sind Ehrensache des rheinischen Volkes, und, wie diese Forderungen einmütig von allen Parteien des Reiches erhoben werden und einmütig auch in diesem Hause, so dürfen wir auch hoffen, daß diejenigen Länder, die nun mit Deutschland in Verbindung treten sollen und wollen, sich davon überzeugen, daß es eine billige Forderung ist, wenn das rheinische Volk und die Opfer seiner

Kämpfe wieder in Ehren rehabilitiert werden wollen.

Meine Damen und Herren! Die 68. Tagung dieses Provinziallandtags wird wahrscheinlich die letzte unseres Hauses sein, wenn nicht Unvorhergesehenes dazwischentritt. Da ist es mir ein Bedürfnis, Ihnen allen und denen, die im Laufe der Jahre von uns geschieden sind, für die Mitarbeit, die sie geleistet haben, zu danken. Ich richte diesen Dank rückhaltlos an alle. Wir wollen nicht scheiden zwischen politischen Gegnern, wir wollen die Ueberzeugung eines jeden, auch wenn sie noch so temperamentvoll geäußert wird, achten da, wo wir wissen, daß eine ehrliche Ueberzeugung dahintersteht und daß die Glut des Herzens für die Allgemeinheit schlägt.

Ich danke Ihnen für Ihre Mitarbeit, ich danke auch namentlich der Provinzialverwaltung und dem Herrn Landeshauptmann. Ich danke auch hier noch einmal den beiden Städten, die uns in schweren Zeiten Gastfreundschaft geboten haben, unserer lieben Stadt Düsseldorf und der Stadt Barmen, wo wir so gastlich aufgenommen worden sind. Wir dürfen mit dem Bewußtsein hier aus unserer Arbeit scheiden, daß wir in schwerer Zeit das Mögliche getan, ehrlich und einig miteinander zum Besten der Rheinprovinz zu arbeiten bemüht gewesen sind.

Ich möchte wünschen, daß der künftige Rheinische Provinziallandtag von demselben Geiste beseelt sein möge. Und wir hoffen, daß es bis zu den Neuwahlen zum Provinziallandtag wieder besser und freier im Rheinlande wird. Möchte dann der neue Provinziallandtag die Früchte unserer ehrlichen Arbeiternten!

Meine Damen und Herren! Wir scheiden mit den besten Wünschen für unser Rheinland und in der Ueberzeugung, daß die Lebenskraft des rheinischen Volkes ihm eine glückliche deutsche Zukunft verbürgt. (Lebhafte Beifall.)

Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Dr. Hagen. (Die letzten vier Kommunisten verlassen den Saal.)

Abgeordneter Dr. Hagen: Meine verehrten Damen und Herren! Beim Beginn unserer Verhandlungen haben wir unserer Freude darüber Ausdruck gegeben, daß es möglich war, daß unser verehrter Herr Präsident in das besetzte Gebiet zurückkehren konnte und daß es somit auch der großen Mehrzahl der Abgeordneten dieses Hauses möglich war, ihn zum Präsidenten wiederzuwählen. Wir können die Verhandlungen nicht schließen, ohne daß ich im Auftrage meiner näheren Freunde und anderer hier anwesenden Fraktionen dem Herrn

Präsidenten aufrichtigen und herzlichen Dank dafür sage, daß er wie in früherer Zeit in unparteiischer, energischer, uns alle befriedigender Weise die Verhandlungen geführt hat. (Bravo!) Ich möchte diesen Dank auch auf seine Mitarbeiter ausdehnen.

Herr Präsident, Sie kehren nun nach Berlin zu der Ihnen lieb gewordenen Tätigkeit zurück. Sie kehren zurück in dem Bewußtsein, in Ihrer Heimatprovinz gutes geleistet und viel genutzt zu haben. Sie kehren vor allen Dingen zurück mit dem befriedigenden Gefühl, das Vertrauen der großen Mehrzahl der Abgeordneten dieses Hauses voll genossen zu haben. Aber Sie können auch heimkehren in dem Bewußtsein, daß Sie eine Provinz verlassen, die, wie Sie eben ausgeführt haben, treu sich selbst, treu zum Lande und zum Reiche stehen wird in der kommenden noch schwierigen Zeit. (Beifall.) Sie verlassen uns in der Ueberzeugung, daß die Rheinlande unverändert vieles auf sich zu nehmen haben und nach vielen Richtungen hin tief erschüttert bleiben in ihrem inneren Mark. Sie werden in Berlin nicht versäumen zu berichten, daß die wirtschaftliche Lage unserer Rheinprovinz eine überaus unglückliche ist und daß, wie es seit Jahren gedroht hat, ein vollkommener Zusammenbruch unserer Wirtschaft nunmehr sich bald zu vollziehen droht, wenn nicht in letzter Stunde uns tatkräftige Abhilfe wird. Diese Abhilfe zu unterstützen, wird in der kommenden Zeit Ihre höchste Aufgabe sein. Ihnen und der übrigen Regierung werden wir dabei wie auch bisher unser volles Vertrauen entgegenbringen. Ihnen zu Ihrer ferneren Tätigkeit einen eben solchen Erfolg zu wünschen, wie Sie ihn während Ihrer Leitung dieser

Versammlung gehabt haben, sei mir in diesem Augenblick vergönnt. (Beifall.)

Vorsitzender Dr. Jarres: Ich danke Ihnen verbindlichst auch im Namen meiner Mitarbeiter für die freundlichen Worte.

Ich habe nunmehr dem Herrn Staatskommissar mitzuteilen, daß unsere Arbeiten beendet sind.

Oberregierungsrat v. Sybel: Meine Damen und Herren! Sie stehen wiederum am Ende einer bedeutungsvollen Tagung. Sie haben in eingehenden Verhandlungen dem Provinzialverbande diejenigen Mittel bewilligt, deren er für seinen wirtschaftlichen Wiederaufbau und für die Erfüllung der ihm obliegenden kulturellen und sozialen Aufgaben bedarf.

Ihre Beratungen waren getragen von dem Geiste warmer Vaterlandsliebe, welche in Kundgebungen der Parteien einen beredten Ausdruck fand. Sie zeugten ferner von dem Streben nach sachlicher Verständigung, soweit die grundsätzliche Bereitwilligkeitsbestand, schaffende und verantwortungsvolle Mitarbeit zu leisten.

Bei Ihrem Auseinandergehen bin ich beauftragt, Ihnen die Grüße des Staatsministeriums zu übermitteln. Wir alle hoffen, daß zu der Zeit, in der wiederum ein Provinziallandtag an dieser Stätte zusammentritt, ein besseres Geschick über Deutschland waltet, als es noch heute der Fall ist. Möge dies ganz besonders von der so schwer geprüften Rheinprovinz gelten. Mit diesem Wunsche erkläre ich im Auftrage des Staatsministeriums den 68. Rheinischen Provinziallandtag für geschlossen.

(Schluß 2 Uhr 10 Minuten.)



